

KANTON
LUZERN

Integrierter Finanz- & Aufgabenplan

2009 bis 2013

B69

19. August 2008

INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2009–2013

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Kantonsrat

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2009–2013 mit folgendem Bericht:

Inhaltsverzeichnis

I.	ÜBERSICHT	5
II.	PLANUNGSGRUNDLAGEN	7
III.	CHANCEN UND RISIKEN	14
IV.	ÜBERSICHT ÜBER DIE ERGEBNISSE	16
V.	FINANZPOLITISCHE BEURTEILUNG	23
VI.	FUNKTION UND BEDEUTUNG DES IFAP	25
VII.	AUFGABEN UND FINANZEN	27
	0 Allgemeine Verwaltung	28
	1 Öffentliche Sicherheit	34
	2 Bildung	43
	3 Kultur und Freizeit	51
	4 Gesundheit	55
	5 Soziale Wohlfahrt	62
	6 Verkehr	69
	7 Umwelt und Raumordnung	71
	8 Volkswirtschaft	78
	9 Finanzen und Steuern	84
VIII.	INFRASTRUKTURINVESTITIONEN	90
	ENTWURF KANTONSRATSBESCHLUSS	101

I. Übersicht

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen Vorhaben eingerechnet, die der Regierungsrat schon beschlossen hat. Wir haben neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt.

Die Laufenden Rechnungen in den Finanzplanjahren schliessen mit einem Ertragsüberschuss von 10,7 Millionen Franken im Jahr 2010 und mit Aufwandüberschüssen von 65,3 (2011), 109,4 (2012) und 110,3 Millionen Franken (2013) ab. Die Nettoinvestitionen steigen von 188,6 Millionen Franken im Budget 2009 auf 208,5 Millionen Franken im Jahr 2010. Ab 2011 sind die Nettoinvestitionen wieder unter 200 Millionen Franken pro Jahr und somit auch unter der Planung des Vorjahrs.

Aus der Gesamtrechnung resultieren Finanzierungsfehlbeträge von 59,3 (2010), 115 (2011), 156,1 (2012) und 145,5 (2013) Millionen Franken. In diesem Umfang würden gemäss Planung die Schulden zunehmen. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt von 71,6 Prozent im Jahr 2010 auf 20,6 Prozent im Jahr 2012. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad der Jahre 2010 bis 2013 beträgt 39,1 Prozent. Er liegt somit in allen Planjahren weit unter der im Finanzleitbild 2006 enthaltenen Vorgabe von 100 Prozent und auch unter den gesetzlich vorgeschriebenen 80 Prozent. Zur Vermeidung von neuen Schulden müssen wir bestehende Aufgaben und laufende Projekte konsequent priorisieren und auf neue verzichten. Mit dem Verzichtspaket 2010 wollen wir ein ausgeglichenes Budget 2010 erreichen. Mit einer Aufgabenverzichtsplanung und einer hohen Ausgaben- und Investitionsdisziplin werden wir auch in den Jahren ab 2011 neue Schulden vermeiden. Die Ziele des Finanzleitbilds 2006 haben weiterhin uneingeschränkt Gültigkeit.

Wir haben erstmals die Steuergesetzrevision 2011 mit den in der Vernehmlassungsbotschaft enthaltenen Ausfällen bei den Kantonssteuern von 68 Millionen Franken eingerechnet. Aufgrund der von den eidgenössischen Räten im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung beschlossenen Lastenverschiebung vom Prämien- auf den Steuerzahler haben wir ab 2012 jährliche Mehrkosten von mindestens 30 Millionen Franken zu tragen. Weitere wichtige Gründe für die Verschlechterung der Finanzperspektiven sind Mehrkosten für Staatsbeiträge (u.a. für soziale Einrichtungen, Ergänzungsleistungen) und für die öffentliche Sicherheit (Fusion der Stadt- und der Kantonspolizei, Personalaufstockung) sowie die erstmalige rechnerische Berücksichtigung des geplanten neuen Funknetzes Polycom.

Allfällige Buchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften und Beteiligungen sind nicht in den Planzahlen 2010 bis 2013 enthalten. Solche ausserordentlichen Erträge müssen für den Schuldenabbau und nicht zur Finanzierung von ordentlichen Ausgaben verwendet werden.

II. Planungsgrundlagen

1. Allgemeine Annahmen

	<i>(in Prozent)</i>						
	R2007	B2008 ¹	B2009	2010	2011	2012	2013
BIP real (Seco, Stand Juni 2008)	3,1	1,9	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5
Teuerung (Seco, Stand Juni 2008)	0,7	2,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachaufwand	10,9	-46,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Personalaufwand (budgetwirksam)	3,5	-41,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)	1,5	19,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuerentwicklung natürliche Personen ²	3,8	2,75	3,8	3,5	3,0	3,0	3,0
Steuerentwicklung juristische Personen ²	3,5	7,5	3,5	3,5	3,5	8,0 ³	10,0 ³
Steuereinheiten	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Gebühren/Entgelte	7,4	-67,8	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2

¹ Vergleichbarkeit durch Finanzreform 08 und Verselbständigung der Spitäler stark eingeschränkt

² je ordentliche Entwicklung, d.h. ohne Nachträge, ohne Steuergesetzrevisionen und ohne lineare Steuersenkungen

³ Entwicklung unter dem Vorbehalt der Umsetzung der Steuergesetzrevision 2011 gemäss Vernehmlassungsbotschaft

2. Bemerkungen zu den Zuwachsraten

Bei den oben aufgeführten Werten der Rechnung 2007 und des Budgets 2008 handelt es sich um effektive Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Die Werte des Budgets 2009 und der Planjahre 2010 bis 2013 sind allgemeine Annahmen, von denen wir in begründeten Fällen abweichen. Deshalb entspricht die effektive Veränderung der Jahre 2009 bis 2013 in gewissen Fällen nicht den allgemeinen Annahmen.

a. Wirtschaftsentwicklung und Teuerung

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) rechnet für 2008 mit einem realen BIP-Wachstum von 1,9 Prozent und für 2009 mit 1,3 Prozent. Ab 2010 wird mit einem Wachstum von 1,5 Prozent gerechnet. Somit rechnet das Seco mit einer Abkühlung der Konjunktur und einer Reduktion auf ein durchschnittliches BIP-Wachstum, jedoch nicht mit einem eigentlichen Konjunkturéinbruch. Wir haben die entsprechenden Schätzungen des Bundes übernommen. Die Teuerung 2008 wird mit 2,5 Prozent deutlich hö-

her erwartet als im Vorjahr angenommen. Für das Jahr 2009 wird mit einer Teuerung von 1,3 Prozent gerechnet. Wir gehen in den Planjahren 2010 bis 2013 von einer Teuerung von je 1,2 Prozent aus. Die Entwicklung des Sachaufwands und der Gebühren und Entgelte haben wir für die Finanzplanjahre entsprechend der erwarteten Teuerung hochgerechnet.

b. Personalaufwand

Wir hatten im IFAP 2008-2012 eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von 1,2 Prozent für die Planjahre 2009 bis 2012 vorgesehen. Aufgrund der erwarteten höheren Teuerung und des guten Arbeitsmarktes ist im Budget 2009 neu eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von 1,5 Prozent enthalten. Zudem erhöht sich der Beitrag für die AHV-Ersatzrente ab 2009 um 0,2 Prozent. Aufgrund der in den nächsten Jahren erwarteten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Teuerung rechnen wir auch in den Jahren 2010 bis 2013 mit einem Wachstum des budgetwirksamen Personalaufwands von 1,5 Prozent. Unter Berücksichtigung des Mutationseffektes von 0,5 Prozent stehen gemäss Planung 2 Prozent für Lohnmassnahmen zur Verfügung.

c. Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)

Wir hatten früher die Staatsbeiträge analog der erwarteten Teuerung hochgerechnet. Gewisse Staatsbeiträge sind fix (z.B. bei mehrjährigen Leistungsaufträgen), andere orientieren sich an Mengengerüsten (z.B. Staatsbeitrags für die Volksschulen) und wieder andere ergeben sich aus Gesetzen (z.B. Ergänzungsleistungen). Mit einer allgemeinen Annahme kann den Gegebenheiten der unterschiedlichen Staatsbeiträge nicht genügend Rechnung getragen werden. Wir verzichten deshalb auf einen prozentualen Zuwachs und haben die Staatsbeiträge einzeln beurteilt.

d. Zuwachs der Staatssteuererträge

Dank der guten Konjunktur lagen die Steuererträge 2007 der natürlichen Personen deutlich über dem Budget. Bei den juristischen Personen sind wir jedoch in der Planung sowohl für die ordentlichen Erträge wie auch für die Nachträge der Jahre 2008 ff. voraussichtlich von zu optimistischen Werten ausgegangen. Wir nehmen an, dass sich in den Jahren 2009 und 2010 die gute Konjunkturlage noch auf ein überdurchschnittliches Wachstum der Steuererträge auswirkt. Ab 2011 gehen wir bei den natürlichen Personen von einem jährlichen Wachstum der Staatssteuern von 3 Prozent aus. Bei den juristischen

Personen erwarten wir ein konstantes Wachstum von 3,5 Prozent in den Jahren 2009 bis 2011. Die Halbierung der Gewinnsteuer für juristische Personen wird zu einem erheblichen Kompensationseffekt führen. Deshalb gehen wir für die Jahre 2012 und 2013 von einem kräftigen Wachstum der Steuererträge bei den juristischen Personen aus.

3. Bundesfinanzpolitik

a. Steuerpolitik des Bundes

Am 24. Februar 2008 wurde die Unternehmenssteuerreform II (USTR II) in der Volksabstimmung angenommen. Die vorgesehene Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung zielt auf eine steuerliche Entlastung der Anteilseigner bei der direkten Bundessteuer und schafft Anreize, Unternehmen Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Im Weiteren soll auf Stufe Kanton und Gemeinden die Möglichkeit geschaffen werden, die Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer anzurechnen. Mit gezielten Einzelmassnahmen sollen zudem Personenunternehmen von Steuern entlastet und so Strukturanpassungen erleichtert werden.

Mit den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung konnten per 1. Januar 2008 bestehende Diskriminierungen von Zweiverdiener-Ehepaaren gegenüber Konkubinats-Ehepaaren reduziert werden. Die Steuerzahlenden werden dadurch ab dem Jahr 2009 entlastet. Zu einer grundlegenden Anpassung der Besteuerung von Ehepaaren und Familien hat der Bundesrat 2007 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassung hat eine Pattsituation mit zwei praktisch gleich starken politischen Lagern ergeben. Keines der präsentierten Modelle vermag voll zu befriedigen. Im Zentrum der weiteren Überlegungen steht die Entlastung der Familien mit Kindern. Wir gehen aber von keinen finanziellen Auswirkungen in der Planperiode bis 2013 aus.

Der Bundesrat hat im Juni 2008 die definitive Botschaft zur Mehrwertsteuerreform verabschiedet. Das Fundament der Vorlage bildet das vollständig überarbeitete Mehrwertsteuer-Gesetz mit über 50 Massnahmen. Hinzu kommen ein einheitlicher Steuersatz von 6,1 Prozent und die Abschaffung möglichst vieler Steuerausnahmen. Der Bundesrat beurteilt die Vorschläge als haushaltneutral und erhofft sich davon Effizienzgewinne und Wachstum.

Im Dialog im Rahmen des Steuerstreits mit der EU betont der Bund die Autonomie der Kantone, welche durch das Steuerharmonisierungsgesetz begrenzt wird. Gleichzeitig wird mittel- bis langfristig ein Anpassungsbedarf bei den Unternehmenssteuern aufgrund des Standortwettbewerbs anerkannt.

b. Massnahmen zur Stabilisierung des Bundeshaushaltes

Das ordentliche Finanzierungsergebnis der Bundesrechnung 2007 zeigt einen Überschuss von 4,1 Milliarden Franken (Budget 0,9 Mia. Fr.). Der Voranschlag 2008 sieht einen Einnahmenüberschuss von 1,2 Milliarden Franken und derjenige für 2009 einen solchen von 1,4 Milliarden Franken vor. Gemäss der Anfang August 2008 publizierten Hochrechnung erwartet der Bund im Jahr 2008 einen höheren Überschuss, obwohl die Einnahmenentwicklung getrübt ist. Der Bundesrat hat im April 2008 im Rahmen der Aufgabenüberprüfung folgende Entscheide gefällt:

- In einem Ergänzungsbericht zum Legislaturprogramm 2009-2011 werden knapp 50 näher zu prüfende Reformstossrichtungen unterbreitet. In Anbetracht des geringen Konkretisierungsgrades des Berichts lassen sich die Entlastungen für den Bund und allfällige Auswirkungen auf die Kantone noch nicht quantifizieren.
- Mit der Aufgabenüberprüfung soll weiterhin die Stabilisierung der Staatsquote mit Zieljahr 2015 sichergestellt werden. Entgegen der ursprünglichen Absicht, das ganze Paket 2015 einzuführen, wurde für die soziale Wohlfahrt die Realisierung der Sparvorgabe von 3 Milliarden Franken auf 2020 erstreckt. Die Zielvorgabe von 2,3 Milliarden Franken für den übrigen Haushalt soll weiterhin bis 2015 erreicht werden.

Der Bundesrat will bis im Herbst 2008 einen detaillierten Aktionsplan ausarbeiten und den Kantonen und Parteien zur Stellungnahme unterbreiten. Aus den bisherigen Erfahrungen muss mit neuen Lastenabwälzungen auf die Kantone gerechnet werden.

Momentan wird eine Vernehmlassung zu einer Ergänzungsregel der Schuldenbremse des Bundes durchgeführt. Diese Ergänzungsregel hat das Ziel, ausserordentliche Ausgaben einer erweiterten Schuldenbremse zu unterstellen. Ausserordentliche Ausgaben sollen – sofern sie nicht einem allfälligen Ausgleichskonto belastet werden können – innerhalb der nächsten sechs Rechnungsjahre durch die ordentliche Rechnung kompensiert werden. Grundsätzlich unterstützen wir die Ergänzungsregel - unter dem Vorbehalt, dass zur Kompensation allfälliger ausserordentlichen Aufwendungen nicht einseitig Lastenabwälzungen auf die Kantone vorgenommen werden.

c. Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank (SNB)

Der Bundesrat hat nach Zustimmung der Kantonsregierungen mit der Schweizerischen Nationalbank eine Verlängerung der Vereinbarung über die Ausschüttung ihrer Gewinnanteile um fünf Jahre bis im Jahr 2018 unterzeichnet. Der Kanton Luzern kann somit für die nächsten zehn Jahre mit einer jährlichen Ausschüttung von rund 79 Millionen Franken rechnen.

d. Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wurde am 1. Januar 2008 erfolgreich umgesetzt. Der Kanton Luzern hat mit Einbezug der Gemeinden das Anschlussprojekt Finanzreform 08 erfolgreich abgeschlossen. Allfällige Planungsunsicherheiten aufgrund der vielen Änderungen dürften mit dem kantonalen Budget 2009 beseitigt sein (u.a. Kosten für die Umsetzung des Gesetzes über sozialen Einrichtungen).

Mit rund 300 Millionen Franken jährlich ist der NFA-Ressourcenausgleich die zweitwichtigste Einnahmequelle im Budget des Kantons Luzern. Die fehlende Erfahrung mit dieser Einnahmequelle, die erwartete Volatilität der jährlichen Zahlungen und der späte Zeitpunkt der Information durch den Bund führen beim Kanton zu erheblichen Planungsunsicherheiten in den Budgets der nächsten Jahre.

e. Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch, die für die Kantone wesentliche Mehrkosten zur Folge haben: Beschränkung des Eigenanteils für die Bewohner auf 20 Prozent des höchsten Tarifs, Erhöhung der Vermögensfreibeträge, Mitfinanzierung der Akut- und der Übergangspflege gemäss den Regeln der Spitalfinanzierung und der Grundsatz, dass Bewohner in der Regel nicht wegen des Heimaufenthalts sozialbedürftig werden dürfen. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz schätzt die gesamten Mehrkosten für die Kantone aus diesen Massnahmen (ohne Akut- und Übergangspflege) auf rund 350 Millionen Franken. Auf den Kanton Luzern entfielen gut 15 Millionen Franken.

Die eidgenössischen Räte haben im Dezember 2007 Änderungen der Spitalfinanzierung beschlossen. Die finanziellen Folgen der Revision können im Moment nur grob abgeschätzt werden, weil die Verordnungen noch fehlen und auch die Auswirkungen zum Teil noch unklar sind (z.B. freie Spitalwahl); die

Finanzierung und das Controlling im Bereich der ausserkantonalen Hospitalisationen werden sich je nach Ausgang des Prozesses verändern.

Die KVG-Revision hat mehrere Auswirkungen:

1. Die Versicherer werden die Investitionskosten auch an den öffentlichen Spitälern mitzutragen haben. Diese gelten neu als anrechenbare Kosten (ab 2012). Der Kostenteiler ist allgemein neu 55 Prozent zulasten des Kantons und 45 Prozent zulasten der Versicherer (ab 2015).
2. Der Kanton Luzern muss neu auch an alle Privatspitäler, die auf der Spitalliste des Kantons Luzern oder eines entsprechenden Standortkantons sind, eine Kostenbeteiligung leisten. Dies führt zu einer massiven Mehrbelastung des Kantons.
3. Ausserdem herrscht die Spitalwahlfreiheit.

Eine verlässliche Aussage ist zurzeit aufgrund des laufenden Verfahrens nicht möglich. Die GDK hat Schätzungen angestellt und dabei Mehrkosten zwischen 800 Millionen und 1,2 Milliarden Franken errechnet. Zurzeit müssen wir davon ausgehen, dass auf den Kanton Luzern Mehrkosten von mindestens 30 Millionen Franken zukommen werden.

4. Unsere Steuerpolitik

Wir haben uns im Finanzleitbild 2006 zum Ziel gesetzt, bei der Einkommenssteuer eine Belastung im schweizerischen Schnitt zu erreichen. Bei der Vermögenssteuer soll die Belastung deutlich unterdurchschnittlich sein und für juristische Personen wollen wir zu den fünf attraktivsten Kantonen gehören. Das Volk hat mit der klaren Zustimmung zur Steuergesetzrevision 2008 diese Politik unterstützt. Darüber hinaus hat Ihr Rat für 2008 eine lineare Steuersenkung von 1/10 einer Einheit beschlossen. Zur Zielerreichung und in Anbetracht des Steuerwettbewerbs sind weitere steuerliche Entlastungen notwendig.

Wir haben im März 2008 die Vernehmlassungsbotschaft zur Steuergesetzrevision 2011 verabschiedet. Zu Steuerentlastungen führen insbesondere folgende kantonale Massnahmen und Anschlussgesetzgebungen (je Entlastungen aus Staats- und Gemeindesteuern; die definitiven Massnahmen und Zahlen werden mit der Botschaft zur Steuergesetzrevision 2011 vorgelegt):

- | | |
|--|-------------|
| • Korrektur Tarif Gewinn (inkl. Kompensationseffekt) | 37 Mio. Fr. |
| • Korrektur Tarif Einkommen | 34 Mio. Fr. |
| • Ausgleich der kalten Progression | 34 Mio. Fr. |
| • Abzug Kinderbetreuung | 25 Mio. Fr. |
| • Unternehmenssteuerreform II: Anrechnung Gewinn- an Kapitalsteuer | 14 Mio. Fr. |

- Unternehmenssteuerreform II: Erleichterte Liquidation bei Selbständigerwerbenden 10 Mio. Fr.

Geprüft, aber vor allem wegen fehlender finanzieller Mittel und geringerer Priorität nicht aufgegriffen wurden die Abschaffung der Liegenschaftssteuer und die Anrechnung der Einkommenssteuer an die Vermögenssteuer. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und –zahler bei den Staats-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern in den Jahren 2007 bis 2013. Obwohl es sich dabei um nachhaltige Massnahmen handelt, ist jeweils nur die erstmalige Entlastung aufgeführt. Nicht enthalten sind Veränderungen des Steuerfusses bei den Gemeinden.

(in Mio. Franken)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Entlastung bei den Staatssteuern	2	107	35	18	68		
Entlastung bei den Gemeindesteuern	3	71	42	21	88		
Entlastung bei den direkten Bundessteuern	23		32				
Total	28	178	109	39	156	0	0

III. Chancen und Risiken

Chancen

Die Jahresbilanz 2007 der ständigen Wohnbevölkerung des Kantons Luzern zeigt eine Bevölkerungszunahme von 1,2 Prozent. Dies ist der höchste Wert seit 1992. Wir erachten dies als guten Indikator für die Attraktivität des Kantons Luzern als Wohnkanton. Zudem hatten wir 2007 gegenüber allen Nachbarkantonen einen positiven Wanderungssaldo, das heisst dass mehr Leute aus diesen Kantonen in den Kanton Luzern gezogen sind als umgekehrt. Das Bundesamt für Statistik rechnet in seinen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone 2005-2030 mit einem unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum im Kanton Luzern (7,8 % gegenüber dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 9,1 %). Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und mit Blick auf unsere Wachstumspolitik erachten wir die Chancen als intakt, entgegen den Prognosen des Bundesamtes für Statistik ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum zu erzielen.

Mit der Steuergesetzrevision 2011 wollen wir die Attraktivität von Luzern als Wohn- und Arbeitskanton weiter erhöhen. Die schrittweise Senkung der Steuern im laufenden Jahrzehnt ist eine Erfolgsgeschichte: Wir konnten uns, an den Zielen des Finanzleitbildes orientiert, in stetigen Schritten an das schweizerische Mittel der Steuerbelastung annähern und gleichzeitig Schulden abbauen. Damit diese Politik fortgesetzt werden kann, müssen wir bestehende Aufgaben und laufende Projekte konsequent priorisieren und auf neue verzichten.

Nebst der Steuerbelastung erachten wir die Ausbildung der Einwohnerinnen und Einwohner sowie die verkehrstechnische Erreichbarkeit der Zentren als erstrangige Standortfaktoren. Sind diese gut bewertet, führt das zur Ansiedelung von wertschöpfungsintensiven Betrieben und beeinflusst auch die demografische Entwicklung positiv. Mit der Umnutzung des Postgebäudes beim Bahnhof Luzern zur Universität und zur Pädagogischen Hochschule Luzern, den neuen Masterlehrgängen an der Fachhochschule Zentralschweiz, dem Zubringer Rontal und dem Leistungsausbau des öffentlichen Verkehrs werden in den nächsten Jahren zentrale Projekte in diesen Bereichen umgesetzt. Diese Projekte sollen einen Beitrag leisten zur Behebung der strukturellen Defizite und des Wachstumsproblems des Kantons Luzern. Dies wird sich langfristig in höheren Steuererträgen und besseren Finanzperspektiven niederschlagen.

Risiken

Der vorliegende IFAP 2009–2013 zeigt in allen Jahren erhebliche, bis 2012 stetig steigende Finanzierungsfehlbeträge. Zudem besteht das Risiko, dass in der momentanen Spätphase der Hochkonjunktur Ausgabenbeschlüsse gefällt werden, welche die finanziellen Perspektiven weiter verschlechtern könnten. Falls wir die neuen drohenden Schulden nicht oder nur teilweise vermeiden können, büssen wir den in den letzten Jahren dank einer konsequenten Finanzpolitik erarbeiteten Handlungsspielraum wieder ein. Wir würden einen Teil der Ausgaben auf Kosten künftiger Generationen finanzieren und wären auch stärker von allenfalls steigenden Zinsen betroffen.

Wir gehen mit dem Bund davon aus, dass es in den nächsten Jahren zwar zu einer Konjunkturabschwächung, jedoch nicht zu einem eigentlichen Konjunkturéinbruch kommen wird. Mit den steigenden Preisen für Rohstoffe, der Finanzmarktkrise und der Konjunkturabschwächung in den USA bestehen jedoch einige erhebliche Risiken, dass die Konjunktur stärker gebremst werden könnte, als wir bisher angenommen haben. Dies könnte eine höhere Arbeitslosigkeit, höhere Ausgaben für die öffentliche Hand sowie stagnierende oder sogar sinkende Steuereinnahmen zur Folge haben.

Wir haben in den letzten Jahren die Auswirkungen der KVG-Revision jeweils als Risiko aufgeführt. Aufgrund der Beschlüsse der eidgenössischen Räte zur Spitalfinanzierung vom Dezember 2007 haben wir ab 2012 Mehrkosten von jährlich 30 Millionen Franken für die Spitalfinanzierung im IFAP 2009–2013 eingerechnet. Zur konkreten Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung und zu den Auswirkungen der Pflegefinanzierung sind noch viele Fragen offen. Laut ersten Berechnungen der Gesundheitsdirektorenkonferenz könnten die Auswirkungen für den Kanton Luzern noch wesentlich höher sein als die bis jetzt errechneten 30 Millionen Franken.

Die Erträge des NFA-Ressourcenausgleichs 2009 sind um 16,6 Millionen Franken tiefer ausgefallen als wir im IFAP 2008–2012 angenommen hatten. Dieser Minderertrag resultiert aus der Korrektur eines Berechnungsfehlers für den Ressourcenausgleich 2008 des Kantons St. Gallen und aus dem Umstand, dass der Kanton Luzern sich besser entwickelt hat als andere ressourcenschwache Kantone. Im IFAP 2009–2013 rechnen wir mit einem jährlichen Wachstum der Zahlungen aus dem NFA-Ressourcenausgleich von 2,7 Prozent. Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr reduzierten Basis 2009 (298,4 Mio. Fr. anstelle von 315 Mio. Fr.) und der reduzierten jährlichen Zuwachsrate (2,7 anstelle von 3,5 %) sind wir optimistisch, den im IFAP 2009–2013 eingerechneten Ressourcenausgleich zu erhalten. Aufgrund der Volatilität des Ressourcenausgleichs erachten wir diesen weiterhin als erhebliches Risiko für den Finanzhaushalt. Obwohl der Kanton Luzern seine Gemeinden am neuen Finanzausgleich mit 20 Millionen Franken jährlich teilhaben lässt, trägt er dieses Schwankungsrisiko alleine.

IV. Übersicht über die Ergebnisse

Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtaufwand	2'821.8	2'447.5	2'560.1	2'631.6	2'671.0	2'750.7	2'765.4
Jährliche Veränderung in Prozenten ¹	6.7	-12.1	4.6	2.8	1.5	3.0	0.5
Aufwandüberschuss (+) Ertragsüberschuss (-)	-197.0	-41.5	-39.8	-10.7	65.3	109.4	110.3
Abschreibungen	190.8	155.5	144.0	139.9	146.0	150.3	154.4
Nettoinvestitionen	184.2	188.1	188.6	208.5	195.3	196.6	189.2
Finanzierungsfehlbetrag (+) Finanzierungsüberschuss (-)	-213.9	-14.6	16.4	59.3	115.0	156.1	145.5
Selbstfinanzierungsgrad in Prozenten	216.1	107.7	91.3	71.6	41.1	20.6	23.1
Zinsbelastungsanteil in Prozenten	-2.6	-2.1	-2.7	-2.4	-2.2	-1.5	-0.5
Kapitaldienstanteil in Prozenten	6.6	7.8	4.3	4.1	5.4	6.6	7.9

¹ Veränderung gegenüber den entsprechenden Zahlen des gleichen Dokuments, also Rechnung 2007 im Vergleich zur Rechnung 2006, Budget 2008 im Vergleich zu Budget 2007 usw.

Die Erhöhung des Gesamtaufwands (definiert als: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) zwischen den Budgets 2008 und 2009 ist mit 112,6 Millionen Franken oder 4,6 Prozent sehr hoch. Vom Zuwachs entfallen 52,6 Millionen Franken auf die Staatsbeiträge (z.B. soziale Einrichtungen, Ergänzungsleistungen) und 37,3 Millionen Franken auf die Investitionen in Sachgüter. Im Jahr 2010 sorgt die Fusion der Kantonspolizei mit der Stadtpolizei (zusätzlicher Personalaufwand von 29,1 Mio. Fr.) und im Jahr 2012 das Inkrafttreten der neuen Spitalfinanzierung (zusätzliche Staatsbeiträge von 30 Mio. Fr.) zu einer Erhöhung des Gesamtaufwands, welcher leicht über dem erwarteten Wirtschaftswachstum von nominell 2,7 Prozent liegt. Der sehr geringe Zuwachs im Jahr 2013 erklärt sich insbesondere aus der Reduktion der Investitionsausgaben um 34,7 Millionen Franken.

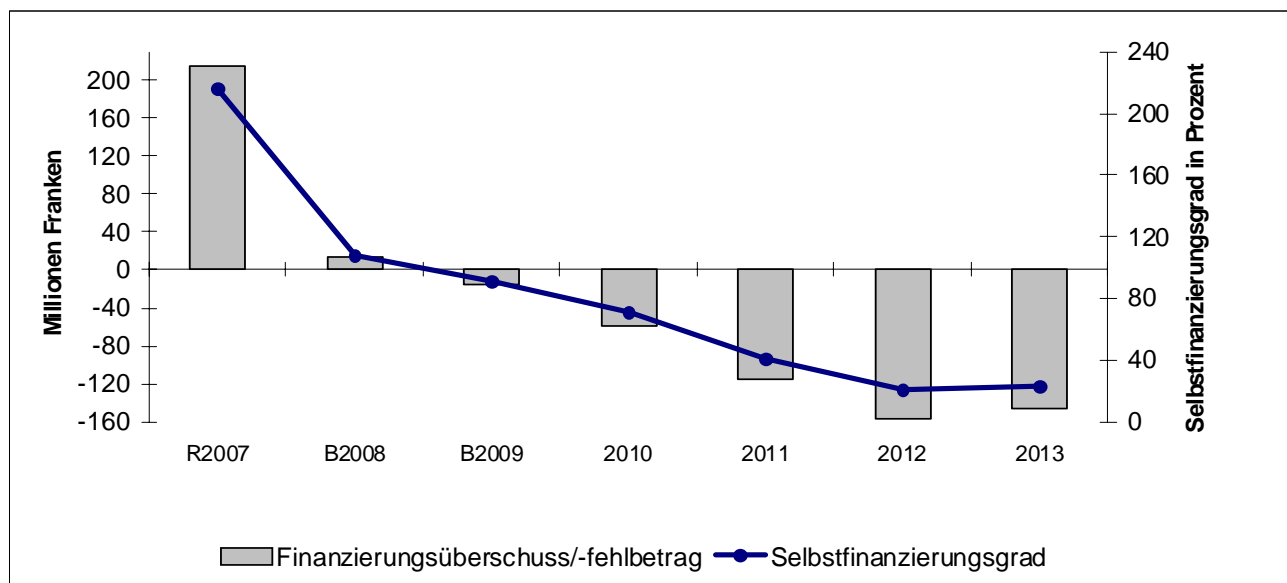
Wir verzichten weiterhin auf finanzpolitisch motivierte Abschreibungen. Deshalb sind erhebliche Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung notwendig, um jeweils einen Selbstfinanzierungsgrad von

100 Prozent zu erreichen. Ein Ertragsüberschuss ist jedoch nur im Budgetjahr 2009 und im ersten Planjahr 2010 vorgesehen. Da sich der Aufwand wesentlich stärker entwickelt als der Ertrag, entsteht 2011 ein Aufwandüberschuss von 65,3 Millionen Franken. Vor allem wegen der neuen Spitalfinanzierung nimmt dieser auf 109,4 Millionen Franken im Jahr 2012 und 110,3 Millionen Franken im Jahr 2013 zu.

Im Budget 2009 sind Abschreibungen von 7,6 Millionen Franken aus allgemeinen Staatsmitteln für die Strassen enthalten. Diese fallen 2010 weg, was im Vergleich zum Vorjahr zu geringeren Abschreibungen führt. Durch den Überhang der Investitionen gegenüber den Abschreibungen erhöhen sich die Abschreibungen ab 2011 kontinuierlich und erreichen 2013 154,4 Millionen Franken.

Der Finanzierungsfehlbetrag steigt zwischen 2009 und 2012 von 16,4 Millionen Franken auf 156,1 Millionen Franken. Die kumulierten Finanzierungsfehlbeträge für die Jahre 2009 bis 2013 betragen 492,3 Millionen Franken. Gleichzeitig mit den steigenden Finanzierungsfehlbeträgen sinkt auch der Selbstfinanzierungsgrad, nämlich von 91,3 Prozent im Jahr 2009 auf 20,6 Prozent im Jahr 2012. Er liegt in allen Planjahren 2010 bis 2013 sowohl unter der Vorgabe des Finanzleitbildes von 100 Prozent als auch unter der gesetzlichen Vorgabe von 80 Prozent. Zur Vermeidung von neuen Schulden müssen wir bestehende Aufgaben und laufende Projekte konsequent priorisieren und auf neue verzichten. Mit dem Verzichtspaket 2010 wollen wir ein ausgeglichenes Budget 2010 erreichen. Mit einer Aufgabenverzichtsplanung und einer hohen Ausgaben- und Investitionsdisziplin werden wir auch in den Jahren ab 2011 neue Schulden vermeiden.

Unsere Einschätzung der Zinsentwicklung und die Neuverschuldung aufgrund der geplanten Finanzierungsfehlbeträge haben einen steigenden Zinsaufwand und somit einen sinkenden Nettozinsertrag zur Folge. Ein sinkender negativer Zinsbelastungsanteil ist die Folge. Der Kapitaldienstanteil nimmt durch die geringeren Abschreibungen von 2009 auf 2010 von 4,3 auf 4,1 Prozent ab. Nachher steigt der Kapitaldienstanteil kontinuierlich an und erreicht 2013 7,9 Prozent.



Total Aufwand der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	% ¹
Total	3'403.5	3'026.8	3'085.2	3'157.1	3'215.9	3'299.4	3'354.2	8.7
Allgemeine Verwaltung	354.5	389.1	394.6	381.6	385.7	388.2	391.1	-0.9
Öffentliche Sicherheit	220.7	243.2	253.6	280.8	285.1	290.1	293.4	15.7
Bildung	716.8	759.5	765.4	787.2	800.6	809.2	820.1	7.1
Kultur und Freizeit	53.8	49.3	52.3	53.7	54.4	55.9	56.4	7.7
Gesundheit	702.2	261.6	269.3	276.1	283.2	320.4	328.1	21.8
Soziale Wohlfahrt	656.4	631.8	663.9	678.9	696.8	710.9	724.4	9.1
Verkehr	105.4	148.4	146.2	149.2	149.6	151.5	152.8	4.5
Umwelt und Raumordnung	40.4	38.1	32.5	33.5	34.0	34.5	34.7	6.8
Volkswirtschaft	269.4	250.0	253.6	253.8	253.0	253.5	254.0	0.2
Finanzen und Steuern	284.0	255.7	253.8	262.4	273.6	285.3	299.1	17.8

¹ Veränderung in Prozenten zwischen B 2009 und 2013

Der Aufwand der Laufenden Rechnung nimmt zwischen 2009 und 2013 um 8,7 Prozent zu. Im IFAP 2008–2012 hatte das Wachstum zwischen Budgetjahr und letztem IFAP-Jahr 6,1 Prozent betragen. In Prozenten ist das stärkste Wachstum in den Aufgabenbereichen Gesundheit (Wachstum der Staatsbeiträge an Luzerner Kantonsspital [LUKS] und Luzerner Psychiatrie [*lups*] sowie neue Spitalfinanzierung), Finanzen und Steuern (Zinsen und Abschreibungen sowie kantonaler Finanzausgleich), öffentliche Sicherheit (Fusion mit Stadtpolizei, zusätzliche Stellen Kantonspolizei und Projekt Justizreform 2010) und soziale Wohlfahrt (Ergänzungsleistungen, Prämienvverbilligung und soziale Einrichtungen) geplant. In absoluten Beträgen ist das stärkste Wachstum in der sozialen Wohlfahrt (60,5 Mio. Fr.), in der Gesundheit (58,8 Mio. Fr.), in der Bildung (54,7 Mio. Fr., insbesondere bei der tertiären Bildung), bei den Finanzen und Steuern (45,3 Mio. Fr.) und der öffentlichen Sicherheit (39,8 Mio. Fr.) geplant.

Aufwand Laufende Rechnung nach Kostenarten

(in Mio. Franken)

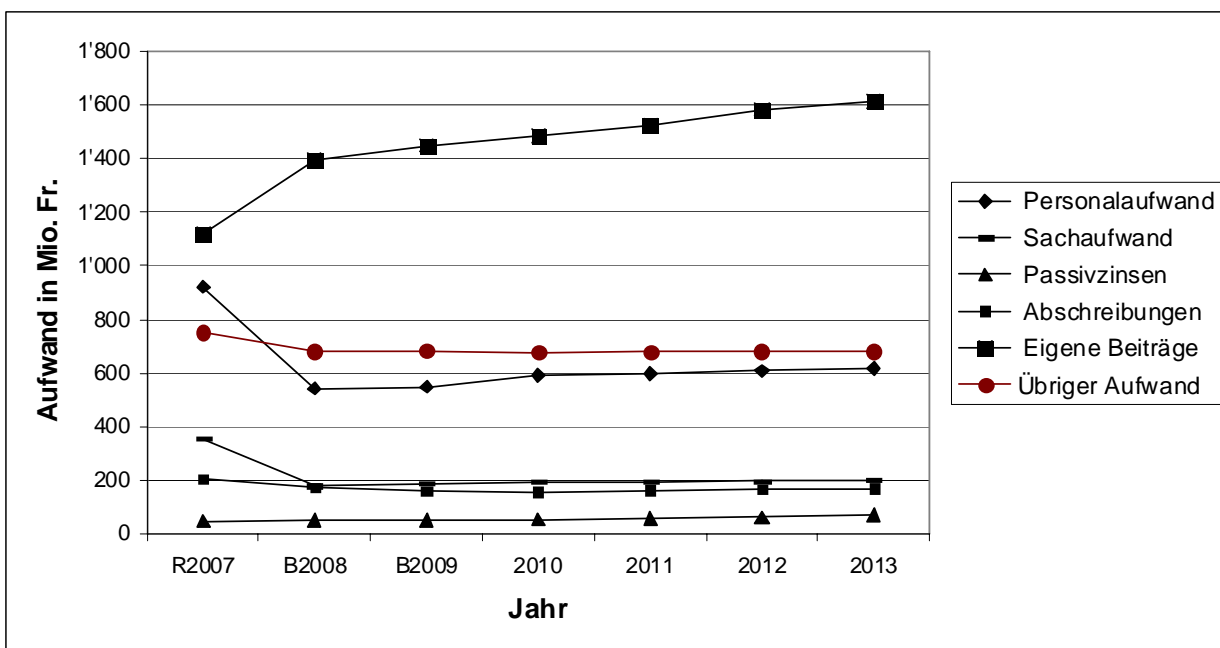
	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	% ¹
Total Aufwand	3'403.5	3'026.8	3'085.2	3'157.0	3'215.9	3'299.5	3'354.2	8.7
Personalaufwand	921.6	543.6	549.3	590.2	599.8	609.2	617.8	12.5
Sachaufwand	355.2	179.5	190.3	194.5	195.2	198.0	200.6	5.4
Passivzinsen	48.6	52.6	52.6	54.8	57.4	62.9	70.8	34.6
Abschreibungen	205.5	173.2	159.8	156.1	162.7	167.0	171.1	7.1
Eigene Beiträge/Staatsbeiträge	1'120.1	1'395.7	1'448.4	1'483.9	1'522.0	1'582.4	1'612.6	11.3
Übriger Aufwand	752.5	682.2	684.8	677.5	678.8	680.0	681.3	-0.5

¹ Veränderung in Prozenten zwischen B 2009 und 2013

Durch die Verselbständigung der Spitäler und Kliniken im Jahr 2008 haben der Personal- und der Sachaufwand gegenüber der Rechnung 2007 abgenommen und die Staatsbeiträge im Gegenzug zugenommen. Der Personalaufwand erhöht sich zwischen 2009 und 2013 um 12,5 Prozent (im Vorjahr 6 %). Die Erhöhung ist nebst dem höheren jährlichen Zuwachs für den budgetwirksamen Personalaufwand (1,5 anstelle von 1,2 %) vor allem in der Fusion der Kantons- und der Stadtpolizei begründet. Der von der Stadt an den Kanton übertragene Personalaufwand beträgt ab 2010 jährlich 29,1 Millionen Franken. Der Sachaufwand erhöht sich nur geringfügig über die erwartete Teuerung hinaus. Aufgrund

der geplanten Schuldenzunahme und der erwarteten Zinsentwicklung steigen die Passivzinsen um 34,6 Prozent (Vorjahr 4 %). Da die Nettoinvestitionen höher sind als die Abschreibungen, gehen wir von einer langsamen Annäherung dieser Werte aus. Entsprechend steigen die Abschreibungen um 7,1 Prozent (Vorjahr 5,3 %). Ein grosses Wachstum zwischen 2009 und 2013 weisen mit 11,3 Prozent die Staatsbeiträge aus (Vorjahr 7,7 %). Davon entfallen 2 Prozent oder 30 Millionen Franken auf die 2012 in Kraft tretende neue Spitalfinanzierung. Auch in absoluten Zahlen ist der Zuwachs der Staatsbeiträge mit 164,2 Millionen Franken beträchtlich. Nebst den erwähnten 30 Millionen Franken für die neue Spitalfinanzierung sind auch die Steigerungen der Beiträge an LUKS und *lups* (28 Mio. Fr.), für die Prämienvverbilligung (26,9 Mio. Fr.), für die tertiäre Bildung (26,2 Mio. Fr.) und für die Ergänzungsleistungen (24,1 Mio. Fr.) erheblich. Durch die Beiträge von Bund und Gemeinden an von uns ausgerichtete Staatsbeiträge (z.B. für Ergänzungsleistungen und die Prämienvverbilligung) reduziert sich die Bruttomehrbelastung von 164,2 Millionen Franken auf eine Nettomehrbelastung von 115,3 Millionen Franken. Durch den 2010 wegfallenden Beitrag an die Stadtpolizei sinkt der übrige Aufwand um 0,5 Prozent.

Entwicklung des Aufwands der Laufenden Rechnung nach Kostenarten



Ertrag Laufende Rechnung nach Kostenarten

(in Mio. Franken)

	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	% ¹
Total Ertrag	3'600.5	3'068.2	3'125.0	3'167.8	3'150.6	3'190.0	3'243.9	3.8
Steuern	1'080.2	989.0	1'015.4	1'021.9	977.8	991.6	1'019.0	0.4
Entgelte ²	624.4	182.8	168.4	182.1	185.0	187.6	189.8	12.7
Beiträge und Anteile ³	1'010.8	1'095.8	1'124.0	1'155.0	1'179.8	1'201.7	1'224.8	9.0
Übrige Erträge	885.1	800.6	817.2	808.8	808.0	809.1	810.3	-0.8

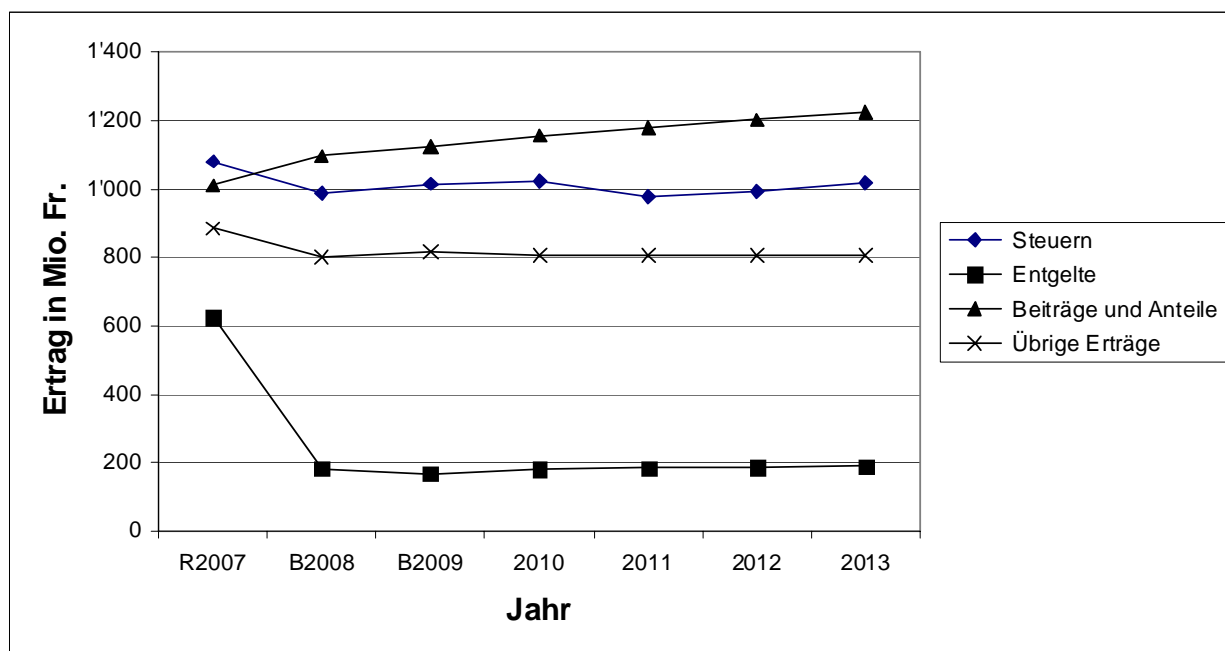
¹ Veränderung in Prozenten zwischen B 2009 und 2013

² Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen (bis 2007)

³ Subventionen, Rückerstattungen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

Der Gesamtertrag zwischen 2009 und 2013 nimmt um 3,8 Prozent zu (Vorjahr 3,5 %). Der Gesamtertrag entwickelt sich somit deutlich weniger stark als der Gesamtaufwand (8,7 %). Aufgrund der letzten Etappe der Steuergesetzrevision 2008 – welche im Jahr 2010 wirksam wird – und aufgrund der Steuergesetzrevision 2011 liegt der Steuerertrag 2013 mit einem Zuwachs von 0,4 Prozent praktisch unverändert auf dem Niveau des Budgets 2009. Nach Ausklammerung der Motorfahrzeugsteuern sind die geplanten Steuererträge 2013 leicht unter dem Wert des Budgets 2009. Wir haben im Budget 2009 die Entschädigung für die Zentras als Staatsbeitrag und nicht mehr als Entgelt verbucht, was zu einer Reduktion der Entgelte 2009 gegenüber dem Budget 2008 führt. Durch die Fusion mit der Stadtpolizei übernehmen wird ab 2010 Entgelte von 11,3 Millionen Franken. Deshalb wachsen die Entgelte mit 12,7 Prozent deutlich überdurchschnittlich. Die Mitfinanzierung unserer Staatsbeiträge durch Bund und Gemeinden (z.B. soziale Einrichtungen, Ergänzungsleistungen) sowie höhere Anteile an der direkten Bundessteuer und dem Ressourcenausgleich des neuen bundesstaatlichen Finanzausgleichs führen dazu, dass die Beiträge und Anteile zwischen 2009 und 2013 um 100,8 Millionen Franken oder 9 Prozent zunehmen. Wir haben im Budget 2009 13,2 Millionen Franken für Fusions- und Sonderbeiträge an die Gemeinden eingestellt. Im gleichen Umfang haben wir Fondsentnahmen budgetiert. Der Rückgang dieser Fondsentnahme auf 4 Millionen Franken jährlich ab 2010 ist der Hauptgrund dafür, dass die übrigen Erträge in den Jahren 2010 bis 2013 unter dem Budget 2009 liegen.

Entwicklung des Ertrags der Laufenden Rechnung nach Kostenarten



V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat den IFAP 2008-2012 mit Grossratsbeschluss vom 7. November 2007 genehmigt. Auf explizite finanzpolitische Vorgaben haben Sie verzichtet. Das Finanzleitbild 2006 verlangt ausgeglichene Laufende Rechnungen, die Annäherung der Steuerbelastung an das schweizerische Mittel und den Verzicht auf neue Schulden.

Die Perspektiven für den Finanzhaushalt haben sich merklich verschlechtert. Dies zeigt sich im Selbstfinanzierungsgrad, welcher von 91,3 Prozent im Jahr 2009 auf 20,6 Prozent im Jahr 2012 sinkt. Im Budget 2008 hatte er noch 107,7 Prozent betragen. Ab 2010 liegt der Selbstfinanzierungsgrad jeweils auch unter den gesetzlich vorgeschriebenen 80 Prozent. Während die Laufende Rechnung für 2009 noch einen Ertragsüberschuss von 39,8 Millionen Franken und für 2010 einen solchen von 10,7 Millionen Franken ausweist, sieht der vorliegende IFAP ab 2011 erhebliche Aufwandüberschüsse vor.

Die wichtigsten Gründe für die schlechteren Finanzperspektiven sind Mindererträge aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, höhere Staatsbeiträge (u.a.. für Ergänzungsleistungen, soziale Einrichtungen, ab 2012 auch für die neue Spitalfinanzierung) sowie die erstmalige rechnerische Berücksichtigung der Ausfälle der Steuergesetzrevision 2011. Wir gehen in der Mittelfristplanung von einer Abkühlung der Konjunktur, jedoch nicht von einem Konjunkturéinbruch aus. Sollte die Konjunktur entgegen unserer Planung tatsächlich einbrechen, würden sich die Finanzperspektiven noch weiter verschlechtern.

Wir halten an der erfolgreichen Steuerpolitik der letzten Jahre – der Senkung der Steuern in stetigen Schritten zur Annäherung an das gesamtschweizerische Mittel – fest. Seit 2008 wird im interkantonalen Steuerbelastungsvergleich kein Gesamtindex mehr erstellt. Daher kann die Zielerreichung der Annäherung der Steuerbelastung an das schweizerische Mittel nur bedingt überprüft werden. Wir erkennen aber in einigen Bereichen aus dem interkantonalen Vergleich und insbesondere aus dem Vergleich mit den Nachbarkantonen Handlungsbedarf. Wir werden Ihnen hierzu die Steuergesetzrevision 2011 mit Entlastungen für Unternehmen, mittlere Einkommen und Familien sowie einem Ausgleich der kalten Progression unterbreiten.

Wir erachten die momentane Situation als bedrohlich für den Finanzhaushalt und wollen entschieden Gegensteuer geben. Für die Jahre 2009 bis 2013 ergeben sich aus dem momentanen Planungsstand Finanzierungsfehlbeträge von 59,3 (2010), 115 (2011), 156,1 (2012) und 145,5 (2013) Millionen Franken. Wir halten an den Zielen des Finanzleitbildes 2006 fest. Wir wollen mit einem kurzfristigen Verzichtspaket sicherstellen, dass wir im Budget 2010 neue Schulden vermeiden können. Wir werden da-

bei einer strikten Priorisierung der geplanten und der laufenden finanzwirksamen Projekte nicht vermeiden können. Mit einer auf strukturelle Massnahmen fokussierten Aufgabenverzichtsplanung soll der Finanzhaushalt zudem mittelfristig nachhaltig entlastet werden. Die einfachste und wirkungsvollste Massnahme zur Stabilisierung des Finanzhaushalts ist jedoch, wenn auf die Übernahme von neuen und den Ausbau von bestehenden Aufgaben verzichtet wird oder wenn solche durch gleichzeitige Kürzungen in einem anderen Bereich kompensiert werden. Gerade in der tendenziell ausgabenfreundlichen Spätphase einer Hochkonjunktur, wie wir sie gegenwärtig erleben, ist es besonders wichtig, diesem Punkt eine zentrale Bedeutung beizumessen.

VI. Funktion und Bedeutung des IFAP

1. Grundsätzliches

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) ist seit 2002 das Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte, der Bundespolitik sowie der eigenen Steuerpolitik und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmassliche Kosten. Der IFAP dient der Regierung und dem Kantonsrat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Legislaturprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Wir zeigen im IFAP die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil.

Die Rahmenbedingungen können von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosser Leitplanken.

Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information. Sie sind in den Berechnungen des IFAP 2009–2013 aber noch nicht enthalten. Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir grösstenteils noch keine politischen Diskussionen geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies ergibt einen besseren Überblick und erlaubt unserem und Ihrem Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen. Erfahrungsgemäss wird ein grosser Teil der geplanten Projekte realisiert. Da diese nicht eingerechnet sind, sind der geplante Aufwand und die geplanten Ausgaben in den Planjahren tendenziell eher zu tief.

Sie können den IFAP genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. Sie können auch Bemerkungen beschliessen, im Beschluss konkrete Aufträge für die weitere Planung festhalten und zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Da es sich beim IFAP um einen Planungsbericht handelt, stellt die Genehmigung keine Bewilligung konkreter Projekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, die in Ihre Zuständigkeit fallen, werden wir Ihnen separate Vorlagen unterbreiten.

2. Formale Anpassungen gegenüber dem IFAP 2008–2012

Das Legislaturprogramm 2007–2011 ist so aufgebaut, dass sich die Erläuterungen den zehn Hauptaufgaben der öffentlichen Hand zuordnen lassen. Wir haben deshalb das bisherige Kapitel „VII. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ gestrichen. Die Erläuterungen sind im Kapitel „VII. Aufgaben und Finanzen“ direkt den Hauptaufgaben zugeordnet. Nicht alle Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm haben direkte finanzielle Auswirkungen oder Gesetzgebungsprojekte zur Folge. Wir haben deshalb im Kapitel VII, Teil Vorhaben und Projekte, die Kategorie „Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011“ eingeführt.

Wir haben bisher in den Kapiteln „IX. Strassenwesen“ und „X. Kantonale Hochbauten“ weitergehende Informationen zu ausgewählten Investitionsbereichen dargestellt. Wir haben in unserer Antwort zum Postulat Nr. 40 von Albert Vitali über die zukünftige Finanz- und Investitionspolitik des Kantons Luzern vom 10. September 2007 festgehalten, dass wir dem Anliegen mit Informationen zu Hoch- und Tiefbauinvestitionen, welche über den Planungszeitraum des IFAP hinausgehen, Rechnung tragen wollen. Sie finden einen 10-Jahre-Plan für die Investitionen im Bereich der Hochbauten, der Strassen, des Wasserbaus und des öffentlichen Verkehrs im neuen Kapitel „VIII. Infrastrukturinvestitionen“.

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz hat der IFAP Angaben zu den Programmvereinbarungen mit dem Bund zu enthalten (§ 20 Abs. 2 c). Wir haben im ersten Halbjahr 2008 elf Programmvereinbarungen unterzeichnet. Alle diese Programmvereinbarungen beinhalten Budgetvorbehalte, weshalb auf separate Kantonsratsbeschlüsse verzichtet werden kann. Programmvereinbarungen mit einem jährlichen Bruttoumfwand von mindestens einer Million Franken sind im Teil „VII. Aufgaben und Finanzen“ aufgeführt.

3. Ausblick

Wir haben in der Motion M 55 von Herbert Widmer über eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes in Aussicht gestellt, nach Abschluss des interkantonalen Projekts „Revision der Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden (HRM2)“ das Finanzhaushaltsgesetz zu überarbeiten. Wir haben dieses Projekt im September 2007 gestartet. Nebst der Rechnungslegung im engeren Sinn wollen wir auch die Steuerungs- und Planungsinstrumente anpassen. Wir beabsichtigen, die beiden Instrumente IFAP und Voranschlag zu einem Dokument zusammenzuführen. Im Zentrum der Planung und Steuerung sollen die zehn Hauptaufgabenbereiche und rund 40 bis 45 Aufgabenbereiche stehen. Wir werden im nächsten Jahr die Vernehmlassungsbotschaft zur Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes verabschieden.

VII. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

In Mio. Franken	R2007	B2008 ¹	B2009	2010	2011	2012	2013	% ²
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	3'403.5	3'026.8	3'085.2	3'157.0	3'215.9	3'299.5	3'354.2	8.7
Ertrag	3'600.5	3'068.2	3'125.0	3'167.8	3'150.6	3'190.1	3'243.9	3.8
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-197.0	-41.5	-39.8	-10.7	65.3	109.4	110.3	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	384.6	258.7	300.8	298.2	286.5	288.2	253.5	-15.7
Einnahmen	207.5	71.5	117.6	95.1	96.7	97.1	69.8	-40.7
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	177.1	187.2	183.2	203.1	189.9	191.2	183.7	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung								
Aufwand	1'120.1	1'395.7	1'448.4	1'483.9	1'522.0	1'582.4	1'612.6	11.3
Ertrag	573.2	502.9	527.7	541.4	555.4	565.7	576.8	9.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	546.9	892.8	920.6	942.5	966.7	1'016.7	1'035.9	
Investitionsrechnung								
Aufwand	28.1	28.2	33.5	41.6	34.6	32.0	35.7	6.7
Ertrag	154.0	56.0	98.1	75.6	77.1	77.5	50.2	-48.8
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-125.9	-27.7	-64.6	-34.0	-42.5	-45.5	-14.5	

- Die Zahlen für das Budget 2008 entsprechen dem vom Kantonsrat verabschiedeten Voranschlag 2008 vom 6.11.2007 (B 19). Somit ergeben sich Differenzen zu den Zahlen für das Budget 2008, wie sie im IFAP 2008-2012 enthalten waren (der IFAP wird jeweils vor der Verabschiedung des Voranschlages erstellt).
- Diese Spalte zeigt in dieser und in allen nachfolgenden Zeitreihenvergleichen immer die Veränderung zwischen den Jahren 2009 und 2013 in Prozenten.

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag***01 Legislative und Exekutive*

- Führung des Kantons Luzern durch Parlament und Regierung.

02 Allgemeine Verwaltung

- Unterstützung der Regierung bei der Verwaltungsführung und des Kantonsrates bei seiner Aufsicht über die staatliche Verwaltung.
- Bereitstellung und Erbringung von zentralen Dienstleistungen für Parlament, Regierung und Verwaltung sowie für Gemeinden und Öffentlichkeit.

03 Leistungen Pensionierte

- Sicherstellung der Pensionsordnung für Magistraten.

09 Nicht aufteilbare Aufgaben

- Bewirtschaftung sämtlicher staatlicher Immobilien des Kantons.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
01 Legislative und Exekutive	Kantonsrat	Staatskanzlei	SK
	Regierungsrat	Staatskanzlei	SK
02 Allgemeine Verwaltung	Finanzkontrolle	Finanzkontrolle	SK
	Publikationen	Staatskanzlei	SK
	Departementssekretariat	Departementssekretariat BUWD	BUWD
	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat	Departementssekretariat FD	FD
	Ertrag aus Leistungsgruppe Sonderbereich	Departementssekretariat FD	FD
	Finanzen	Dienststelle Finanzen	FD
	Verschiedene Positionen aus der Leistungsgruppe „Sonderbereiche“	Dienststelle Finanzen	FD
	Personalmanagement	Dienststelle Personal	FD
	Sonderbereich Personal	Dienststelle Personal	FD
	Informatik	Dienststelle Informatik	FD
	ERP-Systeme	Dienststelle Informatik	FD
	Dienststelle Steuern	Dienststelle Steuern	FD
	Bau- und Immobilienmanagement	Dienststelle Immobilien	FD
	Departementssekretariat	Departementssekretariat JSD	JSD
	Regierungsstatthalter	Regierungsstatthalter	JSD
	Amt für Gemeinden	Amt für Gemeinden	JSD
	Dienstleistungen	Staatsarchiv	JSD
	Forschen und Publizieren	Staatsarchiv	JSD
	Abschreibungen auf Strassen	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
	Ertrag Motorfahrzeugsteuern und Aufwand für Übertrag Steuern	Strassenverkehrsamt	JSD
03 Leistungen Pensionierte	Sonderbereich, Teil Renten für Magistratspersonen	Dienststelle Finanzen	FD
09 Nicht aufteilbare Aufgaben	Staats- und Mietliegenschaften	Dienststelle Immobilien	FD

Legislaturprogramm 2007-2011

Der Kanton konzentriert sich auf seine Hauptaufgaben und hält an der im Rahmen der Finanzreform 08 beschlossenen Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden fest. Bei der Auslagerung von Aufgaben gibt er klare strategische Ziele vor. Er überprüft die Zielerreichung und passt seine Finanzierung an. Er nutzt die neuen Technologien und kommuniziert verständlich. Er ist ein vorbildlicher Arbeitgeber und setzt sich für familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein.

Wir sind bereit, kantonale Strukturen und Abläufe auf nationale Bedürfnisse abzustimmen, sofern dies der Interessenwahrung unseres Landes dient. Wir werden nationale Lösungen für Probleme, welche die Leistungsfähigkeit der Kantone übersteigen, mittragen (Spitzenmedizin, Bildung, internationales Verbrechen, Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen usw.).

Moderne Staatsorganisation

In den vergangenen Jahren haben wir neue Führungsinstrumente eingeführt, Prozesse optimiert und unternehmerisches Denken in der Verwaltung verankert. Mit der Umsetzung der neuen Verfassung und der verwaltungsinternen Reformen wird der Kanton Luzern über eine moderne Staatsorganisation verfügen, die Gewähr dafür bietet, dass wir unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen. Nach Inkrafttreten des kantonalen Statistikgesetzes Mitte 2006 und mit der Verabschiedung des statistischen Mehrjahresprogramms 2007 – 2011 werden sich unsere Entscheidungsgrundlagen erheblich verbessern. Insbesondere die jährliche kantonale Einwohnerbefragung wird uns besseren Aufschluss über Ansichten und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger geben.

Interkantonale Zusammenarbeit mit Aargau und Zürich vertiefen

Wir haben die interkantonale Zusammenarbeit des Kantons neu ausgerichtet und orientieren uns stärker Richtung Norden, ohne dabei auf die enge und bewährte Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen zu verzichten. Mit der beabsichtigten Bildung einer starken Stadtregion Luzern wird Luzern als Zentrum für die Zentralschweiz noch wichtiger.

Die Wachstumsregionen des Kantons liegen auf den Achsen Luzern-Rental-Zug-Zürich und Luzern-Sursee-Aargau-Basel. Die Bevölkerung der Regionen Sursee, Wiggertal und teilweise des Seetals orientiert sich stark Richtung Aargau. Wir haben deshalb mit dem Regierungsrat des Kantons Aargau vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen zu vertiefen und zu konkretisieren, nicht zuletzt um die gemeinsamen Interessen gegenüber dem Bund und den anderen Kantonen wirkungsvoller durchzusetzen.

Die Grossagglomeration Zürich übt mit ihrer wirtschaftlichen Stärke und Dynamik eine spürbare Sogwirkung auf Teile des Kantons Luzern aus. Aus unserem Kanton pendeln täglich über 10'000 Personen in den Raum Zug-Zürich. Demgegenüber sind gute Wohnlagen im Seetal oder rund um das Luzerner Seebecken für Personen aus dem Raum Zug-Zürich sehr attraktiv. Die Positionierung von Luzern als Kulturstadt hat zu einer weiteren Intensivierung der Beziehungen beigetragen, so stammen beispielsweise 17 Prozent der Besucherinnen und Besucher des Lucerne Festivals aus dem Kanton Zürich. Mit der Mitgliedschaft in der Metropolitankonferenz Zürich wollen wir die Zusammenarbeit mit diesem Raum systematisch aufbauen.

Wachstum für den ländlichen Raum

Mit der Gemeindereform 2000+ und dem neuen Finanzausgleich will der Kanton die Gemeinden stärken. Durch Gemeindefusionen und neue Zusammenarbeitsmodelle sollen effiziente Verwaltungsstrukturen geschaffen werden, die in der Lage sind, ihre Mittel selbständig einzusetzen und auch für anspruchsvolle Probleme Lösungen zu finden. Isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone lehnen wir weiterhin ab.

Wir wollen die Gemeindereform 2000+ weiterführen und das regionale Denken stärken. Mit den Instrumenten und Mitteln der Neuen Regionalpolitik (NRP) sollen gezielt Wertschöpfungsprozesse angeschoben und Wachstumsimpulse für den ländlichen Raum ausgelöst werden.

Starke Zentren für eine starke Landschaft

Luzern und Littau haben beschlossen, ihre Gemeinden zusammenzuschliessen. Diese Absicht ist richtig, aber nur ein erster Schritt. Wir sind überzeugt, dass eine neue, starke Stadtgemeinde langfristig nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie zwischen 100'000 und 150'000 Einwohnerinnen und Einwohner hat und über ein entsprechend grosses Stadtgebiet verfügt. Wir werden uns daher an Kosten für die Vereinigung der Nachbargemeinden mit der Stadt Luzern beteiligen.

Die Region Sursee wächst wirtschaftlich stark. In den engen Gemeindegrenzen wird dieses Wachstum behindert. Es besteht die Gefahr, dass Unternehmen auf Ansiedlungen und Betriebserweiterungen verzichten oder in andere Kantone ausweichen. Der Kanton hat ein vitales Interesse an einem starken wirtschaftlichen Zentrum auf der Landschaft, von dem alle Landgemeinden profitieren. Wir wollen deshalb auch den Zusammenschluss der Gemeinden im Raum Sursee zu einer starken Stadtgemeinde finanziell unterstützen.

Bemerkung des Kantonsrates zum Legislaturprogramm 2007-2011

1. Die vom Rat verabschiedeten Planungsberichte zu einzelnen Politikbereichen bilden integrierenden Bestandteil des Legislaturprogramms.

Generelle Entwicklung

01 Legislative und Exekutive

Statistisches Mehrjahresprogramm; jährliche Bürgerbefragung; neue IT-Lösung für das Kantonsblatt und die Systematische Rechtsammlung (SRL); Anpassung/Verbesserung Kantonsratsportal; 2011 Wahlen in den Kantonsrat und in den Regierungsrat.

02 Allgemeine Verwaltung

- Informatikorganisation und -finanzierung prüfen und an die Informatikgesamtstrategie für die kantonale Verwaltung anpassen.
- Forcierung eines durchgängigen und möglichst flächendeckenden Einsatzes von SAP R/3 im Finanz- und Logistikkbereich (Ablösung von Alt-Systemen). Standardaufgaben und -prozesse im Rechnungswesen sollen zentral gelöst werden (Shared Service Center).
- Umsetzung der Agglopolitik und der Politik des ländlichen Raumes.
- Erhöhung der Anzahl Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung.
- Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Kinderbetreuungsplätze.
- Totalrevision Finanzhaushaltsgesetz
- Standardisierungen und Vereinfachungen im Steuerwesen, insbesondere Aufbau einer zentralen Steuerlösung für den Kanton und die Gemeinden

03 Leistungen Pensionierte

- Die Magistratenpensionsordnung wurde in die LUPK überführt. Die ausbezahlten Rentenleistungen werden stetig abnehmen.
- Die Anpassung der Renten an die Teuerung erfolgt für die altrechtlich pensionierten Magistratspersonen analog zur LUPK-Renten Anpassung und ist nicht mehr an den Lohnzuwachs des Staatspersonals gekoppelt.

09 Nicht aufteilbare Aufgaben - Prüfung Liegenschaftsportfolio und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens - Für die Universität Luzern wird das erworbene "Postgebäude" umgebaut. Der Bezug ist in den Jahren 2010/2011 geplant. - Umsetzung Planungsbericht Spitalbauten.					
Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
01 Legislative und Exekutive Zustellung Kommissionsunterlagen KR 14 Tage vor Sitzung	100%	100%	100%	100%	100%
02 Allgemeine Verwaltung Gemeindeentwicklung: Anzahl Gemeinden Gesamtzahl Arbeitsplätze in der kant. Verwaltung für die Eingliederung Erwerbsbehinderter	88 50	87 50	< 87 50	< 87 50	< 87 50
03 Leistungen Pensionierte Anzahl ausbezahlte Renten an Magistratspersonen	42	< 42	< 42	< 42	< 42
09 Nicht aufteilbare Aufgaben m²-Fläche eigene Liegenschaften (ohne Spitäler) m²-Fläche Zumietungen (ohne Turnhallen) Mietzinse der externen Mieten Anzahl staatseigene Gebäude	289'140 54'565 26'650'000 636	Mit der Einführung der Vollkostenrechnung ab Budget 2008, unterstützt durch die neue Informatik-Lösung (SAP), werden Grundlagen für die künftige Immobilienstrategie gebildet. Daraus sollen Mehrjahres-Kennzahlen festgelegt werden.			
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand IFAP 2008-2012 IFAP 2009-2013 Veränderung	384.1 394.6 -9.5	389.0 381.6 7.4	393.7 385.7 8.0	398.2 388.2 10.0	 391.1
- Ertrag IFAP 2008-2012 IFAP 2009-2013 Veränderung	280.7 284.1 -3.4	283.4 276.3 7.1	286.0 277.9 8.1	288.7 279.5 9.2	 281.1
Begründung: - Im IFAP 2008-2012 waren Fusions- und Sonderbeiträge im Hauptaufgabenbereich „9 Finanzen und Steuern“ enthalten. Die neu für 2009 hier enthaltenen Fusionsbeiträge von 13,6 Millionen Franken führen 2009 zu einem Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung. - Im IFAP 2008-2012 war eine jährliche Fondsentnahme für Fusions- und Sonderbeiträge von 8 Millionen Franken geplant. Im IFAP 2009-2013 sind hierfür 13,3 Millionen Franken im Jahr 2009 und je 4 Millionen Franken ab 2010 vorgesehen. - Im Bereich der Staats- und Mietsliegenschaften liegt der Aufwand um 3,9 (2009), 4,4 (2010), 4,7 (2011) und 5,2 (2012) Millionen Franken unter der Vorjahresplanung sowie der Ertrag um 1,9 (2009), 2,7 (2010), 3,6 (2011) und 4,4 (2012) Millionen Franken. - Die Abschreibungen für Kantons- und Güterstrassen sind im Budget 2009 um 5,1 Millionen Franken höher als im IFAP 2008-2012 geplant. Für die Folgejahre ergeben sich jedoch Minderabschreibungen von 4 (2010), 5,2 (2011) und 6,2 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben IFAP 2008-2012 IFAP 2009-2013 Veränderung	9.9 11.8 -1.9	9.9 13.4 -3.5	10.0 11.9 -1.9	9.7 11.9 -2.2	 9.9
- Einnahmen IFAP 2008-2012 IFAP 2009-2013 Veränderung	0.5 0.5 0.0	0.5 0.0 0.5	0.6 0.0 0.6	0.2 0.0 0.2	 0.0
Begründung: - Die Investitionen für Informatik in der allgemeinen Verwaltung liegen im IFAP 2009-2013 um 1,8 (2009), 4 (2010) und je 2,5 (2011 und 2012) Millionen Franken über den Werten des IFAP 2008-2012.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2008-2012 IFAP 2009-2013 Veränderung	9.7 23.5 -13.8	9.7 14.8 -5.1	9.7 15.1 -5.4	9.7 15.2 -5.5	 15.1
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2008-2012 IFAP 2009-2013 Veränderung	12.4 13.8 -1.4	12.4 0.8 11.6	14.8 0.8 14.0	5.3 0.8 4.5	 0.8
Begründung: - Wir haben die Auszahlungen für Fusions- und Sonderbeiträge als Staatsbeitrag in „0 Allgemeine Verwaltung“ einberechnet. Dies führt gegenüber dem IFAP 2008-2012 zu einem Mehraufwand von 13,1 (2009) und je 3,8 Millionen Franken für die Jahre 2010 bis 2012. - Die Beiträge Dritter an den Neubau der Universität liegen für 2009 um 1,4 Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. Im IFAP 2008-2012 hatten wir auch für die Jahre 2010 bis 2012 diese Beiträge Dritter einberechnet. Im IFAP 2009-2013 haben wir diese Beiträge direkt vom Globalbudget kantonale Hochbauten abgezogen, was zu einem dargestellten Minderertrag von 11,6 (2010), 14 (2011) und 4,5 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012 führt.					

Vorhaben und Projekte										
						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken		
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben						2010-2013 2010-2013 2010-2013 2010-2013 2011 2010-2013 2010 2008-2009 2008-2010 2007-2009 2010 2008-2010	3,3 2 0,6 			

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Hochbauprojekte			
0.4.1/09 Pfistergasse 20/22, Luzern, Sanierung und Umnutzung	2010-2012		5,3
0.4.2/09 Zeughaus Luzern, Umnutzung (gesamte Kosten 13 Mio. Fr.)	2010-2015		6
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
0.5.1/09 Registerharmonisierung basierend auf dem eidg. Register- harmonisierungsgesetz und Aufbau von zentralen Registern (Einwohner-, Gebäude- und Wohnungsregister)			
0.5.2/09 Umsetzung neue Kantonsverfassung (Neueinteilung der Ver- waltungs- und Gerichtskreise sowie der Wahlkreise	2008-2010		
0.5.3/09 Neuausrichtung Amt für Gemeinden und Regierungstatthalter	2008-2010		
0.5.4/09 Moderation und Unterstützung des Prozesses „Starke Stadtre- gion Luzern“	2008 ff.		
0.5.5/09 Moderation und Unterstützung des Prozesses „Region Sursee“	2008 ff.		
0.5.6/09 Klärung e-Voting im Kanton Luzern / Umsetzungsvorlage	2008-2010		
0.5.7/09 Strategieentwicklung der interkantonalen Zusammenarbeit	2008-2013		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	354.5	389.1	394.6	381.6	385.7	388.2	391.1	-0.9
Ertrag	326.2	279.8	284.1	276.3	277.9	279.5	281.1	-1.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	28.3	109.3	110.5	105.2	107.8	108.7	110.0	
01 Legislative und Exekutive								
Aufwand	8.5	8.2	8.2	8.3	8.4	8.6	8.7	
Ertrag	2.0	2.0	1.9	1.9	2.0	2.0	2.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.5	6.2	6.3	6.4	6.5	6.6	6.7	
02 Allgemeine Verwaltung								
Aufwand	248.4	252.5	270.3	256.6	260.0	261.8	264.0	
Ertrag	182.2	135.2	149.8	142.0	143.5	145.1	146.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	66.2	117.3	120.5	114.6	116.5	116.7	117.4	
03 Leistungen für Pensionierte								
Aufwand	4.5	4.8	4.7	4.7	4.8	4.9	4.9	
Ertrag	0.1	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.4	4.6	4.5	4.6	4.7	4.7	4.8	
09 Nicht aufteilbare Aufgaben								
Aufwand	93.0	123.6	111.4	111.9	112.5	113.0	113.5	
Ertrag	141.9	142.4	132.2	132.3	132.3	132.3	132.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-48.9	-18.9	-20.8	-20.3	-19.8	-19.3	-18.8	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	9.9	9.9	11.8	13.4	11.9	11.9	9.9	-15.5
Einnahmen	2.3	0.2	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-94.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.7	9.6	11.2	13.4	11.9	11.9	9.9	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	1.6	10.0	23.5	14.8	15.1	15.2	15.1	-35.9
Ertrag	1.7	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	9.8	23.4	14.7	15.0	15.1	15.0	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen	26.9	5.4	13.7	0.7	0.7	0.7	0.7	-94.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-26.9	-5.4	-13.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	

1 Öffentliche Sicherheit

IFAP 2009-2013

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung

Grundauftrag

- 10 *Rechtsaufsicht*
 - Sicherstellung der Rechtsaufsicht
- 11 *Polizei*
 - Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (inkl. Strassenverkehr)
- 12 *Rechtsprechung*
 - Beurteilung von Rechtssachen
 - Wahrnehmen der Dienstaufsicht bei diversen Dienststellen
- 13 *Strafvollzug*
 - Vornahme des Vollzugs
- 15 *Militärische Landesverteidigung*
 - Unterstützungsaufgaben im Militärbereich (Bundesaufgabe)
- 16 *Zivile Landesverteidigung*
 - Zivilschutzpersonal- und Schutzraumplanung
 - Leitung des kantonalen Krisenstabs

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
10 Rechtsaufsicht	Geoinformation	Dienststelle rawi	BUWD
	Grundbuchwesen	Grundbuchwesen	Gerichte
	Gastgewerbe und Gewerbepolizei, Teil Gastgewerbe	Polizei	JSD
	Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht	Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht	JSD
	Handelsregisteramt	Handelsregisteramt	JSD
	Aufenthalt und Niedergelassene	Amt für Migration	JSD
	Asyl	Amt für Migration	JSD
	Konkursämter	Konkursämter	Gerichte
11 Polizei	Technische Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Administrative Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Verkehrs- und Schiffssteuern (ohne Ertrag und Übertrag Motorfahrzeugsteuer)	Strassenverkehrsamt	JSD
	Gewerbliche Leistungen	Strassenverkehrsamt	JSD
	Kriminalpolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Verkehrspolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Sicherheitspolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Gastgewerbe und Gewerbepolizei, Teil Gewerbepolizei	Kantonspolizei	JSD
12 Rechtsprechung	Staatsanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	5 Amtstatthalterämter	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Jugendanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Obergericht und angegliederte Kommissionen	Obergericht	Gerichte
	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Gerichte
	Verwaltungsgericht und Schätzungskommission	Verwaltungsgericht und Schätzungskommission	Gerichte
13 Strafvollzug	Grosshof	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
	Strafanstalt Wauwilermoos	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
	Vollzugs- und Bewährungsdienste	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
15 Militärische Landesverteidigung	Militär und Zivilschutz, Teil Militär	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
16 Zivile Landesverteidigung	Militär und Zivilschutz, Teil Zivilschutz	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Sicherheit ist ein wesentliches Element der Wettbewerbsfähigkeit eines Ortes oder einer Region. Die Luzernerinnen und Luzerner fühlen sich in der grossen Mehrheit sicher. Polizei und Strafverfolgungsbehörden leisten gute Arbeit. Die Krisen-Organisationen haben sich bewährt. Wir gehen davon aus, dass sich die Klimasituation auch bei uns verschärfen wird. Mit professionellen Risikoanalysen wollen wir sicherstellen, dass der Kanton Luzern in der Lage ist, Naturgefahren wirkungsvoll zu begegnen und grosse Schadenereignisse zu meistern.

Sicherheit ist indessen mehr als der Schutz von Leib und Leben. Menschen fühlen sich erst dann wirklich sicher, wenn sie sich auch in Entscheidungs- und Notsituationen tatsächlich und emotional auf Staat und Gesellschaft verlassen können. Dazu gehören zum Beispiel Zugangssicherheit zu staatlichen Leistungen, Planungssicherheit in der Altersvorsorge, Rechts- und Verfahrenssicherheit oder die Sicherheit, dass staatliche Leistungen qualitativ gut sind (Bildung, Gesundheit, Infrastrukturen). Wir berücksichtigen deshalb den Aspekt Sicherheit in allen Politikbereichen.

Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen

In den vergangenen Jahren haben Unsicherheit und Verschmutzung im öffentlichen Raum spürbar zugenommen. Dreckige Strassen und Plätze, mutwillige Beschädigungen, Nachtruhestörungen und Alkoholmissbrauch sorgen besonders in den städtischen Agglomerationen für Probleme. Die Gewaltbereitschaft nimmt im Umfeld von grossen Sportveranstaltungen ebenso zu wie unter Jugendlichen und in Familien.

Diese Entwicklungen wollen wir bekämpfen. Mit der Einführung der Wegweisung und des Rayonverbots, durch konsequente Ahndung von Regelverstössen, mit schnellen Verfahren und wirkungsvollen Strafen (gemeinnützige Arbeit anstelle von Bussen), mit Videoüberwachung zur Täteridentifizierung sowie mit einer verstärkten Präsenz der Sicherheitskräfte in den Problemgebieten werden wir die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen. Dafür braucht die Polizei mehr Mittel und mehr Personal.

Wir begegnen den steigenden Anforderungen und Aufgaben an die Sicherheitskräfte mit der Reorganisation des Luzerner Polizeiwesens und unterstützen die Fusion der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei.

Gewaltprävention verstärken

Gleichzeitig verstärken wir die Präventionsarbeit. In Anlehnung an die Kampagne der Schweizerischen Kriminalprävention entwickeln wir eine Präventionskampagne "Jugend und Gewalt". Einbezogen werden neben der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden die Bereiche Bildung und Erziehung, Soziales, Gesellschaft und Gesundheit. Wichtig sind die Erziehung zu einem gewaltfreien Umgang bereits im Kindesalter sowie die entsprechende Elternbildung und Elternunterstützung.

Generelle Entwicklung

10 Rechtsaufsicht

Das Projekt zur Erneuerung der amtlichen Vermessung (AV) der Abteilung Geoinformation der Dienststelle rawi verläuft planmässig (benötigter Finanzbedarf bis zur Fertigstellung = ca. 8 Mio. Franken). Die Verwaltung des Konzerndatensatzes der Geoinformation und die Einführung des neuen Geoinformationsgesetzes des Bundes bringen voraussichtlich neue Aufgaben.

11 Polizei

Der Fahrzeugbestand im Kanton Luzern wird bis Ende 2013 um rund 25'000 Fahrzeuge auf ca. 285'000 Fahrzeuge ansteigen. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfintervalle einhalten zu können, sind die Kapazitäten mit zusätzlicher Infrastruktur (fünf Prüfbahnen) und zusätzlichen Experten auszubauen. Zur Förderung des Kaufes von energieeffizienten und emissionsarmen Motorfahrzeugen sollen bei der Bemessung der Verkehrssteuer Ökokriterien zur Anwendung gelangen.

Die Entscheidungsgrundlagen zur Schaffung einer Luzerner Polizei liegen vor und wurden vom Regierungs- und Stadtrat in Form einer Absichtserklärung zustimmend verabschiedet. Nach dem Grossen Stadtrat hat auch der Kantonsrat nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 15. April 2008 beschlossen, vom Planungsbericht über die Zusammenlegung der Stadtpolizei Luzern mit der Kantonspolizei (B 56) in zustimmenden Sinn Kenntnis genommen. Der Beschluss ist zu veröffentlichen. Die Fusion erfolgt per 1.1.2010.

Der Kantonsrat beschliesst nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 22. April 2008 vom Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Kantonspolizei (B 58) wird Kenntnis genommen und der Beschluss ist zu veröffentlichen. Vorerst ist eine Aufstockung um 40 Stellen in den Jahren 2009 bis 2012 vorgesehen.

Die Planung des Sicherheitsfunknetzes Polycom zusammen mit anderen Dienststellen sowie den Organisationen des Bevölkerungsschutzes, welches schweizweit eingeführt wird, steht vor dem Abschluss. Laut RRB sollte das Funknetz in den Jahren 2010 und 2011 realisiert werden und verursacht dem Kanton Kosten in der Höhe von 39,2 Millionen Franken. Daran beteiligt sich der Bund mit 13,5 Millionen Franken.

Mit RRB Nr. 475 vom 22.04.2008 wurden für den Bau eines Sicherheitszentrums für die Bereitschafts- und Verkehrspolizei und Teilbereiche der Logistik im Verbund mit dem Amt für Militär und Zivilschutz in Sempach ein Planungskredit in der Höhe von 1,4 Millionen Franken gesprochen.

12 Rechtsprechung

Rechtsweggarantie:

Ab 1. Januar 2009 wird die Rechtsweggarantie Auswirkungen haben. Der in der Folge sich entwickelnde Geschäftsgang wird aber erst nach einer gewissen Zeit ausreichend beurteilt werden können. Diese Tatsache verzögert die Einschätzung der personellen Voraussetzungen. Deshalb kommen gegenüber dem IFAP 2008–2012 die mutmasslichen Neueingänge infolge der Rechtsweggarantie ab 1. Januar 2009 nicht zum Tragen. Andererseits muss eine kleine Erhöhung aufgrund der allgemeinen Zahlenentwicklung im Jahr 2008 vorgenommen werden. Parallel dazu prüft das Verwaltungsgericht in einem Projekt, ob mit Änderungen von gezielten Verfahrens- und Organisationsvorschriften die Zahl der erledigten Fälle erhöht werden kann.

Justizreform 2010:

Auf den 1. Januar 2010 sollen die Schweizerische Strafprozessordnung und die Schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft treten. Auf den gleichen Zeitpunkt, evtl. etwas später, werden das Vormundschaftsrecht und das Immobiliarsachenrecht revidiert. Insbesondere die neuen Prozessordnungen bewirken einen grösseren Verfahrensaufwand und erfordern einen Ausbau und eine Strukturänderung der Gerichte. Zusätzlich muss ein Zwangsmassnahmengericht eingerichtet werden. Die Strafverfolgungsbehörden müssen vom Untersuchungsrichtermodell auf das Staatsanwaltsmodell umstellen. Wegen der grösseren Raumbedürfnisse sind Gebäudeerweiterungen oder Umzüge unumgänglich. Insgesamt ergibt sich bei den Zivil- und Strafgerichten wie auch bei den Strafverfolgungsbehörden eine Erhöhung des Personal- und des Sachaufwandes.

13 Strafvollzug

Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen im Strafvollzug auf die Auslastung der Gefängnisse ist noch ungewiss. Es kann nicht abschliessend beurteilt werden, ob es zu Anpassungen bei den Haftplätzen kommt.

15/ Militärische / zivile Landesverteidigung

16 Bei der Armeereform 2008 - 2011 wird keine Reduktion der Armeeangehörigen erfolgen. Die organisatorischen Anpassungen haben keine Auswirkungen auf die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Strafvollzug.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
10 Rechtsaufsicht					
Anzahl Grundbuchanmeldungen	21'730	21'730	21'730	21'730	21'730
Anzahl Eintragungsgeschäfte Handelsregisteramt	6'600	6'700	6'800	7'000	7'000
Anzahl Eingänge Konkursverfahren	376	376	376	376	376
Personen ständige ausländische Wohnbevölkerung	59'550	60'760	62'000	63'270	64'560
Personen im Asylprozess	2'000	1'970	1'940	1'910	1'880
11 Polizei					
Kantonspolizei: Interventionszeit unter 25 Minuten	90%	90%	90%	90%	90%
Kantonspolizei: Mittelwert der Interventionszeit in Minuten	10	10	10	10	10
Kantonspolizei: Bewertung des Sicherheitsbefindens durch Bevölkerungsbefragung auf einer Skala von 1-10	7	7	7	7	7
Strassenverkehrsamt: Anzahl Fahrzeugprüfungen	63'500	66'000	85'500	92'500	92'500
Anzahl Fahrzeuge	262'000	266'000	275'000	280'000	285'000
12 Rechtsprechung					
Strafverfolgung: Strafverfügung mit/ohne Untersuchung	6'000 / 26'000	6'000 / 26'000	6'000 / 26'000	6'000 / 26'000	6'000 / 26'000
Gerichte:					
LG Obergericht:					
Eingänge / Erledigungen	1075 / 1075	1225 / 1225	1225 / 1225	1225 / 1225	1225 / 1225
LG Erstinstanzliche Gerichte:					
Eingänge / Erledigungen	9250 / 9250	9850 / 9850	9850 / 9850	9850 / 9850	9850 / 9850
LG Verwaltungsgericht und Schätzungskommission:					
Eingänge / Erledigungen	1450 / 1530	1500 / 1580	1500 / 1580	1500 / 1580	1500 / 1580
Gerichte: Debitorenverluste in % der Verfahrenskosten	66.6	51.2	41.1	35.9	31.6
13 Strafvollzug					
Auslastung der kantonalen Anstalten (Möösli/Grosshof) in %	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90
Anzahl Hafttage in kantonalen Anstalten (Möösli/Grosshof)	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500
15/16 Militärische / Zivile Landesverteidigung					
Wehrpflichtige	28'000	28'000	28'000	28'000	28'000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	248.5	253.0	255.9	257.7	
IFAP 2009-2013	253.6	280.8	285.1	290.1	293.4
Veränderung	-5.1	-27.8	-29.2	-32.4	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	125.6	126.8	127.9	128.9	
IFAP 2009-2013	129.6	151.6	150.8	149.7	148.1
Veränderung	-4.0	-24.8	-22.9	-20.8	
Begründung: - Im IFAP 2008-2012 war die Verschiebung der Leistungsgruppe Gastgewerbe und Gewerbepolizei in den Hauptaufgabenbereich „8 Volkswirtschaft“ vorgesehen. Durch den Verzicht auf diese Verschiebung erhöhen sich der Aufwand 2009 ff. um 2,4 und der Ertrag um 5 Millionen Franken. - Die vorgesehene Fusion der Kantons- mit der Stadtpolizei führt ab 2010 zu einem Mehraufwand von 20,1 Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012. Der Mehrertrag liegt 2010 bei 20,3, 2011 bei 17,3 und 2012 bei 14,3 Millionen Franken über der Vorjahresplanung. - Die Aufstockung der Personalressourcen der Kantonspolizei führt zu Mehrkosten von 1 (2009), 2 (2010), 3 (2011) und 4 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	11.0	10.0	9.6	9.1	
IFAP 2009-2013	9.6	20.9	15.7	16.5	9.4
Veränderung	1.4	-10.9	-7.1	-7.4	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	0.6	0.6	0.7	0.3	
IFAP 2009-2013	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung	-0.1	0.6	0.7	0.3	
Begründung: - Durch die Verschiebung der Anschaffung von neuen Prüfgeräten im Strassenverkehrsamt reduzieren sich die Investitionsausgaben 2009 um 1 Million Franken gegenüber dem IFAP 2009-2013. - Aufgrund des Projektfortschritts haben wir die vorgesehenen Investitionen für das neue Funknetz Polycom erstmals im IFAP 2009-2013 einberechnet. Die entsprechenden Nettoausgaben betragen 0,2 (2009), 12,2 (2010), 6,3 (2011) und 7,2 (2012) Millionen Franken.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	1.6	1.6	1.6	1.6	
IFAP 2009-2013	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
Veränderung	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	0.2	0.2	0.2	0.2	
IFAP 2009-2013	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung	0.2	0.2	0.2	0.2	
Begründung: - Durch den Verzicht auf die Verschiebung der Leistungsgruppe Gastgewerbe und Gewerbepolizei erhöhen sich die Staatsbeiträge um jährlich 1,9 Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012.					

Vorhaben und Projekte				
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben				
1.1.1/09	Mehrkosten durch Einführung Erwachsenenschutzrecht	2010-2013	1	
1.1.2/09	Erhöhung Einlage Fonds Schifffahrt (Mindesthöhe 0,5 Mio. Fr.)	2010-2013	0,6	
1.1.3/09	Massnahmen Strassenverkehrsamt zur Bewältigung der höheren Anzahl und der aufwändigeren Fahrzeugprüfungen			
	a) Personelle Verstärkung Expertenteam	2010-2013	2,9	
	b) Miete für externe Prüfstation	2010-2013	1,2	
	c) Mehreinnahmen Fahrzeugprüfungen	2010-2013	-6	
	d) Anschaffung von Prüfgeräten	2011-2013		1,5
1.1.4/09	Veränderungen durch die Fusion von Stadt- und Kantonspolizei			
		2009 2010 2011 2012 2013		
	Aufwand Stadtpolizei	26,6 26,6 26,6 26,6		
	Verwendung Synergie für Stellen	2,5 2,5 2,5 2,5		
	./i. Wegfall Kantonsbeitrag	-9,0 -9,0 -9,0 -9,0		
	./i. Ertrag der Stadtpolizei	-11,3 -11,3 -11,3 -11,3		
	./i. Fusionsbeitrag Stadt	-9,0 -6,0 -3,0 0		
	Mehraufwand Fusion ggb. B 2009	-0,2 2,8 5,8 8,8	17,2	
1.1.5/09	3. Phase Personalaufstockung bei der Kantonspolizei	2009-2012	9	
1.1.6/09	Mehraufwand für periodische Schutzraumkontrolle	ab 2010	0,6	
1.1.7/09	Veränderungen durch neue Strafprozessordnung (ohne Debitorenverluste, da diese zwischen JSD und Gerichte ausgleichen)			
	a) Wegfall Einnahmen von Delinquenten	ab 2010	0,8	
	b) Höhere Kosten Strafverfolgung (Personal, Miete)	ab 2010	1,2	
1.1.8/09	Höhere Investitionen bei der Kantonspolizei			
	a) Neues Funknetz Polycom (Bruttoinvestitionen 39,2 Mio. Fr.)	2009-2012		25,2
	b) Höhere Investitionen für Dienstfahrzeuge	2010-2013		0,5
	c) Höhere Investitionen für technische Anlagen im fließenden Verkehr und beim kriminaltechnischen Dienst	2010-2013		0,8
1.1.9/09	Mehraufwand durch Justizreform 2010 bei den Gerichten (Aufwand analog Vorjahr, weitere Kosten als geplant aufgeführt)	2010-2013	8,4	
1.1.10/09	Mehrkosten aus der Fusion des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts	2010-2013	1,5	

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
1.2.1/09 Mehraufwand durch Justizreform 2010 bei den Gerichten (zusätzlicher Aufwand gegenüber Vorjahresplanung)	2010-2013	7,3	
Gesetzesänderungen			
1.3.1/09 Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege und damit zusammenhängender Änderungen weiterer Erlasse (Umsetzung Rechtsweggarantie)	2009		
1.3.2/09 Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts und damit zusammenhängender Änderungen weiterer Erlasse (Umsetzung Rechtsweggarantie, 2. Schritt)	2009		
1.3.3/09 Gesetz über die Gerichtsorganisation: Sämtliche bisherigen erstinstanzlichen Gerichte und neu das Zwangsmassnahmengericht sowie die Fusion Obergericht / Verwaltungsgericht zum Kantonsgericht	2009-2013		
1.3.4/09 Zivil- und Strafprozessordnung (Umsetzung der Änderungen im Bundesrecht)	2009		
1.3.5/09 Änderungen ZGB (Vormundschaftsrecht)	2009-2011		
1.3.6/09 Änderung Gesetz/Vollzugsverordnung über die Verkehrsabgaben (neues Rabattmodell)	2010-2011		
1.3.7/09 Übertretungsstrafgesetz und Gesetz über die Kantonspolizei (Wegweisungsnorm, Littering, unbefugtes Plakatieren)	2009		
Hochbauprojekte			
1.4.1/09 Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof a) Erweiterung und Aufstockung Zellentrakt (3,9 Mio. Fr.) b) Erweiterung Beschäftigungs- und Bildungsräume	2009-2012 2010-2012		3,7 8,5
1.4.2/09 Strafanstalt Wauwilermoos a) Erweiterung Gewerbegebäude (Wäscherei, 5,3 Mio. Fr.) b) Hauptgebäude und Pavillonbauten, Fassadenrenovation	2009-2011 2009-2011		5 4
1.4.3/09 Zivilschutzzentrum Sempach, Umnutzung und Ausbau zum Sicherheitszentrum (33,5 Mio. Fr.)	2009-2014		30

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
1.5.1/09 Prüfung der Verselbständigung des Strasserverkehrsamtes	2009-2010		
1.5.2/09 Umsetzung Präventionskampagne „Jugend und Gewalt“ der Schweizerischen Kriminalprävention	ab 2009		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	220.7	243.2	253.6	280.8	285.1	290.1	293.4	15.7
Ertrag	140.9	124.6	129.6	151.6	150.8	149.7	148.1	14.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	79.8	118.6	124.0	129.2	134.3	140.4	145.3	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	29.4	29.5	32.4	33.7	34.0	34.4	34.7	
Ertrag	34.0	28.1	32.9	33.2	33.5	33.8	34.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.6	1.4	-0.5	0.5	0.5	0.6	0.6	
11 Polizei								
Aufwand	96.5	104.8	109.6	132.6	135.8	138.7	140.6	
Ertrag	59.0	53.9	52.5	74.1	72.7	71.0	68.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	37.6	50.9	57.0	58.5	63.1	67.8	71.8	
12 Rechtssprechung								
Aufwand	51.9	58.1	60.4	62.6	63.0	64.3	65.1	
Ertrag	21.8	22.0	22.8	23.0	23.2	23.3	23.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	30.1	36.2	37.5	39.6	39.9	41.0	41.5	
13 Strafvollzug								
Aufwand	28.4	36.9	37.0	37.2	37.5	37.7	38.0	
Ertrag	17.3	14.3	14.3	14.3	14.4	14.5	14.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.1	22.6	22.6	23.0	23.1	23.2	23.3	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	7.2	7.5	7.7	7.8	7.9	8.0	8.0	
Ertrag	5.5	5.0	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.7	2.5	2.2	2.3	2.4	2.5	2.5	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	7.2	6.4	6.6	6.8	6.9	7.0	7.1	
Ertrag	3.4	1.4	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.9	5.0	5.1	5.3	5.3	5.4	5.5	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	10.2	9.6	9.6	20.9	15.7	16.5	9.4	-1.9
Einnahmen	2.4	0.3	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-94.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.9	9.4	8.9	20.9	15.7	16.5	9.4	

Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	2.3	1.6	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5	0.0
Ertrag	0.2	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.2	1.5	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.2	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	-	-	-	-	-	-	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag**

- 21 Volksschule
- Vollzug der gesetzlichen Vorgaben und staatliche Aufsicht im Bereich der Volksschulen
 - Enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Dienststellen und den kommunalen Schulen
 - Weiterentwicklung der Volksschulen und deren Anpassung an die aktuellen Erfordernisse
- 22 Sonderschulen
- Schulung und Förderung von behinderten Kindern und Jugendlichen
- 23 Berufsbildung
- Berufliche Grundbildung (Berufslehren, Berufsmatura, Fachmatura), höhere Berufsbildung (Berufs- und höhere Fachprüfungen, höhere Fachschulen), berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung sowie Berufs- und Studienberatung
 - Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung und laufende Weiterentwicklung des Angebots bzw. der Qualität
 - Im Sinne der Verbundpartnerschaft arbeitet sie eng mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände usw.) zusammen
- 25 Allgemeinbildende Schulen
- Vollzug des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements und der kantonalen Vorgaben im Bereich der Mittelschulen und im Sportbereich
 - Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Gymnasialbildung
- 27 Hochschulen und Forschung
- Enge Zusammenarbeit mit eidgenössischen und kantonalen Behörden, mit Konkordaten und Hochschulgremien
 - Zuständig für die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung bei den Hochschulen auf dem Platz Luzern
- 29 Übriges Bildungswesen
- Verantwortlich für Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berufs- und Studienberatung und die schulischen Dienste

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle	Departement
21 Volksschule	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung, Teil Staatsbeitrag	Volksschulbildung	BKD
	Zentraler Einkauf	Dienststelle Informatik	FD
22 Sonderschulen	Heilpädagogische Förderung Hohenrain	Volksschulbildung	BKD
	Heilpädagogische Förderung Schüpfheim	Volksschulbildung	BKD
	Teil Sonderschule der Leistungsgruppe „Soziale Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
	Staatsbeiträge an ausserkantonale und private Sonderschulen	Volksschulbildung	BKD
23 Berufsbildung	Betriebliche Bildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD
	Schulische Bildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD
25 Allgemeinbildende Schulen	Gymnasiale Bildung	Gymnasialbildung	BKD
	Weitere Bildungsangebote	Gymnasialbildung	BKD
	Dienstleistungen	Gymnasialbildung	BKD
27 Hochschule und Forschung	Hochschulbildung	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
29 Übriges Bildungswesen	Departementssekretariat BKD	Departementssekretariat BKD	BKD
	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung	Volksschulbildung	BKD
	Beratung und Integration	Berufs- und Weiterbildung	BKD
	Dienstleistungen	Berufs- und Weiterbildung	BKD

Legislaturprogramm 2007-2011

Der Kanton Luzern verfügt über ein qualitativ gutes und attraktives Schulangebot, das der Bevölkerung bedarfs- und begabungsgerechte Bildungswege bereitstellt. Der Hochschulplatz Luzern hat sich erfolgreich etabliert; seine Bedeutung für die Volkswirtschaft des Kantons ist evident und unbestritten. Unsere Bildungspolitik wird durch den schnellen Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgaben stark gefordert (demografisches Ungleichgewicht zwischen jungen Erwerbsfähigen und Betagten; Notwendigkeit, Bildungsinhalte an aktuelle Bedürfnisse anzupassen; Pluralisierung der Lebensformen; Individualisierung; abnehmender Wertekonsens usw.). Ausserschulische Einflussfaktoren auf Erziehung und Bildung (Medien, Internet, Reisen, private Angebote) spielen eine immer grössere Rolle. Der Anspruch an die Schule steigt ebenso wie der Rechtfertigungsdruck für Bildungsausgaben. Die zunehmende Mobilität verlangt nach interkantonaler Kooperation und Harmonisierung der Bildungssysteme.

Wir wollen die Durchlässigkeit der Bildungswege gewährleisten und die Ausbildung im nachobligatorischen Bereich ebenso fördern wie die Erwachsenenbildung (besonders für benachteiligte Zielgruppen). Wir suchen dafür die enge Zusammenarbeit mit Lehrpersonen, Lehrbetrieben, Berufsverbänden und den anderen Kantonen.

Bildungsinhalte der Volksschule aktualisieren

In den kommenden Jahren werden wir die Bildungsziele und Bildungsinhalte der Volksschule in Zusammenarbeit mit den Deutschschweizer Kantonen an die aktuellen Bedürfnisse anpassen (Projekt „Schulen mit Zukunft“). Die Schulstrukturen sollen in Zukunft aus mehrjährigen Zyklen (z.B. Basisstufe) bestehen, womit wir länger dauernde Lernwege mit hoher Kontinuität schaffen. Die Unterrichtsformen müssen auf die heterogene Zusammensetzung der Klassen stärker Rücksicht nehmen. Wir unterstützen schul- und familienergänzende Betreuungsangebote (z.B. Hort, Mittagstisch, Aufgabenhilfe, Tagesschulen), die von den Erziehungsberechtigten mitfinanziert werden. Bis 2011 sollen schulergänzende Betreuungsangebote mit etwa 1500 Plätzen eingerichtet werden. Um die Unterrichtsqualität auf der Sekundarstufe I zu sichern und den Schülerinnen und Schülern einen optimalen Einstieg in die Berufsbildung oder in ein Kurzzeitgymnasium zu ermöglichen, führen wir Leistungsmessungen ein (Stellwerk 8 und 9).

Kurzzeit- und Langzeitgymnasien gleichwertig

Die Gymnasien haben eine Phase grosser Umstrukturierungen hinter sich, die teils abgeschlossen sind, teils noch konsolidiert werden müssen: Die Umsetzung der MAR-Reform, die Einführung und Förderung der Kurzzeitgymnasien und die Umwandlung der Seminare in Gymnasien. Die Zahl der beruflichen Funktionen, die sich auf eine vertiefte Grundausbildung stützen, wie sie heute Gymnasien, Fach- und Berufsmittelschulen vermitteln, wird zunehmen. Das Gymnasium verliert ein Stück weit die Exklusivität als Zubringer für die Hochschulen, es eröffnet aber weiterhin den effizientesten Weg zum universitären Hochschulstudium.

Wir verstehen Kurzzeit- und Langzeitgymnasien als gleichwertige Regelwege. Die gymnasiale Maturitätsquote im Kanton Luzern ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und wird sich dem schweizerischen Durchschnitt annähern. Die Schülerzahl wird auf der Sekundarstufe II ab 2014/2015 stagnieren bzw. rückläufig sein. Gegenüber den Abnehmerschulen geht es darum, die gymnasiale Maturität als Zugangsberechtigung für das Studium an allen universitären Hochschulen zu behaupten.

Berufsbildung auch für leistungsstarke Jugendliche attraktiv

Mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen absolvieren eine Berufslehre. Die Lehrstellensituation hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert, bleibt aber im Kanton Luzern leicht angespannt. Besondere Probleme bestehen bei den Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit schulischen und sozialen Schwächen. Wir werden die Strukturen der Berufsbildung optimieren, das Angebot der Ausbildungsplätze für die zweijährige Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest erhöhen, das Lehrstellenmarketing verstärken, Kompetenzzentren für die berufliche Aus- und Weiterbildung einrichten und die Schulraumprobleme an den Standorten Luzern und Sursee lösen.

Um der Wirtschaft auch in Zukunft den nötigen Berufsnachwuchs zur Verfügung stellen zu können, muss die Attraktivität der Berufsbildung gesteigert werden. Dazu gehört die Positionierung der Berufsbildung als attraktiver Weg auch für leistungsstarke Jugendliche und die Förderung der Berufsmaturität als ideale Vorbereitung auf eine tertiäre Ausbildung.

Hochschulen und Tertiärstufe: Fächerangebot und Strukturen überprüfen

Der Kanton Luzern und die Region Zentralschweiz haben in den vergangenen Jahren erfolgreich ein qualitativ überzeugendes und attraktives Hochschulangebot aufgebaut. Es umfasst alle Hochschultypen (Universität, Fachhochschule und Pädagogische Hochschule), besetzt jedoch fachlich ausgewählte Nischen. Das Angebot ist unter den Hochschulen komplementär, es gibt keine Überschneidungen. Auf ein Angebot im medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich wird bewusst verzichtet. Wir überprüfen Fächerangebot und Strukturen und bauen die kultur- und sozialwissenschaftliche Fakultät aus, um das Profil der Universität Luzern im Kompetenzfeld Gesellschaft, Kultur und Staat weiter zu schärfen.

Die Hochschule Luzern (früher Fachhochschule Zentralschweiz) muss in den kommenden Jahren ihre Stärken akzentuieren. Sie ist mit ihren Studiengängen nahe bei der regionalen Wirtschaft und setzt mit ausgewählten Masterprogrammen Kompetenzschwerpunkte, mit denen sie auch national und international ausstrahlt. Wir überprüfen die Träger- und Führungsstruktur der Hochschule Luzern sowie der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz PHZ und passen sie den Bedürfnissen eines effizienten Hochschulbetriebs an.

Die Bedeutung der nicht-hochschulischen Ausbildungen auf der Tertiärstufe wird weiter zunehmen. Der Kanton Luzern verfügt – neben Universität und Fachhochschulen – über ein breites Angebot an höheren Fachschulen sowie an Vorbereitungskursen für eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen. Um den qualifizierten Nachwuchs im Bereich der Gesundheitsberufe zu sichern, planen wir die Errichtung einer Höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz (HFGZ).

Bemerkungen zum Legislaturprogramm 2007-2011

2. Das HarmoS-Konkordat ist vor allem im Bereich des Schuleintrittsalters pragmatisch umzusetzen.
3. Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen.

Generelle Entwicklung

21 Volksschule / 22 Sonderschulen

Die Entwicklung der Luzerner Volksschulen wird in den nächsten Jahren durch folgende Herausforderungen geprägt sein: Die Klassen werden in ihrer Zusammensetzung noch heterogener. Die Zahl der Lernenden wird in verschiedenen Gemeinden weiter abnehmen (ab Schuljahr 2011/12 auch auf der Sekundarstufe I). Die Bildungsinhalte und die Schulstrukturen müssen zum Teil ergänzt und angepasst werden. Die Neuregelung der Zuständigkeiten im Sonderschulbereich im Rahmen der NFA muss sowohl bei den Regelklassen als auch bei den Sonderschulen umgesetzt werden. Diese Herausforderungen haben verschiedene Auswirkungen auf die Volksschulen. Insbesondere beeinflussen sie den Unterricht, weshalb die Unterrichtsentwicklung in den nächsten Jahren im Zentrum der Schulentwicklungsarbeiten steht. Kantonal werden diese Arbeiten im Projekt „Schulen mit Zukunft“ geleistet, das von allen an der Volksschule beteiligten Partnern getragen wird. Im Zentrum stehen in den nächsten Jahren die Arbeiten in den Teilprojekten „Lehren und Lernen“ (Unterrichtsentwicklung), „Basisstufe“, schul- und familienergänzende Betreuungsangebote sowie „integrative Förderung“. Verschiedene Arbeiten werden auch interkantonal geleistet (z.B. Deutschschweizer Lehrplan, Leistungsmessungen), doch erfolgt die Umsetzung später kantonal (ca. ab 2012).

23 Berufsbildung

Die Berufsbildung steht in den nächsten Jahren vor der grossen Herausforderung, das Leistungsangebot der dynamischen Entwicklung des Arbeitsmarktes anzupassen und die Attraktivität der Berufsbildung als praxisorientierter und dual organisierter Bildungsweg zu erhalten. Wir wollen dieses Ziel erreichen, indem wir die Strukturen der Berufsbildung optimieren, das Angebot der Bildungsplätze für die zweijährige Grundbildung mit eidg. Berufsattest erhöhen und das Lehrstellenmarketing forcieren. Die Realisierung der Berufsbildungsreform erfolgt in Abstimmung mit dem Bund und den Organisationen der Arbeitswelt. Durch die berufsfeldorientierte Neuzuteilung der Berufe an die einzelnen Berufsfachschulen sollen Kompetenzzentren für die berufliche Aus- und Weiterbildung entstehen. Ausserdem gilt es die bestehenden Schulraumprobleme an den Standorten Luzern und Sursee zu lösen. Im Rahmen der Strukturreform BKD werden die Organisation und die Prozesse der Berufsfachschulen vereinfacht. Inhaltlich steht der qualitative Ausbau der Verbundpartnerschaft im Vordergrund, insbesondere die flexible Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse in den einzelnen Berufen. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Ausgestaltung des Übergangs zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II. Die Anzahl Jugendlicher im Kanton Luzern, welche einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen, soll erhöht werden. Die Erreichung dieses Zieles wird mit der Einführung eines Casemanagements Berufsbildung und gezielten Beratungs- und Integrationsangeboten unterstützt.

25 Allgemeinbildende Schulen (Mittelschulen)

Die sich abzeichnende Entwicklung der Bildungslandschaft aller Stufen (Volksschulen - Sekundarstufe II - Hochschulen) wird für die Positionierung der Gymnasien von Bedeutung sein. Die Aufwertung der Fremdsprachen an der Volksschule erfordert ein Gesamtsprachenkonzept an den Gymnasien, und innerhalb der Sekundarstufe II stellt sich die Frage nach dem spezifischen Profil der Maturitätsschulen. Das kantonale Projekt "Potenzial Gymnasium" ist eine Antwort auf diese Frage; die Gymnasien haben im Jahr 2007 mit der Umsetzung dieses Projektes begonnen. Schliesslich geht es um die Sicherstellung der gymnasialen Matura als Zugangsberechtigung zum Studium an den universitären Hochschulen.

27 Hochschule und Forschung

Der Hochschulbereich wird in den nächsten Jahren von bedeutenden Struktur- und Infrastrukturprojekten geprägt sein. Während für Universität und PHZ Luzern die Bereitstellung des Postbetriebsgebäudes im vorgesehenen Zeitrahmen bis 2010 im Infrastrukturbereich oberste Priorität hat, muss für die HSLU und die Bedürfnisse ihrer Teilschulen die strategische Raumplanung aufgrund der Entwicklung aktualisiert und fortgeschrieben und zugleich der dringendste Raumbedarf zeitgerecht erfüllt werden. Dabei müssen diese Fragen der Infrastruktur in engem Zusammenhang mit den strukturellen und rechtlichen Planungen gesehen werden. Sowohl für die HSLU als auch für die PHZ haben die Konkordatsräte eine Überprüfung der Rechtsgrundlagen sowie der Führungs- und Finanzierungsstrukturen mit dem Ziel einer Reform der bestehenden Konkordate in Auftrag gegeben.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
21 Volksschule					
<i>Entwicklung der SchülerInnen-Zahl</i>					
Kindergarten	4'700	4'800	4'900	5'000	5'100
Primarschule	26'000	25'750	25'500	25'000	25'000
Sekundarstufe I	11'700	11'700	11'700	11'200	10'700
<i>Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse</i>					
Kindergarten	17.7	17.6	17.5	17.5	17.4
Primarschule	19.6	19.5	19.5	19.3	19.2
Sekundarstufe I	17.9	17.9	17.8	17.7	17.6
22 Sonderschulen					
Anzahl Sonderschüler in kant. Sonderschulen	310	305	290	280	280
Anzahl Sonderschüler in übrigen Sonderschulen	520	505	490	480	480
23 Berufsbildung					
Anzahl Lernende in beruflicher Grundbildung	12'221	12'281	12'100	12'000	11'900
Anzahl Lernende Berufsmatura	1'932	1'971	2'011	2'050	2'070
Berufsmaturitätsquote	13.1%	13.7%	13.9%	14.1%	14.1%
25 Allgemeine Schulbildung (Mittelschulen)					
Entwicklung Schülerinnenzahl	6'050	6'080	6'060	6'040	6'020
Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse	20.2	20.2	20.1	20	20
Maturitätsquote	19.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%
27 Hochschule und Forschung					
Entwicklung Studierende HSLU (BA EFP 07-11)	3'065	3'090	3'130	3'160	3'250
Entwicklung Studierende HSLU (MA EFP 07-11)	420	620	680	740	800
Kosten pro Studierende BA (ohne Infra, EFP 07-11)	29'094	28'974	29'130	29'300	29'500
Kosten pro Studierende MA (ohne Infra, EFP 07-11)	32'704	32'722	32'978	33'200	33'500
Entwicklung Studierendenzahl Uni Luzern	2'365	2'435	2'485	2'598	2'600
Betreuungsverhältnis Professoren / Studierende Uni Luzerner Studierende an ausserkantonalen Universitäten	2'520	2'590	2'640	2'720	2'800
Entwicklung Studierendenzahl PHZ-Luzern (inkl. VBK)	1'066	1'118	1'170	1'195	1'200
Durchschnittliche Kostenabteilungs-Pauschale pro Studierende(r) PHZ	35'000	35'000	35'000	35'000	35'000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	773.0	790.4	800.8	810.1	
IFAP 2009-2013	765.4	787.2	800.6	809.2	820.1
Veränderung	7.6	3.2	0.2	0.9	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	185.6	186.6	187.2	187.1	
IFAP 2009-2013	191.2	187.0	187.7	188.2	188.8
Veränderung	-5.6	-0.4	-0.5	-1.1	
Begründung: - Durch die Ausbuchung der Investitionsbeiträge reduzieren sich die Abschreibungen gegenüber dem IFAP 2008-2012 um jährlich 6 Millionen Franken. - Wir hatten im IFAP 2008-2012 Aufwand und Ertrag für die Sonderschulen zu tief budgetiert (vgl. B48 vom 29.2.2008 betreffend Nachtragskredit SEG zum Budget 2008). Der Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung beträgt 8,3 (2009), 8,8 (2010), 9,3 (2011) und 9,7 (2012) Millionen Franken. Diesem Mehraufwand steht ein Mehrertrag von 4,6 (2009), 4,8 (2010), 4,9 (2011) und 5,1 (2012) Millionen Franken gegenüber. - Im Budget 2009 sind als Ertrag Rückführungen der Universität Luzern und der Hochschule Luzern von 5,5 Millionen Franken enthalten, welche im IFAP 2008-2012 noch nicht geplant waren. - Erträge aus dem Sporttoto von jährlich 2,8 Millionen Franken, welche im IFAP 2008-2012 im Hauptaufgabenbereich „2 Bildung“ enthalten waren, sind neu im Hauptaufgabenbereich „3 Kultur und Freizeit“ enthalten.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	44.5	44.5	43.5	39.7	
IFAP 2009-2013	43.9	39.2	37.3	37.0	37.0
Veränderung	0.6	5.3	6.2	2.7	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	5.1	5.1	6.0	2.2	
IFAP 2009-2013	5.6	0.4	0.4	0.4	0.4
Veränderung	-0.5	4.7	5.6	1.8	
Begründung: - Die Beiträge Dritter an den Neubau der Universität liegt für 2009 um 1,4 Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. Im IFAP 2008-2012 hatten wir auch für die Jahre 2010 bis 2012 diese Beiträge Dritter einberechnet. Im IFAP 2009-2013 haben wir diese Beiträge direkt vom Globalbudget kantonale Hochbauten abgezogen, was zu einem gesamthaften Minderaufwand und Minderertrag von 11,8 (2010), 14,2 (2011) und 4,7 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012 führt. Davon entfallen 40 Prozent auf die Bildung.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	403.2	414.8	417.9	423.0	
IFAP 2009-2013	399.7	416.6	424.3	428.4	435.0
Veränderung	3.5	-1.8	-6.4	-5.4	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	101.1	101.4	101.4	101.2	
IFAP 2009-2013	94.9	95.9	96.1	96.2	96.4
Veränderung	6.2	5.5	5.3	5.0	
Begründung: - Bei den Staatsbeiträgen an die Volksschule ergibt sich im Vergleich zur Vorjahresplanung ein Minderaufwand von 1,3 (2009) und 1,2 (2010) Millionen Franken respektive ein Mehraufwand von 0,5 (2011) und 0,3 (2012) Millionen Franken. - In der Sonderschulung entstehen Mehrkosten von 3,1 (2009), 3,6 (2011), 4,1 (2012) und 4,6 (2012) Mio. Fr. gegenüber dem IFAP 2008-2012. - Die Staatsbeiträge in der Berufsbildung liegen um 2,7 (2009), 2,9 (2010), 2,5 (2011) und 1,7 (2012) Millionen Franken unter dem IFAP 2008-2012. - Im Bereich der Hochschule entstehen Minderkosten von 2,1 (2009), 0,6 (2010) und 1,2 (2012) bzw. Mehrkosten von 0,7 Mio. Fr. für 2011 gegenüber dem IFAP 2008-2012. - Erträge aus dem Sporttoto von jährlich 2,8 Millionen Franken, welche im IFAP 2008-2012 im Hauptaufgabenbereich „2 Bildung“ enthalten waren, sind neu im Hauptaufgabenbereich „3 Kultur und Freizeit“ enthalten. Entsprechend wurden auch die ausbezahlten Staatsbeiträge in den Hauptaufgabenbereich „3 Kultur und Freizeit“ übertragen.					

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken																																																
2.1.9/09	Mehrkosten in der tertiären Bildung (untenstehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten, ohne Rückerstattungen 2009)																																																			
	<div><div>20092010201120122013</div><table><tr><td>Globalbeitrag an Uni Luzern</td><td>10,2</td><td>10,9</td><td>12,0</td><td>11,7</td><td>13,0</td><td>6,8</td><td></td></tr><tr><td>IUV-Äquivalente an Uni Luzern</td><td>5,9</td><td>6,6</td><td>7,0</td><td>7,5</td><td>8,0</td><td>5,5</td><td></td></tr><tr><td>Beitrag Hochschule Luzern</td><td>38,4</td><td>40,6</td><td>43,5</td><td>44,1</td><td>44,9</td><td>19,5</td><td></td></tr><tr><td>Beitrag PH Luzern</td><td>25,1</td><td>26,8</td><td>26,8</td><td>26,8</td><td>27,0</td><td>7</td><td></td></tr><tr><td>IUV-Beiträge andere Kantone</td><td>40,0</td><td>41,0</td><td>42,0</td><td>43,0</td><td>44,0</td><td>10</td><td></td></tr><tr><td>Fachhochschulen ausserhalb</td><td>13,0</td><td>14,7</td><td>16,0</td><td>17,8</td><td>19,5</td><td>16</td><td></td></tr></table></div>	Globalbeitrag an Uni Luzern	10,2	10,9	12,0	11,7	13,0	6,8		IUV-Äquivalente an Uni Luzern	5,9	6,6	7,0	7,5	8,0	5,5		Beitrag Hochschule Luzern	38,4	40,6	43,5	44,1	44,9	19,5		Beitrag PH Luzern	25,1	26,8	26,8	26,8	27,0	7		IUV-Beiträge andere Kantone	40,0	41,0	42,0	43,0	44,0	10		Fachhochschulen ausserhalb	13,0	14,7	16,0	17,8	19,5	16				
Globalbeitrag an Uni Luzern	10,2	10,9	12,0	11,7	13,0	6,8																																														
IUV-Äquivalente an Uni Luzern	5,9	6,6	7,0	7,5	8,0	5,5																																														
Beitrag Hochschule Luzern	38,4	40,6	43,5	44,1	44,9	19,5																																														
Beitrag PH Luzern	25,1	26,8	26,8	26,8	27,0	7																																														
IUV-Beiträge andere Kantone	40,0	41,0	42,0	43,0	44,0	10																																														
Fachhochschulen ausserhalb	13,0	14,7	16,0	17,8	19,5	16																																														
2.1.10/09	Sinkende Investitionsbeiträge für Berufsbildungsbauten	2010-2013		-0,7																																																
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)																																																				
2.2.1/09	Geplante Projekte im Volksschulbereich a) Projekt Basisstufe (definitive Einführung) b) Projekt Umsetzung HarmoS	2011-2013 2010-2013	2,7 2,6																																																	
Gesetzesänderungen																																																				
2.3.1/09	Volksschulbildungsgesetz (HarmoS-Konkordat)	2011																																																		
2.3.2/09	Konkordate FHZ und PHZ	2010																																																		
Hochbauprojekte																																																				
2.4.1/09	Umnutzung Postgebäude zur Universität und zur PHZ Luzern (Bruttoinvestitionen exkl. Kauf 100 Mio. Fr., davon rund 47 Prozent von Dritten finanziert)	2007-2012		70																																																
2.4.2/09	Kantonsschule Reussbühl, Neubau Turn- und Spielhalle (gesamte Kosten 8,5 Mio. Fr.)	2013-2015		0,5																																																
2.4.3/09	Sentimatt Luzern, Gesamtsanierung, Ausbau und Erweiterung der HGK (gesamte Kosten 24,3 Mio. Fr.)	2009-2015		13,2																																																
2.4.4/09	Rössligasse Luzern, Gesamtsanierung (total 7,5 Mio. Fr.)	2013-2016		0,5																																																
2.4.5/09	Berufsschulen (exkl. BBZ Sursee, gesamte Kosten 4,7 Mio. Fr.)	2009-2011		4,2																																																

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
2.4.6/09 BBZ Sursee a) Erweiterung (gesamte Kosten 12,6 Mio. Fr.) b) Gesamtsanierung / betriebliche Anpassungen (8,7 Mio. Fr.)	2009-2012 2009-2011		11,6 8,5
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	716.8	759.5	765.4	787.2	800.6	809.2	820.1	7.1
Ertrag	208.8	185.8	191.2	187.0	187.7	188.2	188.8	-1.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	507.9	573.7	574.2	600.2	612.9	621.0	631.2	
21 Volksschule								
Aufwand	152.4	154.4	148.7	150.2	151.9	151.9	152.7	
Ertrag	23.1	16.8	17.3	17.4	17.5	17.6	17.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	129.4	137.6	131.4	132.8	134.4	134.3	134.9	
22 Sonderschulen								
Aufwand	68.9	91.9	101.5	102.6	103.6	104.6	105.6	
Ertrag	52.4	41.5	46.7	47.0	47.2	47.5	47.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.5	50.4	54.8	55.6	56.4	57.1	57.8	
23 Berufsbildung								
Aufwand	190.4	188.6	183.8	187.4	189.3	190.9	191.7	
Ertrag	69.4	71.5	69.0	69.9	70.0	70.0	70.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	121.0	117.1	114.8	117.5	119.3	120.9	121.6	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	134.3	138.9	148.2	152.6	153.6	155.2	157.1	
Ertrag	49.2	43.5	47.4	47.5	47.6	47.7	47.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	85.0	95.4	100.9	105.1	106.0	107.5	109.3	
27 Hochschule und Forschung								
Aufwand	113.5	129.2	133.6	143.8	150.5	154.2	159.8	
Ertrag	3.7	3.9	6.0	0.5	0.5	0.5	0.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	109.7	125.3	127.5	143.2	149.9	153.7	159.2	
29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	57.4	56.5	49.5	50.7	51.7	52.4	53.2	
Ertrag	11.0	8.7	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	46.4	47.9	44.8	46.0	46.9	47.6	48.3	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	50.4	42.8	43.9	39.2	37.3	37.0	37.0	-15.8
Einnahmen	19.1	2.3	5.6	0.4	0.4	0.4	0.4	-92.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	31.4	40.5	38.3	38.8	36.8	36.5	36.5	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	359.9	389.8	394.3	410.7	420.4	424.8	431.4	9.4
Ertrag	99.0	100.7	94.9	95.9	96.1	96.2	96.4	1.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	260.9	289.1	299.4	314.8	324.2	328.7	334.9	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	5.1	4.9	5.4	5.9	3.9	3.6	3.6	-32.7
Einnahmen	0.2	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.9	4.9	5.4	5.9	3.9	3.6	3.6	

3 Kultur und Freizeit		IFAP 2009-2013	Grundauftrag und Veränderungen
Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung			
Grundauftrag 30 Kulturförderung <ul style="list-style-type: none"> - Führung der kantonalen Museen - Sicherung der wissenschaftlichen bibliothekarischen Versorgung für die Hochschulen und die allgemeine Bevölkerung durch die Zentral- und Hochschulbibliothek und den Informationsverbund Deutschschweiz Luzern - Die Kultur- und Jugendförderung gewährleistet die Wahrnehmung des staatlichen Auftrages im Bereich der Kulturförderung und -vermittlung, der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung sowie der Medienpolitik. 31 Denkmalpflege und Heimatschutz <ul style="list-style-type: none"> - Zuständig für Belange der Denkmalpflege und Archäologie - Sicherung und Vermittlung des Luzerner historischen und naturwissenschaftlichen Erbes und Bestandes 34 Sport <ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Bewegung und Sport 			
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen			
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
30 Kulturförderung	Kultur, Teile Kulturförderung, Zentral- und Hochschulbibliothek, Naturmuseum und Historisches Museum	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
31 Denkmalpflege und Archäologie	Kultur, Teile Denkmalpflege und Archäologie	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
34 Sport	Sport	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
39 Kirche	Staatsbeiträge	Departementssekretariat BKD	BKD
Legislaturprogramm 2007-2011 <p>Der Kanton Luzern fördert, erhält und vermittelt bedeutende kulturelle Werte in Zusammenarbeit mit Privaten, Gemeinden, anderen Kantonen und dem Bund. Er setzt sich ein für den Schutz und die Pflege des überlieferten Kulturguts, fördert das aktuelle Kunst- und Kulturschaffen und unterstützt eine möglichst wirkungsvolle Vermittlung kultureller Werte an die gesamte Bevölkerung, insbesondere auch an junge Menschen. Er stärkt die grossen Luzerner Kulturangebote im regionalen und nationalen Standort-Wettbewerb und hilft mit, die kulturelle Qualität und Vielfalt vor einseitigem ökonomischem und kommerziellem Druck zu bewahren.</p> <p>Denkmalpflege und Archäologie arbeiten mit hoher Fachkompetenz für die Erschliessung, den Schutz und die Erhaltung des kulturellen Erbes. Dabei wirken sie so kundenorientiert und flexibel, wie die fachliche Sicht dies zulässt. Wir werden die grundlegenden Dokumentationen zu den Baudenkmälern (Bauinventar) und zu den Fundstellen (Fundstellenverzeichnis) erarbeiten und damit grössere Transparenz und mehr planerische Sicherheit herstellen.</p> <p><i>Grosse Kulturbetriebe dauerhaft sichern</i></p> <p>Wir schaffen im revidierten Kulturförderungsgesetz eine sichere und dauerhafte Trägerschaft für die grossen professionellen Kulturbetriebe, vornehmlich für das Luzerner Theater, das Luzerner Sinfonieorchester und das Kunstmuseum Luzern. Im Rahmen der Finanzreform 08 übernimmt der Kanton bis 2012 die Hauptverantwortung für die öffentliche Finanzierung dieser Institutionen im Umfang von 70 Prozent der Subventionen.</p> <p><i>Breitensport, Talentförderung und Sportarena Allmend</i></p> <p>Seit 2002 hat der Kanton Luzern ein "Sportpolitisches Konzept". Mit der verwaltungsinternen Neuorganisation und der Schaffung einer einzigen Sportkommission sind die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle, koordinierte Sportförderungs politik gegeben. Wir setzen auf Qualität und Quantität im Schulsport und unterstützen die Bemühungen um die Entwicklung des Breitensports und der Talentförderung sowie Initiativen gegen die zunehmende Bewegungsarmut und Fettleibigkeit bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Wir sind bereit, uns am Bau der Sportarena Allmend in der Stadt Luzern zu beteiligen und wollen damit einen Beitrag zur Stärkung der Identifikation mit der Region Zentralschweiz leisten.</p>			
Generelle Entwicklung 30 Kulturförderung Im Rahmen der Finanzreform 08 übernimmt der Kanton in Etappen bis 2012 die Hauptverantwortung für die öffentliche Finanzierung des Luzerner Theaters, des Luzerner Sinfonieorchesters und des Kunstmuseums Luzern (Subventionen im Umfang von 70% der Subventionen, übrige 30% Stadt Luzern). Die rund 7 Millionen Franken Mehrbelastung (2012 gegenüber 2007) gehen zu je einem Drittel zu Lasten der Finanzreform 08 (Globalbilanz), des interkantonalen Lastenausgleichs Kultur und des Kantons. Ein Entwicklungs- und Infrastrukturprojekt für die Zentral- und Hochschulbibliothek wird mit einem Gesamtkonzept auf der Basis von drei Standorten nicht nur eine Konsolidierung im Bereich der kleinen Spezialbibliotheken schaffen, sondern auch die drängenden Magazin- und Sanierungsprobleme am bestehenden Standort lösen. Für das Naturmuseum ist ein Gesamtkonzept zu entwerfen, das die Präsentationsformen aktuellen Erkenntnissen der Museumspädagogik anpasst sowie dem Renovationsbedarf des bestehenden Hauses Rechnung trägt.			

31 Denkmalpflege und Archäologie

Die dringlichste Aufgabe im Sinne einer grösseren Transparenz und mehr planerischer Sicherheit für alle Betroffenen wird die Schaffung der grundlegenden Dokumentationen zu Baudenkmalen (Bauinventar) und Fundstellen (Fundstellenverzeichnis) sein.

34 Sport

Der Bereich Sportförderung hat nach der umfassenden internen Reorganisation seine Ausrichtung definiert und konsolidiert. Zusammen mit der kantonalen Sportkommission werden die damit verbunden Aufgaben und Zielsetzungen entwickelt und umgesetzt. Wichtige Förderungsschwerpunkte sind: Qualität und Quantität im Schulsport, gezielte Sportförderung mit spezifischen Unterstützungsmassnahmen und Unterstützung der allgemeinen Bemühungen um die Entwicklung des Breitensports.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
30 Kulturförderung					
Anzahl Besucher kantonale Museen	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
Lastenausgleich Kultur Zentralschweizer Kantone	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.
Zahl der unterstützten Kulturprojekte	300	350	350	350	350
31 Denkmalpflege und Archäologie					
Archäologische Untersuchungen	9	10	10	10	10
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	51.2	52.7	54.2	55.6	
IFAP 2009-2013	52.3	53.7	54.4	55.9	56.4
Veränderung	-1.1	-1.0	-0.2	-0.3	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	11.8	11.9	12.1	12.2	
IFAP 2009-2013	14.9	14.9	15.0	15.0	15.1
Veränderung	-3.1	-3.0	-2.9	-2.8	
Begründung:					
- Im IFAP 2008-2012 waren die Sport-Toto-Mittel im Hauptaufgabenbereich „2 Bildung“ verbucht. Durch die erstmalige Verbuchung im Bereich „3 Kultur und Freizeit“ erhöhen sich Aufwand und Ertrag um jährlich 2,8 Millionen Franken.					
Durch die Ausbuchung der Investitionsbeiträge reduzieren sich die Abschreibungen ab 2009 gegenüber dem IFAP 2008-2012 um jährlich 2,7 Millionen Franken.					
- Durch die Retrokatalogisierung erhöht sich der Aufwand in den Jahren 2009 und 2010 gegenüber dem IFAP 2008-2012.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	6.7	6.7	6.8	6.5	
IFAP 2009-2013	7.0	6.6	6.6	6.6	6.6
Veränderung	-0.3	0.1	0.2	-0.1	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	0.4	0.4	0.4	0.2	
IFAP 2009-2013	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung	0.0	0.4	0.4	0.2	
Begründung:					
- Die Beiträge Dritter an den Neubau der Universität liegen für 2009 um 1,4 Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. Im IFAP 2008-2012 hatten wir auch für die Jahre 2010 bis 2012 diese Beiträge Dritter einberechnet. Im IFAP 2009-2013 haben wir diese Beiträge direkt vom Globalbudget kantonale Hochbauten abgezogen, was zu einem gesamthaften Minderaufwand und Minderertrag von 11,8 (2010), 14,2 (2011) und 4,7 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012 führt. Davon entfallen 3 Prozent auf Kultur und Freizeit.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	22.1	23.3	24.4	25.6	
IFAP 2009-2013	23.8	25.2	26.6	27.9	28.1
Veränderung	-1.7	-1.9	-2.2	-2.3	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	2.4	2.4	2.4	2.4	
IFAP 2009-2013	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	
Begründung:					
- Im IFAP 2008-2012 waren die Sport-Toto-Mittel im Hauptaufgabenbereich „2 Bildung“ verbucht. Durch die erstmalige Verbuchung im Bereich „3 Kultur und Freizeit“ erhöhen sich die ausbezahlten Staatsbeiträge um jährlich 2,2 Millionen Franken.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
3.1.1/09 Höhere Staatsbeiträge an Zweckverband Grosse Kulturbetriebe	2010-2013	12,6	
3.1.2/09 Wegfallende Projektkosten Retrokatalogisierung	bis 2010	-4,3	
3.1.3/09 Wegfallender Investitionsbeitrag an Verkehrshaus Luzern	bis 2010		-3,8
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
3.3.1/09 Denkmalpflege (Bauinventar)	2009		
Hochbauprojekte			
3.4.1/09 Neubau Turnhalle Allmend Luzern, Mieterausbau (3,2 Mio. Fr.)	2009-2011		2,9
3.4.2/09 Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern			
a) Sanierung und Erweiterung (gesamte Kosten 15,6 Mio. Fr.)	2009-2013		15
b) Neues Aussenlager (gesamte Kosten 10,6 Mio. Fr.)	2009-2011		10
3.4.3/09 Naturmuseum Luzern, Ausbau / Umbau (gesamt 5,3 Mio. Fr.)	2012-2015		0,8
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	53.8	49.3	52.3	53.7	54.4	55.9	56.4	7.7
Ertrag	10.8	11.7	14.9	14.9	15.0	15.0	15.1	1.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	42.9	37.6	37.4	38.7	39.4	40.9	41.3	
30 Kulturförderung								
Aufwand	45.6	40.7	43.7	44.8	45.5	47.0	47.3	
Ertrag	10.1	11.1	11.5	11.6	11.6	11.7	11.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	35.5	29.6	32.1	33.2	33.9	35.3	35.6	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	6.5	6.8	4.1	4.2	4.3	4.3	4.4	
Ertrag	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.3	6.7	4.0	4.1	4.2	4.2	4.3	
34 Sport								
Aufwand	1.4	1.5	4.3	4.3	4.3	4.3	4.3	
Ertrag	0.5	0.5	3.3	3.3	3.3	3.3	3.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.8	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.1	
39 Kirche								
Aufwand	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Ertrag	-	0.0	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	5.0	6.7	7.0	6.6	6.6	6.6	6.6	-5.5
Einnahmen	1.4	0.2	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-94.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.6	6.5	6.6	6.6	6.6	6.6	6.6	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	14.5	16.8	19.4	20.8	22.2	23.5	23.7	22.2
Ertrag	0.5	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.0	14.4	17.0	18.4	19.8	21.1	21.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	1.9	4.2	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.9	4.2	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag****40 / 42 Spitäler und psychiatrische Kliniken**

- Die Unternehmen gewährleisten eine wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Spitalversorgung für die Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohner im ganzen Kantonsgebiet.
- Know-how- und ressourcenintensive medizinische Dienstleistungen sind aus Gründen der Qualitätssicherung und Wirtschaftlichkeit möglichst weitgehend an einem Standort zu konzentrieren.
- Das Angebot erfolgt innerkantonal und interkantonal möglichst koordiniert und auf einem qualitativ hohen Niveau. Es wird eine enge Zusammenarbeit und Koordination des Angebots für die ganze jeweils definierte Versorgungsregion angestrebt.
- Das Luzerner Kantonsspital, Standort Luzern, ist ein berkantonales Zentrum für die umfassende Erstversorgung und Zentrumsversorgung.
- Die Spitalversorgung umfasst ambulante und stationäre Leistungen sowie weitere Leistungen, die den Spitälern durch Gesetz, Verträge, Leistungsaufträge und Leistungsvereinbarungen übertragen werden, wie Sicherstellung der Notfallversorgung, Aus- und Weiterbildung, Lehre und Forschung sowie Nebenleistungen.

45 Krankheitsbekämpfung

- Beaufsichtigung des öffentlichen Gesundheitswesens mit Prävention und Gesundheitsförderung, inkl. Sucht- und Infektionskrankheiten.

47 Lebensmittelkontrolle

- Überwachung von Lebensmittelbetrieben und dazugehrend Untersuchung von Lebensmitteln, Trinkwasser und Gebrauchsgegenständen.
- Überwachung der öffentlichen Badebetriebe mit künstlichen Becken.
- Bewilligung, Beratungs- und Auskunftsaufgaben im Bereich der Lebensmittelproduktion.
- Vollzug der Lebensmittel- und Gesundheitsgesetzgebung.
- Schutz und Sicherheit im Umgang mit Heilmitteln und Chemikalien.

49 briges Gesundheitswesen

- Fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte und der Schulzahnpflege.
- Begutachtung zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen.
- Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen, resp. Bereitstellung von sanitätsdienstlichen Mitteln.
- Vollzug der Heilmittelgesetzgebung.
- Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen und für die Ausübung anderer Berufe im Gesundheitswesen.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
40 Spitäler	Gesundheitsversorgung, Anteil Spitäler und Staatsbeitrag an LUKS (inkl. Montana)	Dienststelle Spitäler	GSD
	Ausserkantonale Hospitalisationen	Kantonsrztliche Dienste	GSD
42 Psychiatrische Kliniken	Gesundheitsversorgung, Anteil psychiatrische Kliniken und Staatsbeitrag an <i>lups</i>	Dienststelle Spitäler	GSD
45 Krankheitsbekämpfung	Soziale Massnahmen, Staatsbeiträge an Sucht- und Therapieheime	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
47 Lebensmittelkontrolle	Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	Dienststelle Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	GSD
49 briges Gesundheitswesen	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
	Gesundheitsschutz und -förderung	Kantonsrztliche Dienste	GSD
	Gesundheitsvorsorge	Kantonsapotheker	GSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Wir wollen die Gesundheit der Menschen in unserem Kanton erhalten, frden und - sofern nötig und möglich - wiederherstellen. Mit unseren Vorgaben sichern wir die Qualität und minimieren unnötige Mengenausweitungen bei den Gesundheitsleistungen. Wir verhindern Fehlanreize und halten die Kosten möglichst tief. Im Kanton Luzern sollen dadurch die Krankenkassenprämien weiterhin deutlich unter dem schweizerischen Mittel liegen.

Wir berücksichtigen die Herausforderungen, die Jugendliche an uns stellen, ebenso wie die Ansprüche einer alternden Gesellschaft und legen grossen Wert auf gesundheitsfördernde und prventive Massnahmen gegen Bewegungsarmut, Fettleibigkeit und Suchtmittelmissbrauch. In einem „Alkohol-Aktionsplan“ werden wir aufzeigen, wie wir den alkoholbedingten Problemen im Kanton Luzern zu begegnen gedenken. Wir beabsichtigen, das „Luzerner Bündnis gegen Depression“ sowie - zusammen mit den Gemeinden und den Bildungsinstitutionen - das „Luzerner Aktionsprogramm gesundes Körpergewicht“ umzusetzen und im Kanton einen konsequenten Nichtraucherschutz einzuführen. Das Luzerner Krebsregister werden wir so konzipieren, dass sich die Zentralschweizer Kantone daran beteiligen können.

Spitäler mit grösserer unternehmerischer Freiheit

Mit dem neuen Gesundheitsgesetz, das am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist, hat der Kanton seine gesetzlichen Vorgaben an das Krankenversicherungsrecht, das Heilmittelrecht und das Medizinalberuferecht des Bundes angepasst. Mit dem neuen Spitalgesetz (Stellung und Aufgaben der öffentlichen Spitäler), das vom Volk am 26. November 2006 angenommen wurde, erhalten die öffentlichen Spitäler mehr unternehmerische Freiheit und damit bessere Chancen, sich im Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt durchzusetzen. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Eigentumsübertragung der Spitalbauten an die selbständigen Unternehmen.

In den letzten Jahren mussten dringliche Unterhaltsprojekte und betriebliche Optimierungen zurückgestellt werden. Deshalb haben wir in einem standortübergreifenden Strategiepapier die Bedarfs- und Bauplanung aufgezeigt (Planungsbericht Spitalbauten). In den nächsten 15 Jahren sollen unsere Spitäler bezüglich Gebäude, Funktionalität und Organisation modernisiert werden. Wir gehen dabei von einem Finanzbedarf von 700 bis 900 Millionen Franken aus.

Bedarfsgerechte und kostengünstige Versorgung

Mit der Verselbständigung der Spitäler hat sich auch die Rolle des Kantons verändert. Wir gewährleisten eine bedarfsgerechte, allen zugängliche und kostengünstige medizinische und pflegerische Versorgung für die Luzerner Bevölkerung (inkl. Notfallversorgung) sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Dem sich abzeichnenden Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten begegnen wir mit gezielten Massnahmen, wie z.B. der Förderung des Modells „Praxisassistent“, mit der Errichtung von Notfallstützpunkten in Zusammenarbeit mit den Spitälern und dem Aufbau einer telefonischen Notfalltrienummer.

Generelle Entwicklung

40 Spitäler

Die medizinische, technologische und pharmazeutische Entwicklung im Gesundheitswesen ist sehr dynamisch. Das Luzerner Kantons-spital muss den Fortschritt nachvollziehen, um auch in Zukunft die hohe medizinische Versorgung der Luzerner Bevölkerung und die starke Position als Zentrumsspital der Zentralschweiz zu sichern. Gleichzeitig gilt es, neue, exogen verursachte Auflagen zu erfüllen, wie die Umsetzung der neuen Bildungssystematik, die Einführung der fallpauschalisierten Abgeltung (DRG), die arbeitsrechtlichen Vorgaben, die Etablierung von Qualitätssystemen, die Zusammenführung zum Luzerner Kantonsspital u.v.m.

Bemerkungen: Am 5. und 6. November 2007 hat der Grosse Rat eine Bemerkung überwiesen, wonach die Informationen über das Luzerner Kantonsspital und über die Luzerner Psychiatrie ab Voranschlag 2009 mit geeigneten Zahlen betreffend Qualität der erbrachten Leistungen zu ergänzen sind. Das LUKS hat bereits verschiedene Massnahmen zur Qualitätssicherung eingeführt. Zurzeit sind Bestrebungen im Gang, gesamtschweizerisch die gleichen Qualitätsindikatoren zu messen und auch die Kriterien zur Bemessung zu vereinheitlichen. Sobald die entsprechenden Definitionen feststehen, werden die Kennzahlen veröffentlicht. Allfällige Kostenveränderungen im Zusammenhang mit dem Übertrag der Spitalliegenschaften (momentan läuft eine Vorstudie) sind im vorliegenden IFAP nicht berücksichtigt.

Die finanziellen Folgen der Revision des KVG können im Moment nur grob abgeschätzt werden, weil die Verordnungen noch fehlen und auch die Auswirkungen zum Teil noch unklar sind (z.B. freie Spitalwahl); die Finanzierung und das Controlling im Bereich der ausserkantonalen Hospitalisationen werden sich je nach Ausgang des Prozesses verändern. Die KVG-Revision hat mehrere Auswirkungen:

1. Die Versicherer werden die Investitionskosten auch an den öffentlichen Spitälern mitzutragen haben. Diese gelten neu als anrechenbare Kosten (ab 2012). Der Kostenteiler ist allgemein neu 55 % (bisher rund 46 %) zu Lasten des Kantons und 45 % zu Lasten der Versicherer (ab 2015).
2. Der Kanton Luzern muss neu auch an alle Privatspitäler, die auf der Spitalliste des Kantons Luzern oder eines entsprechenden Standortkantons sind, eine Kostenbeteiligung leisten. Dies führt zu einer massiven Mehrbelastung des Kantons.
3. Ausserdem herrscht die Spitalwahlfreiheit.

Eine verlässliche Aussage ist zurzeit aufgrund des laufenden Verfahrens nicht möglich. Zurzeit müssen wir davon ausgehen, dass auf den Kanton Luzern Mehrkosten in der Grössenordnung von ca. 30 Millionen Franken zukommen werden. Die GDK hat Schätzungen angestellt und ist dabei auf Mehrkosten zwischen 800 und 1'200 Millionen Franken gekommen. Die Grössenordnung von ca. 5 % entspricht dem Anteil des Kantons Luzern (Anteil an Wohnbevölkerung).

42 Psychiatrische Kliniken

Die Luzerner Psychiatrie (*lups*) stellt im Rahmen des Leistungsauftrages und der Leistungsvereinbarung die Grundversorgung in allen Regionen des Kantons Luzern für die Erwachsenen- und die Kinder- und Jugendpsychiatrie angemessen und wirtschaftlich sicher. Das Angebot erfolgt innerkantonal und interkantonal möglichst koordiniert und auf einem qualitativ hohen Niveau. Die Erstversorgung in Notfallsituationen ist im ganzen Kantonsgebiet sichergestellt.

Bemerkungen: Allfällige Kostenveränderungen im Zusammenhang mit dem Übertrag der Spitalliegenschaften (momentan läuft eine Vorstudie) sind im vorliegenden IFAP nicht berücksichtigt.

45 Krankheitsbekämpfung

Fertigstellung des Konzepts zur Präpandemie-Massen-Impfung, Konzepte zu Contact-Tracing und Social-Distancing sowie spitalexterne Krankenpflege im Pandemiefall. Jährliches Controlling und Update der Pandemieplanung in den Spitälern. Im Verlauf der letzten Jahre sind Infektionskrankheiten generell wieder wichtiger geworden (Masernausbruch bei ungenügender Durchimpfung, Keuchhusten, Tuberkulose etc.) und erfordern deutlich mehr Aufwand. Neu hat der Kanton Luzern zusätzlich die Umsetzung eines kantonalen Impfprogramms zur HPV-Impfung (gegen Gebärmutterhalskrebs) für Mädchen/junge Frauen zwischen 11-14 Jahren und 15-19 Jahren zu planen und durchzuführen.

47 Lebensmittelkontrolle

Durch zunehmende Internationalisierung bei Vertrieb und Herstellung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sowie Übernahme der EU-Lebensmittelgesetzgebung sowie weitere gesetzliche Vorgaben (Gesetz über technische Handelshemmnisse und Cassis de Dijon) wird die Lebensmittelkontrolle zunehmend aufwendiger.

49 Übriges Gesundheitswesen

Wichtigste Projekte:

- Weitere Umsetzung der Fleischkontrolle im Rahmen der NFA und der Finanzreform 08, verbunden mit der von der EU und vom Bund geforderten Professionalisierung und dem Vollzug der neuen Vorschriften („EU-Äquivalenz“).
- Ausrottung der Rinderseuche BVD (ab 2008) und der Blauzungenkrankheit (bis 2010)
- Inspektorat für die tierärztlichen Apotheken in 10 Kantonen - Bewältigung des erhöhten Arbeitsanfalles im Bereich gefährliche Hunde

Indikatoren und Kenngrößen	2009	2010	2011	2012	2013
40 Spitäler					
Stationärer Bereich: Anzahl Pflgetage	308'896	309'000	309'400	309'700	310'000
Anzahl Austritte	34'700	34'900	35'200	35'400	35'700
Anzahl durchschnittlich betriebene Betten	935	935	930	930	930
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	8.9	8.9	8.8	8.7	8.7
Belegungsgrad Betten im stationären Bereich	90	90	90.2	90.4	90.5
Durchschnittliche Kosten pro Pflgetag	1'528	1'589	1'653	1'719	1'787
Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	115'000'000	121'900'000	129'214'000	136'966'840	145'184'850
42 Psychiatrische Kliniken					
Stationärer Bereich: Anzahl Pflgetage	127'750	127'000	126'500	126'000	125'000
Anzahl Austritte	2'039	2'069	2'089	2'089	2'109
Anzahl durchschnittlich betriebene Betten	368	368	366	365	362
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (stationär, ohne Heime)	50	49	48	48	47
Belegungsgrad Betten im stationären Bereich (inkl. Heime)	95	95	95	95	95
Durchschnittliche Kosten pro Pflgetag:					
- stationäre Dienste (ohne Heime)	622	643	665	686	713
- KJPD (stationär)	678	696	716	735	755
Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	7'078'000	7'100'000	7'125'000	7'150'000	7'175'000
Pat.zufriedenheit Behandlung und Betreuung (%)	80	80	80	80	80
Pat.zufriedenheit Hotelleistungen und Infrastruktur (%)	84	84	84	84	84
47 Lebensmittelkontrolle					
Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag	100%	100%	100%	100%	100%
Berichtsversand innert 5 Arbeitstagen nach Untersuchungsende	90%	90%	90%	90%	90%
Unterstützung der LMK durch Begleitung der Inspektion	100%	100%	100%	100%	100%
Anzahl Betriebsinspektionen	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag	100%	100%	100%	100%	100%
49 Übriges Gesundheitswesen					
Ausserkantonale Hospitalisationen in Mio. Fr.	13.3	13.5	13.7	43.8	44.3
- Anzahl Gesuche	3'400	3'450	3'600	--	--
- bewilligte Gesuche	2'030	2'060	2'160	--	--
- abgelehnte Gesuche	1'365	1'380	1'430	--	--
- bezahlte ambulante Gesuche	5	10	10	--	--
Stabilisierung und Verbesserung der Gesundheit der Luzerner Bevölkerung durch:					
- Überprüfung Praxisbewilligung	1 - 5	1 - 5	1 - 5	1 - 5	1 - 5
- Bearbeitung Meldewesen Infektionskrankheiten an einem Tag	100%	100%	100%	100%	100%
- Gesundheitsberichte (inkl. Planung und Umsetzung)	1 - 2	1 - 2	1 - 2	1 - 2	1 - 2
- Fortbildung für Schul- und Amtsärzte	3 - 5	3 - 5	3 - 5	3 - 5	3 - 5

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	268.2	274.7	281.7	288.9	
IFAP 2009-2013	269.3	276.1	283.2	320.4	328.1
Veränderung	-1.1	-1.4	-1.5	-31.5	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	5.3	5.3	5.3	5.3	
IFAP 2009-2013	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8
Veränderung	-1.2	-1.3	-1.4	-1.4	
Begründung: - Beim Kantonsärztlichen Dienst ist der Aufwand ab 2009 um jährlich 1,2 Millionen Franken höher als im IFAP 2008-2012 geplant (exkl. ausserkantonale Hospitalisation). Davon werden 0,6 Millionen Franken durch einen Mehrertrag aus einem Praxiswechsel bei der Verbuchung des Alkoholzehntels kompensiert. - Die Rückerstattungen bei der ausserkantonalen Hospitalisation liegen ab 2009 um 0,7 Millionen Franken höher als im IFAP 2008-2012 vorgesehen. - Wir hatten im IFAP 2008-2012 die neue Spitalfinanzierung lediglich als Risiko aufgeführt. Aufgrund der Entscheide der eidgenössischen Räte zur KVG-Revision haben wir neu ab 2012 jährliche Kosten von 30 Millionen Franken eingestellt.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	41.8	41.8	43.0	38.4	
IFAP 2009-2013	42.8	36.3	36.2	36.2	36.1
Veränderung	-1.0	5.5	6.8	2.2	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	5.9	5.9	7.1	2.5	
IFAP 2009-2013	6.6	0.3	0.3	0.3	0.3
Veränderung	-0.7	5.6	6.8	2.2	
Begründung: - Die Beiträge Dritter an den Neubau der Universität liegen für 2009 um 1,4 Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. Im IFAP 2008-2012 hatten wir auch für die Jahre 2010 bis 2012 diese Beiträge Dritter einberechnet. Im IFAP 2009-2013 haben wir diese Beiträge direkt vom Globalbudget kantonale Hochbauten abgezogen, was zu einem gesamthaften Minderaufwand und Minderertrag von 11,8 (2010), 14,2 (2011) und 4,7 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012 führt. Davon entfallen 48 Prozent auf die Gesundheit.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	255.4	262.0	268.9	275.9	
IFAP 2009-2013	255.9	262.6	269.4	306.5	314.1
Veränderung	-0.5	-0.6	-0.5	-30.6	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	1.7	1.7	1.7	1.7	
IFAP 2009-2013	1.5	1.5	1.5	1.6	1.6
Veränderung	0.2	0.2	0.2	0.1	
Begründung: - Durch höhere Beiträge an die ausserkantonalen Hospitalisation und durch einen Systemwechsel bei der Verbuchung der Leistungen aus dem Alkoholzehntel erhöhen sich die ausbezahlten Staatsbeiträge gegenüber dem IFAP 2008-2012. - Wir hatten im IFAP 2008-2012 die neue Spitalfinanzierung lediglich als Risiko aufgeführt. Aufgrund der Entscheide der eidgenössischen Räte zur KVG-Revision haben wir neu ab 2012 jährliche Kosten von 30 Millionen Franken eingestellt.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
4.1.1/09 Mehrkosten für ausserkantonale Hospitalisation (exkl. neue Spitalfinanzierung)	2010-2013	1,9	
4.1.2/09 Kosten neue Spitalfinanzierung	ab 2012	60	
4.1.3/09 Erhöhung des Staatsbeitrags an LUKS (jährliche Erhöhung um 2,75 Prozent)	2010-2013	54,9	
4.1.4/09 Erhöhung des Staatsbeitrags an <i>lups</i> (jährliche Erhöhung um 2,75 Prozent)	2010-2013	13,2	
4.1.5/09 Rückläufige Informatikinvestitionen im GSD	2010-2013		-1,4
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			
Hochbauprojekte			
4.4.1/09 Luzerner Kantonsspital, Standort Luzern			
a) Sanierung und Erweiterung Spitalzentrum (ca. 340 Mio. Fr.)	2009-2020		35,5
b) Sanierung / Abbruch Schulgebäude	2010-2012		10,5
c) Gesamtsanierung Augenklinik (total 28 Mio. Fr.)	2009-2013		27
d) Gesamtsanierung Personalwohnhaus	2010-2011		5,4
e) Sanierung und Erweiterung Restaurant (total 6 Mio. Fr.)	2009-2010		5,3
f) Innensanierung Personalwohnhaus 1 (total 8,5 Mio. Fr.)	2009-2010		6
g) Sanierung Operationssäle Zentrum (total 10 Mio. Fr.)	2009-2010		2
h) Sanierung und Erweiterung Kinderspital (total 59 Mio. Fr.)	2009-2016		22,5
i) Ersatz Dampfkessel und Notwärmeversorgung (4,5 Mio. Fr.)	2009-2010		2,5
j) Erweiterung und Aufstockung Parkhaus	2010-2012		10,2

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
4.4.2/09 Luzerner Kantonsspital, Standort Sursee a) Sanierung Erdgeschoss, Labor + Eingangshalle (3,3 Mio. Fr.) b) Sanierung Korridor im Bettentrakt	2009-2010 2010-2012		3,1 5,7
4.4.3/09 Luzerner Kantonsspital, Standort Wolhusen a) Gesamtsanierung Betten- + Behandlungstrakt (101 Mio. Fr.) b) Gesamtsanierung Personalwohnhaus C c) Gesamtsanierung Personalwohnhaus B	2009-2017 2011 2012		35 3 3
4.4.4/09 Luzerner Psychiatrie, Standort St. Urban a) Gesamtsanierung Haus C b) Betriebliche Anpassungen, Sanierung Haus B (3,5 Mio. Fr.) c) Sanierung Küche (gesamte Kosten 3,1 Mio. Fr.) d) Erneuerung Lüftungsanlagen (gesamte Kosten 3,6 Mio. Fr.) e) Gesamtsanierung Haus B	2011-2013 2009-2010 2009-2010 2009-2013 2010-2012		3 1,5 2,8 3 4,6
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
4.5.1/09 Ambulatorium Seetal: Aufbau KJPD und Erwachsenenpsychiatrie (Massn. Nr. 809 Gesundheitsversorgung)	2009		
4.5.2/09 Ausbau Forensik (Massnahme Nr. 803 Gesundheitsversorgung)	2009		
4.5.3/09 Ambulante Dienste Erwachsenenpsychiatrie Stadt Luzern: Ausbau und Zusammenlegung der div. Standorte	2010		
4.5.4/09 Kinderpsychiatrische Tagesklinik Raum Sursee	2011		
4.5.5/09 Weiterausbau Ambulante Dienste (GiA, Ambulatorien, Tageskliniken)	2012		
4.5.6/09 Einführung DRG vorbereiten	2010/2011		
4.5.7/08 Förderung Praxisassistenten in Zusammenarbeit mit den Hausärzten	2009		
4.5.8/08 Einführung Krebsregister	2009/2010		
4.5.9/08 Einrichtung von Notfallstützpunkten	2009/2010		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	702.2	261.6	269.3	276.1	283.2	320.4	328.1	21.8
Ertrag	477.4	5.2	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8	3.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	224.9	256.4	262.8	269.5	276.5	313.7	321.4	
40 Spitäler								
Aufwand	598.5	198.0	203.1	208.4	213.9	249.5	255.7	
Ertrag	422.8	0.3	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	175.7	197.6	202.0	207.4	212.9	248.5	254.6	
42 Psychiatrische Kliniken								
Aufwand	87.6	46.0	47.1	48.4	49.7	51.1	52.5	
Ertrag	48.5	0.0	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	39.2	46.0	47.1	48.4	49.7	51.1	52.5	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	0.6	3.2	2.9	3.0	3.0	3.1	3.1	
Ertrag	1.5	1.7	1.6	1.6	1.6	1.6	1.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.8	1.5	1.4	1.4	1.4	1.4	1.5	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	3.3	4.5	4.9	5.0	5.1	5.1	5.2	
Ertrag	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.3	3.7	4.0	4.0	4.1	4.1	4.2	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	12.1	9.8	11.3	11.4	11.4	11.5	11.6	
Ertrag	3.7	2.3	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.4	7.5	8.3	8.4	8.4	8.5	8.6	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	71.1	40.8	42.8	36.3	36.2	36.2	36.1	-15.7
Einnahmen	22.5	2.6	6.6	0.3	0.3	0.3	0.3	-94.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	48.6	38.2	36.3	36.0	35.9	35.9	35.8	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	18.7	248.9	255.9	262.6	269.4	306.5	314.1	22.7
Ertrag	3.7	1.7	1.5	1.5	1.5	1.6	1.6	7.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.0	247.3	254.4	261.0	267.9	304.9	312.5	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag**

- 50 Altersversicherung
- Kantonsbeitrag an AHV (bis 2007)
- 51 Invalidenversicherung
- Kantonsbeitrag an IV (bis 2007)
- 52 Krankenversicherung
- Umsetzung des KVG, insbesondere im Bereich der individuellen Prämienverbilligung und bei der Pflegeheimplanung
- 53 Sonstige Sozialversicherungen
- Organisation und Sicherstellung der Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV
- 54 Jugendschutz
- Vollzug des Gesetzes für soziale Einrichtungen und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)
- 55 Invalidität
- Vollzug des Gesetzes für soziale Einrichtungen und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)
- 58 Wirtschaftliche Sozialhilfe
- Erteilung von Bewilligungen nach Sozialhilfegesetz
- Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen
- Erfüllung verschiedener Aufgaben zu sozialpolitischen Fragestellungen wie Kinderschutz, Familienfragen, Armut und Alter
- Leitung, Beaufsichtigung und Koordination der Sozialhilfe und Sozialplanung
- Auskunft- und Beratungsstelle für die Sozialämter der Gemeinden
- Vollzug des Opferhilfegesetzes, insbesondere die Opferberatung und die Ausrichtung von finanziellen Leistungen an Opfer von Straftaten
- Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
52 Krankenversicherung	Staatsbeitrag für Prämienverbilligungen	Departementssekretariat GSD	GSD
53 Sonstige Sozialversicherungen	Staatsbeitrag für Ergänzungsleistungen und Familienzulagen für nicht Erwerbstätige	Departementssekretariat GSD	GSD
54 Jugendschutz	Teil Justizheime der „Sozialen Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
55 Invalidität	Teil Behindertenheime der „Sozialen Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
56 Sozialer Wohnungsbau	Sozialer Wohnungsbau	Dienststelle Immobilien	FD
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe	AVIG- und AVG-Vollzug	Wirtschaft und Arbeit (wira)	GSD
	Soziale Massnahmen (mit Ausnahme der Sozialen Einrichtungen)	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
	Abgeltung Ausgleichskasse und Beitrag an ZISG	Departementssekretariat GSD	GSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit können langfristig nur mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und mit einem funktionierenden Interessenausgleich unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gesichert werden. Damit Menschen in unserer Gesellschaft integriert leben können, müssen wir sie am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilhaben lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie einen chancengleichen Zugang zu Bildung, Wohnraum und Gesundheitsversorgung erhalten. Besondere Integrationsmassnahmen sind erforderlich für Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Kranke, Menschen mit Behinderung sowie von Armut betroffene Menschen. Mit der neuen Dienststelle Soziales und Gesellschaft haben wir die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um unsere sozialpolitischen Ziele koordiniert und mit Nachdruck zu verfolgen. Über die Fachstelle Gesellschaftsfragen vermitteln wir Impulse zur Förderung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft, die auf allen Verwaltungsebenen aufgenommen und umgesetzt werden.

Existenzsicherung: Hilfe zur Selbsthilfe

Die Sicherung der Existenz ist eines der zentralen menschlichen Grundbedürfnisse. Möglichst alle Menschen im Erwerbsalter sollen in der Lage sein, unabhängig von ihrer Familiensituation, ihren körperlichen, psychischen und intellektuellen Voraussetzungen ihre Existenz durch Erwerbsarbeit zu sichern. Wir beobachten den Arbeitsmarkt und bekämpfen Missstände wie Schwarzarbeit und Lohndumping. Durch Förderung z.B. der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wollen wir eine wirksame Sozialprävention betreiben.

Die persönliche Selbstverantwortung steht im Vordergrund. Staatliche Massnahmen schaffen dafür - wo nötig - die Rahmenbedingungen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe. Dort wo das System Lücken oder Fehlanreize aufweist, wollen wir diese beseitigen. Mit dem neuen Gesetz über die sozialen Einrichtungen (SEG) sind die sozialen Institutionen gehalten, unternehmerisch und eigenverantwortlich zu handeln. Wir sorgen mit Leistungsaufträgen dafür, dass ein qualitativ und quantitativ genügendes Angebot zur Verfügung steht.

Familien wirkungsvoll unterstützen

Wir wollen weiterhin einer der familienfreundlichsten Kantone bleiben. Neben der Funktion der sozialen Absicherung der einzelnen Mitglieder tragen Familien die Entwicklung der Gesellschaft eigenverantwortlich mit (Nachwuchssicherung, Generationenzusammenhalt). Die Familie ist ein wichtiger Ort der Entstehung und Erhaltung von sozialen Kompetenzen. Damit Frauen und Männer ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft eigenverantwortlich wahrnehmen können, braucht es entsprechende gesellschaftliche und staatliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören u.a. die organisatorische und finanzielle Unterstützung bedarfsgerechter familienergänzender Betreuungsangebote (vorschulisch und während der Schulzeit) sowie die Förderung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodellen in Wirtschaft und Verwaltung.

Generelle Entwicklung

52 Krankenversicherung

Die IFAP-Budgetzahlen basieren auf dem aktuellen KVG. Allfällige Änderungen insbesondere betreffend Pflegefinanzierung können starke Veränderungen verursachen.

53 Sonstige Sozialversicherung

Je nach Entwicklung des KVG werden die Kosten für die Langzeitpflege (Pflegeheime) stark beeinflusst. Dies kann sich dann auf die EL auswirken.

54 Jugendschutz

Die strafrechtlichen Massnahmen für Jugendliche werden seit 1. Januar 2008 vom Kanton finanziert. Die vormundschaftlichen Massnahmen laufen über das SEG. Nur bei rund 2% der Jugendlichen liegen strafrechtliche Massnahmen vor.

55 Invalidität

Stabilisierung der Kosten bei den nach SEG anerkannten innerkantonalen Institutionen in den nächsten fünf Jahren, insbesondere nach der Umstellung von der Restdefizitdeckung zu den Leistungspauschalen sowie der NFA. Optimierung der entwickelten Steuerungs- und Controllinginstrumente.

Eine Bedarfsplanung an Betreuungsplätzen im Bereich SEG ist in Vorbereitung.

58 Wirtschaftliche Sozialhilfe

Umsetzung des neuen Finanzierungsmodelles (Globalpauschalen) nach dem neuen Ausländergesetz (AuG: in Kraft ab 1.1.2008). Förderung der beruflichen Integration anerkannter Flüchtlinge durch entsprechende Förderprogramme in Zusammenarbeit mit verschiedenen Projektpartnern (Caritas, Schweizerisches Arbeitshilfswerk, Hotel & Gastroformation usw.).

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
52 Krankenversicherung					
Ausbezahlte Prämienverbilligungen in Mio. Fr.	158.1	164.4	171.0	177.8	185.0
Anzahl Gesuche	94'000	94'000	94'000	94'000	94'000
davon abgelehnt	17'000	17'000	17'000	17'000	17'000
53 Sonstige Versicherung					
Staatbeitrag Ergänzungsleistungen (EL) in Mio. Fr	215	221	230	235	239
Anzahl EL-berechtigte Personen	15'400	15'600	15'800	16'000	16'200
Anzahl erstmalige Anmeldungen	2'900	3'100	3'300	3'500	3'700
54 Jugendschutz					
Anzahl Luzerner in FHG-Institutionen	965	975	980	985	990
Anzahl Luzerner in ausserkantonalen Institutionen	120	125	130	135	140
55 Invalidität					
Anzahl innerkantonale Institutionen	33	33	33	33	33
Anzahl Luzerner in FHG-Institutionen	1'780	1'805	1'810	1'815	1'820
Anzahl Luzerner in ausserkantonalen Institutionen	140	145	150	155	160
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe					
Anzahl Asyl-Suchende in kantonalen Fürsorgeabhängigkeit	200	200	200	200	200
Sozialhilfe Flüchtlinge: Anzahl Dossiers	350	350	350	350	350

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	644.5	655.9	667.3	679.2	
IFAP 2009-2013	663.9	678.9	696.8	710.9	724.4
Veränderung	-19.4	-23.0	-32.5	-31.7	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	491.9	500.5	508.8	518.0	
IFAP 2009-2013	505.4	515.9	529.6	540.5	550.8
Veränderung	-13.5	-15.4	-20.8	-22.5	
Begründung: - Für die individuelle Prämienverbilligung rechnen wir neu mit einem jährlichen Wachstum von 4 Prozent (IFAP 2008-2012: 3 %). Dadurch liegen die Beiträge um 1,6 (2010), 3,3 (2011) und 5 (2012) Millionen Franken über der Vorjahresplanung. Dieser Mehraufwand wird durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge im ähnlichen Umfang kompensiert. - Die Ergänzungsleistungen liegen im IFAP 2009-2013 um 5,5 (2009), 5,2 (2010), 7,7 (2011) und 6,1 (2012) Millionen Franken über der Planung des IFAP 2008-2012. Ein grosser Anteil davon wird durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge kompensiert. - Wir haben neu ab 2009 Leistungen von jährlich 2,3 Millionen Franken für Familienzulagen für nicht Erwerbstätige zu bezahlen, welche im IFAP 2008-2012 nicht vorgesehen waren. Den Gemeinden stellen wir die Hälfte dieser Beiträge in Rechnung. - Für die Behindertenheime hatten wir im Budget 2008 einen zu tiefen Betrag budgetiert (vgl. B48 zu einem Nachtragskredit zum Budget 2008 für den SEG-Bereich) und im IFAP 2008-2012 in den Folgejahren ein zu knappes Wachstum eingestellt. Dadurch ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung um 16 (2009), 17,8 (2010), 19,8 (2011) und 21,8 (2012) Millionen Franken. Dieser Mehraufwand wird durch höhere Gemeindebeiträge von 7,1 (2009), 8 (2010), 9 (2011) und 10 (2012) Millionen Franken teilweise kompensiert. - Durch die Ausbuchung der Investitionsbeiträge reduziert sich der Aufwand ab 2009 um 3,2 Millionen Franken.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	-	-	-	-	
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	-	-	-	-	
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	493.5	504.8	516.1	527.8	
IFAP 2009-2013	515.9	530.6	548.3	562.3	575.7
Veränderung	-22.4	-25.8	-32.2	-34.5	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	332.0	340.7	349.6	358.7	
IFAP 2009-2013	346.3	357.5	371.3	382.1	392.4
Veränderung	-14.3	-16.8	-21.7	-23.4	
Begründung: - Für die individuelle Prämienverbilligung rechnen wir neu mit einem jährlichen Wachstum von 4 Prozent (IFAP 2008-2012: 3 %). Dadurch liegen die Beiträge um 1,6 (2010), 3,3 (2011) und 5 (2012) Millionen Franken über der Vorjahresplanung. Dieser Mehraufwand wird durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge im ähnlichen Umfang kompensiert. - Die Ergänzungsleistungen liegen im IFAP 2009-2013 um 5,5 (2009), 5,2 (2010), 7,7 (2011) und 6,1 (2012) Millionen Franken über der Planung des IFAP 2008-2012. Ein grosser Anteil davon wird durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge kompensiert. - Wir haben neu ab 2009 Leistungen von jährlich 2,3 Millionen Franken für Familienzulagen für nicht Erwerbstätige zu bezahlen, welche im IFAP 2008-2012 nicht vorgesehen waren. Den Gemeinden stellen wir die Hälfte dieser Beiträge in Rechnung. - Für die Behindertenheime hatten wir im Budget 2008 einen zu tiefen Betrag budgetiert (vgl. B48 zu einem Nachtragskredit zum Budget 2008 für den SEG-Bereich) und im IFAP 2008-2012 in den Folgejahren ein zu knappes Wachstum eingestellt. Dadurch ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung um 16 (2009), 17,8 (2010), 19,8 (2011) und 21,8 (2012) Millionen Franken. Dieser Mehraufwand wird durch höhere Gemeindebeiträge von 7,1 (2009), 8 (2010), 9 (2011) und 10 (2012) Millionen Franken teilweise kompensiert.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
5.1.1/09 Veränderungen im sozialen Wohnungsbau a) Rückläufige Beiträge b) Wegfall der Entnahme Rückstellungskonto	2010-2013 2010-2013	-0,9 3,2	
5.1.2/09 Steigende Abgeltung für Arbeiten der Ausgleichskasse	2010-2013	1,7	
5.1.3/09 Steigende Beiträge an das Behindertentransportwesen	2010-2013	1	
5.1.4/09 Steigende Beiträge an den Zweckverband ZISG	2010-2013	0,6	
5.1.5/09 Mehraufwand Ergänzungsleistungen (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2009 2010 2011 2012 2013		
Ausbezahlte Leistungen	215,0 221,0 230,0 235,0 239,0		
Bundesbeitrag	64,5 67,0 69,7 71,2 72,4		
Gemeindebeitrag	105,4 107,8 112,2 114,7 116,6		
Kantonsbeitrag	45,1 46,2 48,1 49,1 50,0		
Mehrkosten Kanton	1,1 3,0 4,0 4,9	13	
5.1.6/09 Mehraufwand Prämienverbilligung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2009 2010 2011 2012 2013		
Ausbezahlte Leistungen	158,2 164,5 171,1 177,9 185,0		
Bundesbeitrag	85,6 89,8 94,3 99,0 104,0		
Gemeindebeitrag	36,3 37,3 38,4 39,4 40,5		
Kantonsbeitrag	36,3 37,3 38,4 39,4 40,5		
Mehrkosten Kanton	1 2,1 3,1 4,2	10,4	
5.1.7/09 Mehrkosten im Bereich der sozialen Einrichtungen (brutto, davon 50 Prozent zu Lasten der Gemeinden)	2010-2013	26,3	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			

Gesetzesänderungen				
5.3.1/09	Teilrevision Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz	2009		
5.3.2/09	Neues Gesetz über "die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts" (vorläufiger Arbeitstitel)	2010		
5.3.3/09	(Teil-)Revision Sozialhilfegesetz	2012		
Hochbauprojekte				
Keine				
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011				
5.5.1/09	Projekt zur Überprüfung der Wechselwirkung staatlicher Sozialtransfers und Steuern / Projekt Arbeit muss sich lohnen	2009-2010		
5.5.2/09	Definitive Fortführung Interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ	2009		
5.5.3/09	Konsolidierung der Umsetzung SEG	2008-2009		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	656.4	631.8	663.9	678.9	696.8	710.9	724.4	9.1
Ertrag	554.7	486.9	505.4	515.9	529.6	540.5	550.8	9.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	101.7	144.9	158.5	163.0	167.1	170.4	173.7	
50 Altersversicherung								
Aufwand	42.4	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	30.7	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.6	-	-	-	-	-	-	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	48.9	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	35.5	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.5	-	-	-	-	-	-	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	158.3	153.6	158.2	164.5	171.1	177.9	185.1	
Ertrag	148.7	118.3	121.9	127.2	132.7	138.5	144.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.6	35.2	36.3	37.4	38.4	39.5	40.5	
53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	171.5	203.4	217.3	223.3	232.3	237.4	241.4	
Ertrag	139.9	160.9	171.0	175.9	183.1	187.1	190.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	31.6	42.5	46.3	47.4	49.3	50.3	51.2	
54 Jugendschutz								
Aufwand	11.4	4.3	4.7	4.8	4.9	4.9	5.0	
Ertrag	2.7	2.2	2.2	2.2	2.3	2.3	2.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.8	2.1	2.5	2.5	2.6	2.6	2.7	
55 Invalidität								
Aufwand	15.7	80.2	98.2	100.2	102.2	104.2	106.3	
Ertrag	6.7	40.4	48.8	49.8	50.8	51.8	52.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.0	39.8	49.4	50.4	51.4	52.4	53.4	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	3.5	3.8	3.6	3.5	3.4	3.3	3.3	
Ertrag	3.5	3.8	3.5	2.7	2.7	2.7	2.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.0	0.0	0.1	0.8	0.7	0.6	0.6	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe								
Aufwand	204.7	186.5	182.0	182.7	182.9	183.1	183.3	
Ertrag	187.1	161.3	158.0	158.0	158.0	158.0	158.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	17.6	25.2	24.0	24.7	24.9	25.1	25.3	

Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	486.4	480.9	515.9	530.6	548.3	562.3	575.7	11.6
Ertrag	380.1	322.3	346.3	357.5	371.3	382.1	392.4	13.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	106.3	158.6	169.7	173.1	177.0	180.2	183.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung**Grundauftrag****60 Nationalstrassen**

- Betrieblicher und projektfreier Unterhalt auf den Nationalstrassen der Kantone Luzern, Obwalden, Nidwalden und Zug

61 Kantonsstrassen

- Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Kantonsstrassen

65 Regionalverkehr

- Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist im Rahmen des Gesamtverkehrssystems verantwortlich für funktionierende Strukturen im Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
60 Nationalstrassen	Zentras	Zentras	BUWD
61 Kantonsstrassen	Strassenwesen	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
62 Gemeindestrassen	Steuern und Abgaben (10 % der Verkehrssteuern)	Strassenverkehrsamt	JSD
65 Regionalverkehr	Öffentlicher Verkehr	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD

Legislaturprogramm 2007-2011

Die Verkehrsanbindung spielt für die Wohn- und die Standortattraktivität eine herausragende Rolle. Die individuellen Mobilitätsbedürfnisse nehmen nach wie vor zu. Für die Wirtschaft ist die Erreichbarkeit für Güter, Dienstleistungen und Arbeit elementar. Das Verkehrssystem auf den Hauptachsen und in der städtischen Agglomeration stösst an Kapazitätsgrenzen. Selbst kleine Störungen haben gravierende Auswirkungen. Wir wollen Mobilität und Erreichbarkeit auch in Zukunft sicherstellen, indem wir für leistungsfähige Infrastrukturen sowohl für den öffentlichen Verkehr als auch für den motorisierten Individualverkehr und den Langsamverkehr sorgen. Vorrangig sind die Verbindungen zwischen Wohnort und Arbeitsort.

Verkehrssystem qualitativ verbessern

Mit dem Agglomerationsprogramm Luzern und der entsprechenden Änderung des kantonalen Richtplans im November 2006 wird die Entwicklung der Bereiche Siedlung, Verkehr, Umwelt und Wirtschaft im Raum Luzern mit einem Zeithorizont von rund zwanzig Jahren koordiniert. Hauptziele sind die qualitative Verbesserung des Verkehrssystems, mehr Verkehrssicherheit, die Förderung einer Siedlungsentwicklung nach innen sowie eine Verminderung der Umweltbelastung und des Ressourcenverbrauchs.

Optimale Anbindungen an den nationalen und internationalen Verkehr

Im Strassenbereich stehen wichtige Vorhaben, wie die Autobahnanschlüsse Rothenburg und Buchrain mit Zubringer Rontal vor der Realisierung. Für die Spangen Süd und Nord in der Stadt Luzern, die Umgestaltung des Seetalplatzes und den A2-Bypass liegen Zweckmässigkeitsbeurteilungen vor. Beim Kantonsstrassenbau haben der bauliche Unterhalt, die Sanierung von gefährlichen Strassenabschnitten sowie die Realisierung von Radverkehrsanlagen und wirtschaftlich sinnvollen Projekten Priorität.

Bei der Schieneninfrastruktur kann der Ausbau der Zentralbahn (nach der Zustimmung des Volkes) in Angriff genommen werden, für den Doppelspurausbau am Rotsee und den Ausbau der Bahnhofzufahrt Luzern werden wir uns unvermindert beim Bund einsetzen. Diese zusätzlichen Schieneninfrastrukturen sind für eine optimale Anbindung Luzerns an den internationalen und nationalen Verkehr wie auch für die geplante Umsetzung der 3. Etappe der S-Bahn Luzern unerlässlich. In die Planung des Ausbaus der Bahnhofzufahrt Luzern werden auch die Option Spange Emmenbrücke-Rotsee-Rontal und als Referenzvariante eine unterirdische Direktzufahrt Ebikon-Luzern miteinbezogen.

Generelle Entwicklung**60 Nationalstrassen**

Seit 2008 ist der Bund für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen zuständig. Der betriebliche und projektfreie bauliche Unterhalt für die Gebietseinheit X (LU, OW, NW, ZG) wird durch den Kanton Luzern im Auftrag des Bundes und in Zusammenarbeit mit den genannten Kantonen vorgenommen. Dieser Auftrag wird durch die Organisationseinheit Zentras ausgeführt.

61 Kantonsstrassen

Das Bauprogramm 2007 - 2010 wurde in der Botschaft B153 durch den Grossen Rat verabschiedet. In den nächsten Jahren werden je nach verfügbaren finanziellen Mitteln die Vorhaben aus dem Topf A geplant und/oder realisiert. Im Zentrum steht dabei der Autobahnzubringer Rontal.

65 Regionalverkehr

Für die dritte Etappe der S-Bahn Luzern sind weitere Infrastrukturmassnahmen notwendig. Schwerpunkte dabei bilden Massnahmen zugunsten eines weiteren Ausbaus der S-Bahn Luzern und des Agglomerationsverkehrs auf der Grundlage des Agglomerationsprogramms und im Rahmen der Angebotsplanung S-Bahn Luzern sowie der Einsatz von neuem Rollmaterial. Diese Projekte sollen schrittweise bis 2020 verwirklicht werden. Durch die NFA hat sich der Anteil des Kantons Luzern an die Beiträge für Transportleistungen auf 56 % (bisher 35 %) erhöht, beim Agglomerationsverkehr erhöht sich der Anteil des Kantons aufgrund der Finanzreform 08 von 20 % auf 50 %. Offen sind zurzeit die Auswirkungen der Bahnreform I und II im Zusammenhang mit der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben der Privatbahnen.

Indikatoren und Kenngrößen	2009	2010	2011	2012	2013
60 National- und 61 Kantonsstrassen Kantonsstrassen, Investitionen netto (in Mio. Fr., inkl. Tieflegung Zentralbahn, Anteil Strasse)	63.4	60.8	61.5	62.4	63.3
65 Regionalverkehr Modalsplit, Verhältnis MIV / öV auf ausgewählten Achsen der Agglomeration Luzern	>29%	>30%	>30%	>30%	>30%
ÖV-Investitionen und Investitionsbeiträge, brutto (in Mio. Fr. inkl. Beitrag Ausbau Zentralbahn)	13.4	20.0	20.0	18.0	18.0
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	153.9	155.1	157.1	158.9	
IFAP 2009-2013	146.2	149.2	149.6	151.5	152.8
Veränderung	7.7	5.9	7.5	7.4	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	169.7	171.3	173.6	175.7	
IFAP 2009-2013	165.5	167.7	168.2	170.0	171.5
Veränderung	4.2	3.6	5.4	5.7	
Begründung: - Durch die Ausbuchung der Investitionsbeiträge reduzieren sich die Abschreibungen für den Regionalverkehr ab 2009 um jährlich 3,5 Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012 und die kalkulatorischen Zinsen um 1,1 Millionen Franken. - Die aktuell geplanten Beiträge für den Regionalverkehr und den Zweckverband Agglomerationsverkehr liegen um 3,5 (2009), 2 (2010), 2,5 (2011) und 2 (2012) Millionen Franken unter dem IFAP 2008-2012. - Der Kantonsanteil am Treibstoffzollertrag liegt im IFAP 2009-2013 um 4,2 (2009), 4,4 (2010), 4,6 (2011) und 4,8 (2012) unter dem IFAP 2008-2012.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	100.4	127.6	133.0	130.4	
IFAP 2009-2013	141.9	132.5	132.4	133.4	111.4
Veränderung	-41.5	-4.9	0.6	-3.0	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	25.5	49.1	52.7	51.7	
IFAP 2009-2013	71.8	64.5	66.1	66.5	39.1
Veränderung	-46.3	-15.4	-13.4	-14.8	
Begründung: - Für die Fertigstellung von Nationalstrassenprojekten hatten wir im IFAP 2008-2012 je 3 Millionen Franken für die Jahre 2009 und 2010 und 2 Millionen Franken für 2011 eingestellt. Im IFAP 2009-2013 haben wir die Bruttoausgaben von 33,6 (2009), 14,7 (2010) und 4,4 (2011) sowie die Bundesbeiträge von 30,6 (2009), 11,7 (2010) und 2,4 (2011) Millionen Franken einberechnet. - Im Vergleich zum IFAP 2008-2009 sind die Investitionen in Kantonsstrassen im Jahr 2009 um 8,4 und im Jahr 2012 um 4,2 Millionen Franken höher. Für 2010 rechnen wir mit Minderinvestitionen von 10,4 und für 2011 solche von 2,4 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Die eingehenden Beiträge für die Kantonsstrasseninvestitionen liegen um 13,5 (2009), 7,3 (2011) und 13,8 (2012) über bzw. um 1,5 (2010) Millionen Franken unter dem IFAP 2008-2012. - Die Investitionsausgaben für den öffentlichen Verkehr liegen im IFAP 2009-2013 um 2,5 (2009) und 3,6 (2010) über bzw. um 0,6 (2011) und 1,5 (2012) Millionen Franken unter dem IFAP 2008-2012. Die erwarteten Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr betragen 2,2 (2009), 5,3 (2010), 3,7 (2011) und 0,7 (2012) Millionen Franken.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	89.5	93.7	97.0	96.3	
IFAP 2009-2013	89.1	96.2	93.8	92.9	97.9
Veränderung	0.4	-2.5	3.2	3.6	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	71.3	95.3	99.6	99.1	
IFAP 2009-2013	126.7	120.4	122.3	123.2	96.0
Veränderung	-55.4	-24.1	-22.7	-24.1	
Begründung: - Die aktuell geplanten Beiträge für den Regionalverkehr und den Zweckverband Agglomerationsverkehr liegen um 3,5 (2009), 2 (2010), 2,5 (2011) und 2 (2012) Millionen Franken unter dem IFAP 2008-2012. - Die Beiträge an ÖV-Investitionen, welche als Investitionsbeiträge verbucht werden, liegen im IFAP 2009-2013 für 2010 um 3,6 Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. - Die Abgeltung des Bundes für die Leistungen der zentras war im IFAP 2008-2012 als Entgelt geplant. Neu sind diese als eingehende Staatsbeiträge budgetiert, was im IFAP 2009-2013 zu einem höheren Ertrag von jährlich 16,2 Millionen Franken führt. - Die Bruttoverbuchung der Investitionen für die Nationalstrassen und die – mit Ausnahme von 2010 – höheren Beiträge Dritter an die Investitionen für die Kantonsstrassen führen zu höheren Einnahmen als im IFAP 2008-2012 vorgesehen.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
6.1.1/09 Höhere Beiträge an Zweckverband ÖVL	2010-2013	1,7	
6.1.2/09 Programmvereinbarung Lärm- und Schallschutz (brutto 14 Mio. Fr., davon 2,2 Mio. Fr. Bundesbeiträge)			
6.1.3/09 Höhere Beiträge an öffentlichen Regionalverkehr (brutto, davon 50 Prozent zu Lasten der Gemeinden)	2010-2013	12	
6.1.4/09 Sinkende Investitionen für Strassenbereich	2010-2013		-5,6
6.1.5/09 Höhere Nettoinvestitionen für den öffentlichen Verkehr (Ausbau Zentralbahn, Ausbau Rotsee und übrige Investitionen)	2010-2013		9,2
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
6.3.1/09 Neues Gesetz über den öffentlichen Verkehr	2008-2010		
Hochbauprojekte			
Keine			
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
6.5.1/09 Das Agglomerationsprogramm wurde inkl. priorisierten Massnahmen Ende 2007 dem Bund eingereicht. Ab 2008 finden, im Hinblick auf die Programmvereinbarung für die weitere Umsetzung, die Verhandlungen mit den Bundesbehörden statt.			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	105.4	148.4	146.2	149.2	149.6	151.5	152.8	4.5
Ertrag	148.0	165.3	165.5	167.7	168.2	170.0	171.5	3.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-42.6	-16.9	-19.3	-18.6	-18.6	-18.5	-18.7	
60 Nationalstrassen								
Aufwand	33.4	20.2	20.2	20.5	20.7	20.9	21.2	
Ertrag	78.5	20.2	20.2	20.5	20.7	21.0	21.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-45.2	0.0	-	-	-	-0.1	-	
61 Kantonsstrassen								
Aufwand	21.3	48.7	49.4	49.7	50.0	50.4	50.7	
Ertrag	50.2	116.2	114.6	115.5	116.5	117.4	118.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-28.9	-67.4	-65.2	-65.8	-66.4	-67.1	-67.7	
62 Gemeindestrassen								
Aufwand	8.3	8.4	8.6	8.7	8.8	9.0	9.1	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.3	8.4	8.6	8.7	8.8	9.0	9.1	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	42.3	71.0	68.0	70.2	70.0	71.3	71.8	
Ertrag	19.2	28.9	30.6	31.7	31.0	31.6	31.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	23.1	42.1	37.4	38.5	39.0	39.7	39.9	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	177.2	98.9	141.9	132.5	132.4	133.4	111.4	-21.5
Einnahmen	107.5	29.9	71.8	64.5	66.1	66.5	39.1	-45.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	69.7	69.0	70.1	68.0	66.4	66.9	72.3	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	45.8	73.8	75.7	78.0	77.9	79.3	79.9	5.6
Ertrag	46.2	43.6	54.9	55.9	56.2	56.7	56.9	3.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.4	30.3	20.8	22.1	21.7	22.6	23.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	13.1	10.8	13.4	18.2	15.9	13.5	18.0	34.3
Einnahmen	107.5	29.9	71.8	64.5	66.1	66.5	39.1	-45.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-94.4	-19.2	-58.4	-46.3	-50.2	-53.0	-21.1	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung
Grundauftrag
75 Gewässerverbauungen

- Verantwortlich für Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten vor Hochwassergefahren
- Durchführung von Bewilligungsverfahren nach dem Wasserbaugesetz und der damit verbundenen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

77 Natur- und Landschaftsschutz

- Erhaltung und ökologische Aufwertung von Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere
- Erhalten und Fördern der Biodiversität durch optimalen Schutz, aktive Pflege und zielgerichtete Aufwertung naturnaher Lebensräume
- Erneuerung von Natur- und Landschaftsschutzverträgen mit Landwirten

78 Übriger Umweltschutz

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

79 Raumordnung

- Interessenausgleich in allen Teilbereichen der kantonalen, regionalen und kommunalen Raumordnungspolitik (Wirtschaftspolitik, Siedlungspolitik, Verkehrspolitik etc.)
- Erarbeitung und Koordination der raumwirksamen Führungsinstrumente für den Kantonsrat und den Regierungsrat
- Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Raumordnung, Gewässer und Strassen
- Unterstützung der kommunalen Bewilligungsbehörden und privaten Bauherren bei der Verfahrenskoordination

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
75 Gewässerverbauungen	Wasserbau	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
77 Naturschutz	Umwelt und Energie, Teil Naturschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
78 Übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie, Teil übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
79 Raumordnung	Leistungsgruppe Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung, Teil Raumordnung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD

Legislaturprogramm 2007-2011

Sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft gehören zu unseren Lebengrundlagen. Sie bestimmen unsere Lebensqualität und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden uns weiterhin für eine intakte Umwelt einsetzen. Das heisst: zurückhaltender Flächenverbrauch, verantwortungsvoller Nutzungsdruck durch Landwirtschaft und Tourismus, Einschränkung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien, keine weitere Zersiedelung unseres Raums und Erhaltung der Biodiversität.

Sparsamer Umgang mit Energie

In der Energiepolitik legen wir den Schwerpunkt auf die energetische Verbesserung der Gebäude, die erweiterte Nutzung von Holzenergie zur Wärme- und Stromerzeugung sowie die Förderung von Biogas zur Wärme- und Stromerzeugung. Um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen, stimmen wir die Massnahmen auf die Mobilitätspolitik und die Raumplanung ab. Haushälterische Nutzung des Bodens, verdichtetes Bauen und Erschliessung mit öffentlichem Verkehr tragen wesentlich zu einem sparsamen Umgang mit Energie bei. Einen konkreten, eigenen Beitrag leisten wir durch die energieeffiziente Bewirtschaftung der verwaltungseigenen Liegenschaften. Wir planen, die kantonalen Verkehrssteuern nach ökologischen Kriterien auszugestalten.

Standorte mit Zukunft fördern

Mit unserer Raumordnungspolitik fördern wir die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Vorranggebiete und stärken die vorhandenen Potenziale des ländlichen Raums (Revision der kantonalen Richtplanung). Im Kanton Luzern haben die Gemeinden entlang der Hauptverkehrsachsen ein grosses Entwicklungspotenzial („Hauptentwicklungsachse Y“). Eine effiziente Raumordnungspolitik muss sich im nationalen Wettbewerb zunehmend auf Räume mit grossem Potenzial konzentrieren (Flächenausweisungen für Arbeitsplatzgebiete von kantonalen Bedeutung, Bezeichnung der Entwicklungsschwerpunkte und Verkehrs-Infrastrukturen). Eine hohe Priorität kommt jenen Standorten zu, die sich positiv entwickelt haben und gleichzeitig die besten Zukunftsaussichten aufweisen. Kurz- und mittelfristig sind dies die Stadt und die Agglomeration Luzern sowie die Region Sursee und die Achse Luzern – Zug. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Entwicklungsschwerpunkte von kantonalen Bedeutung im „Y“ gezielt fördern.

Drei regionale Entwicklungsträger

Die Hälfte der Bevölkerung des Kantons Luzern wohnt im ländlichen Raum. Durch die starke Verflechtung aller Lebensbereiche sind ländliche und städtische Räume näher zusammengerückt und können nicht länger als Konkurrenten definiert werden. Der ländliche Raum ist multifunktional. Er dient als Wohn- und Arbeitsgebiet. Er bildet die Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion. Er nimmt eine Entlastungsfunktion für die Agglomerationen und die Entwicklungssachsen wahr. Er ist Freizeit- und Naherholungsraum. Ein Grossteil dieses ländlichen Raumes befindet sich in Pendlerdistanz zu den wichtigen Arbeitsplatzgebieten und ist durch regionale Zentren gut strukturiert und versorgt. Er bildet einen Lebensraum mit hoher Lebensqualität in einer weitgehend intakten Landschaft.

Wir wollen mittelfristig drei Regionen mit starken Entwicklungsträgern bilden, die übergeordnete Aufgaben effizient und effektiv übernehmen können: eine starke Stadtregion Luzern und eine Region Sursee-Mittelland-Seetal entlang der Hauptentwicklungsaachse (wirtschaftliche Vorranggebiete) sowie die RegioHER als ländlicher Komplementärraum.

Bemerkung des Kantonsrates zum Legislaturprogramm 2007-2011

4. Die Region Seetal ist nicht der Region Sursee-Mittelland zuzuordnen.

Generelle Entwicklung

75 Gewässerverbauungen

Der Schwerpunkt liegt in der Behebung der Schäden aus den Unwettern 2005 und 2007 sowie in der Prävention zur Verhinderung ähnlicher Schäden in der Zukunft. Im Vordergrund steht der Hochwasserschutz an der Kleinen Emme und an der Reuss (Planungsbericht B 136). Dafür wurde ein Sonderkredit von 15 Millionen Franken genehmigt (Botschaft B 138). Grössere Projekte wie Laui Sörenberg (Schutz des Siedlungsgebietes vor Murgängen), Ausbau der Enziwigger in Willisau, die Regulierung des Vierwaldstättersees (Reusswehr) sowie Schutzbauten an den Righängen in Weggis und Vitznau kommen zur Ausführung. Daneben müssen zahlreiche Projekte an verschiedenen Gewässern auf dem ganzen Kantonsgebiet zum Schutz vor Hochwasser realisiert werden.

77 Natur- und Landschaftsschutz

Erhaltung und ökologische Aufwertung der Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere

- Beobachtung von Natur und Landschaft und Überprüfung relevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in naturschutzrelevanten Fragen
- Erteilung von naturschutzrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

78 Übriger Umweltschutz

Erhaltung und ökologische Aufwertung der Umwelt sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

79 Raumordnung

Gestützt auf den Richtplan-Controlling-Bericht 2006 wird der kantonale Richtplan in den Jahren 2007 bis 2009 vollständig überprüft und überarbeitet. Nebst der Bildung von drei Regionen und entsprechenden regionalen Entwicklungsträgern steht auch die Straffung der Zentrenstruktur sowie die Stärkung der Hauptentwicklungsräume und der ländlichen Räume im Vordergrund. Letztere werden insbesondere mit der Strategie im ländlichen Raum gemäss den Zielsetzungen der neuen Regionalpolitik (NRP) unterstützt.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
75 Gewässerverbauungen					
Investitionen (brutto) in den Wasserbau (in Mio. Fr.)	19.3	16.6	16.6	16.6	16.6
77 Natur- und Landschaftsschutz					
Beiträge Pflegeverträge Natur- und Landschaftsschutz (in Mio. Fr.)	5.3	5.5	5.7	5.8	5.8
78 Übriger Umweltschutz					
Veränderung Phosphorgehalt Baldeggersee (Ziel: 30 mg/m ³)	39	37	35	33	30
Anteil Gemeinden mit Rückstellungen für Abwasserentsorgung in Prozenten	80	90	95	100	entfällt
Anzahl Tage mit Feinstaubbelastung über Grenzwert	10	5	1	1	1
79 Raumordnung					
Anzahl Bauprüfungen	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
Durchlaufzeiten für Baugesuche gemäss den gesetzlichen Vorgaben in Prozenten	80	80	80	80	80

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012

Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	38.7	39.4	39.8	39.9	
IFAP 2009-2013	32.5	33.5	34.0	34.5	34.7
Veränderung	6.2	5.9	5.8	5.4	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	9.4	9.5	9.8	9.9	
IFAP 2009-2013	9.9	10.2	10.3	10.4	10.4
Veränderung	-0.5	-0.7	-0.5	-0.5	

Begründung:

- Die Ausbuchung der Investitionsbeiträge führt beim übrigen Umweltschutz ab 2009 zu einem jährlichen Minderaufwand bei den Abschreibungen von 5,6 Millionen Franken und bei den kalkulatorischen Zinsen von 1,1 Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012.
- Die Beiträge für Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz liegen im IFAP 2009-2013 jährlich um 0,5 Millionen Franken über der Planung gemäss IFAP 2008-2013. Praktisch im gleichen Umfang erhöhen sich auch die Erträge.

Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	37.3	38.3	34.9	30.1	
IFAP 2009-2013	26.5	32.1	29.0	29.0	26.3
Veränderung	10.8	6.2	5.9	1.1	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	32.0	27.9	24.4	19.6	
IFAP 2009-2013	21.1	18.9	18.9	18.9	18.9
Veränderung	10.9	9.0	5.5	0.7	
Begründung: - Die Nettoinvestitionen für den Wasserbau bleiben unverändert bei jährlich 4,5 Millionen Franken ab 2009. Ausgaben und Einnahmen reduzieren sich jedoch um 9,2 (2009), 7,4 (2010) und 3,9 (2011) bzw. erhöhen sich um 0,9 (2012) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012. - Die durchlaufenden Bundesbeiträge für den Umweltschutz und NRP-Projekte liegen im IFAP 2009-2013 ab 2009 um jährlich 1,5 Millionen Franken unter den in IFAP 2008-2012 enthaltenen Werten.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	8.7	8.9	9.1	9.2	
IFAP 2009-2013	10.3	14.2	11.4	11.6	11.6
Veränderung	-1.6	-5.3	-2.3	-2.4	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	27.5	23.4	20.2	15.5	
IFAP 2009-2013	17.5	15.5	15.5	15.6	15.6
Veränderung	10.0	7.9	4.7	-0.1	
Begründung: - Für die Investitionen des Wasserbaus rechnen wir mit Mindereinnahmen von Dritten von 9,2 (2009), 7,4 (2010) und 3,9 (2011) bzw. Mehreinnahmen von 0,9 Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012. - Im Jahr 2010 ist neu ein einmaliger Investitionsbeitrag von 3,1 Millionen Franken für die LUMAG enthalten, welcher im IFAP 2008-2012 noch nicht vorgesehen war. - Im Bereich Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz, beim Umweltschutz und bei der Energieförderung haben wir die Beiträge gegenüber dem IFAP 2008-2012 erhöht. Dieser Mehraufwand wird durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge teilweise kompensiert.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
7.1.1/09 Erhöhung Mittel für Förderprogramm Energie	2010-2013	1,8	
7.1.2/09 Beiträge für Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (brutto, inkl. Bundesbeiträge aus der Programmvereinbarung Natur und Landschaft)	2010-2013	1,7	
7.1.3/09 Beiträge an Gemeinden und Dritte für Natur und Landschaft	2010-2013	0,9	
7.1.4/09 Programmvereinbarung NRP (Bruttoleistungen 21,5 Mio. Fr., davon 9,5 Mio. Fr. Bundesgelder für 2008-2011)			
7.1.5/09 Wiederaufnahme der Kantonsbeiträge im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung)	2010-2013		12
7.1.6/09 Höhere Beiträge für Altlastensanierungen	2010-2013		0,5
7.1.7/09 Steigende Nettoinvestitionen für Hochwasserschutz	2010-2013		4
7.1.8/09 Programmvereinbarung Schutzbauten Wasser (brutto 7,3 Mio. Fr., Bundesbeiträge von 2,2 Mio. Fr. für 2008-2011)			
7.1.9/09 Investitionsbeitrag an die LUMAG, 2. Teil	2010		3,1
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			
Hochbauprojekte			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	40.4	38.1	32.5	33.5	34.0	34.5	34.7	6.8
Ertrag	10.9	9.2	9.9	10.2	10.3	10.4	10.4	4.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	29.5	28.9	22.5	23.3	23.7	24.1	24.3	
75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	4.4	4.7	4.9	4.9	4.9	4.9	4.9	
Ertrag	0.7	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.7	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	
77 Naturschutz								
Aufwand	6.9	7.0	7.7	8.1	8.4	8.6	8.6	
Ertrag	4.3	3.9	4.2	4.3	4.3	4.4	4.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.6	3.1	3.5	3.8	4.0	4.2	4.2	
78 Übriger Umweltschutz								
Aufwand	21.4	21.8	15.6	16.2	16.4	16.5	16.7	
Ertrag	4.0	3.2	3.4	3.5	3.5	3.5	3.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	17.4	18.5	12.2	12.7	12.8	13.0	13.1	
79 Raumordnung								
Aufwand	7.7	4.6	4.3	4.4	4.4	4.5	4.5	
Ertrag	1.9	1.6	1.7	1.7	1.7	1.8	1.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.8	3.0	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	37.4	33.8	26.5	32.1	29.0	29.0	26.3	-0.8
Einnahmen	34.4	29.8	21.1	18.9	18.9	18.9	18.9	-10.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.0	4.1	5.4	13.2	10.2	10.2	7.4	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	6.5	7.4	8.8	9.6	9.9	10.1	10.1	14.4
Ertrag	5.5	4.5	4.9	5.1	5.1	5.2	5.2	6.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.0	2.9	3.9	4.5	4.7	4.9	4.9	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.2	1.1	1.5	4.6	1.5	1.5	1.5	0.0
Einnahmen	19.4	20.6	12.6	10.4	10.4	10.4	10.4	-17.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-19.2	-19.5	-11.1	-5.8	-8.9	-8.9	-8.9	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag****80 Landwirtschaft**

- Vollzug der Agrargesetzgebung.
- Förderung der Landwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.
- Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von artenreichen, naturnahen ländlichen Räumen.

81 Forstwirtschaft

- Vollzug der Waldgesetzgebung.
- Förderung der Forstwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

82 Jagd und Fischerei

- Vollzug der Jagd- und Fischereigesetzgebung.
- Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung des staatlichen Fischerei- und Jagdregals.

84 Industrie, Gewerbe und Handel

- Stärkung der Leistungsfähigkeit der Luzerner Wirtschaft durch Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.
- Überwachung der Unfallverhütung und der Gesundheitsvorsorge in den Betrieben (Vollzug ArG und UVG).
- Vollzug der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor missbräuchlichen Arbeits- und Lohnbedingungen im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU (Vollzug Entsendegesetz).
- Vollzug des Bundesgesetzes Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Vollzug BGSA).

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
80 Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
	Veterinärdienst	Veterinärdienst	GSD
81 Forstwirtschaft	Wald	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
82 Jagd und Fischerei	Fischerei und Jagd	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
84 Industrie, Gewerbe und Handel	Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung, Teil Wirtschaftsentwicklung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Industrie- und Gewerbeaufsicht	Wirtschaft und Arbeit	GSD

Legislaturprogramm 2007-2011

Kantone, Regionen und Zentren konkurrieren mehr denn je um Menschen, Unternehmen, Wissens- und Kultureinrichtungen. In diesem Wettbewerb entscheiden die besseren Argumente und Fakten. Dazu gehören eine tiefe Steuerbelastung, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und eine gute verkehrstechnische Erreichbarkeit. Eine Region muss zudem „Profil“ besitzen und für Leistungsträger, Investoren und Besucher erkennbar und attraktiv sein.

Wirtschaftliches Wachstum notwendig

Das Volkseinkommen pro Kopf liegt im Kanton Luzern unter dem schweizerischen Mittel. Um das bestehende Leistungsangebot aufrechterhalten und im Konkurrenzkampf mit anderen Regionen bestehen zu können, ist wirtschaftliches Wachstum notwendig. Wir setzen uns deshalb die folgenden wirtschaftspolitischen Ziele:

- Die wirtschaftliche Leistungskraft des Kantons soll gestärkt werden, indem das mittlere Pro-Kopf-Einkommen und die Wertschöpfung pro Arbeitsplatz erhöht werden.
- Der Anteil an wachstumsstarken und wertschöpfungsintensiven Branchen soll vergrößert werden.
- Mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen soll die Wettbewerbskraft des Kantons Luzern gesteigert werden.

Wirtschaftliche Potenziale sind vor allem in den Bereichen Health-Services, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Versicherungsdienstleistungen, Kongresswesen und Kultur sowie in den Bereichen Tourismus und Freizeit zu erkennen. Zudem bietet sich der Kanton Luzern als attraktiver Wohnort für vermögende Personen an.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Wissensaustausch

Wir konzentrieren unsere Wirtschaftsförderung einerseits auf Wirtschaftsbereiche, die auch in Zukunft wesentlich zur Wertschöpfung und Beschäftigung im Kanton Luzern beitragen und über intakte Entwicklungschancen verfügen, andererseits auf Projekte und Massnahmen, die es überregional operierenden Unternehmen ermöglichen oder erleichtern, sich gegenüber der Konkurrenz nachhaltig Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Um die Chancen des Kantons Luzern im Wettbewerbsumfeld zu verbessern, stehen die folgenden Ziele im Vordergrund:

- nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Kanton Luzern durch die Unterstützung bestehender Unternehmen bei der Expansion und Weiterentwicklung („Wachstum von innen“) sowie durch die Ansiedlung von neuen Betrieben und die Schaffung von Arbeitsplätzen („Wachstum von aussen“);
- dauerhafte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch die Förderung des Austausches von Wissen und Neuerungen in der Wirtschaft (Innovation und Innovationstransfer) sowie durch die gezielte Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Begünstigung der Unternehmensentwicklung am Standort Luzern (Standortentwicklung und Standortpflege, Schaffung eines KMU-freundlichen Umfelds).

Wirtschaftsförderung und Richtplanung legen das Schwergewicht auf den städtischen Raum und die potenzialstarken Hauptachsen entlang der Autobahnen. Der kantonale Finanzausgleich schafft die Grundlagen, damit die Versorgung über diese Gebiete hinaus flächendeckend und langfristig im ganzen Kanton sichergestellt bleibt (Basisinfrastrukturen).

In diesem Kontext kommt der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) in erster Linie die Aufgabe zu, die wirtschaftlichen Potenziale in den ländlichen Gebieten (RegioHER und Seetal) in Wert zu setzen und zwar so, dass die Synergien zwischen den Verdichtungsräumen des „Y“ und dem ländlichen Raum bestmöglich zum Tragen kommen.

Bemerkung des Kantonsrates zum Legislaturprogramm 2007-2011

5. Gemeinsam mit dem Bund wird die Weiterentwicklung einer leistungsfähigen, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft unterstützt.

Generelle Entwicklung

80 Landwirtschaft / 81 Forstwirtschaft

Einführung der neuen Agrarpolitik AP 2011 ab 2007. Erweiterung der Vertragsflächen für die Seesanieierungen auf 3/4 der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Seeeinzugsgebieten. Förderung der Reduktion der Ammoniakemissionen mit Bundes- und Kantonsbeiträgen (Ressourcenprogramm AP 2011). Die übrigen mehrjährigen Vorhaben, insbesondere Güterstrassen, Meliorationen, Wiederbewaldung, Holzpromotion, Waldstrassen, Waldreservate, Waldbau, Schutzwaldpflege, bleiben unverändert. Es entstehen neue Regionale Organisationen für die Bewirtschaftung der Luzerner Wälder. Die organisierte Fläche wird grösser sein als ursprünglich angenommen. Es sind etwas grössere Strukturaufbaubeiträge (Bund und Kanton) und grössere Flächenbeiträge (Kanton) als geplant zu erwarten. Die Vorhaben zum Schutz vor Naturgefahren nehmen tendenziell zu.

84 Industrie, Gewerbe und Handel

Das wirtschaftliche Wachstumspotenzial des Tourismus ist stärker auszuschöpfen, und die Tourismusdestination "Kanton Luzern" ist im weltweiten Tourismus-Markt besser zu positionieren. Entsprechend ist eine einheitliche Marketingstrategie aufzubauen und umzusetzen. Dafür sind Destinationsmanagement-Organisationen (DMO) zu schaffen, die im Sinne eines PPP-Modells mit Leistungsaufträgen zu führen sind.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
80 Landwirtschaft					
Direktzahlungen: Schriftliche Einsprachen in % zu den beitragsberechtigten Betrieben	2	2	2	2	2
Vertragsflächen für die Seesanieierungen in %	78	79	80	80	80
81 Forstwirtschaft					
Genutzte Holzmenge im Staatswald in m ³	16'000	16'000	16'000	16'000	16'000
Anzahl Regionale Organisationen für die Waldbewirt-	12	12	12	12	12
82 Fischerei und Jagd					
Nettokostendeckungsgrad der Leistungsgruppe Fischerei und Jagd in Prozenten	100	100	100	100	100

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2008-2012

Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	248.8	248.9	249.6	250.3	
IFAP 2009-2013	253.6	253.8	253.0	253.5	254.0
Veränderung	-4.8	-4.9	-3.4	-3.2	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	221.0	221.1	221.2	221.4	
IFAP 2009-2013	230.4	231.0	229.5	228.2	228.3
Veränderung	-9.6	-9.9	-8.3	-6.8	

Begründung:

- Wir gehen von jährlich 11 Millionen Franken höheren Direktzahlungen für die Landwirtschaft aus. Da diese als durchlaufende Beiträge verbucht werden, erhöhen sich Aufwand und Ertrag in diesem Umfang ab 2009 gegenüber dem IFAP 2008-2012.
- Im IFAP 2008-2012 war die Übernahme der Leistungsgruppe Gastgewerbe und Gewerbe Polizei aus dem Hauptaufgabenbereich „Öffentliche Sicherheit“ vorgesehen. Durch den Verzicht auf die Verschiebung reduzieren sich der Aufwand 2009 ff. und der Ertrag gegenüber dem IFAP 2008-2012.
- Durch die Ausbuchung der Investitionsbeiträge reduzieren sich die Abschreibungen um 3,6 und die kalkulatorischen Zinsen um 1,4 Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012.
- Wir hatten im IFAP 2008-2012 einen rückläufigen Aufwand für die Tiergesundheit vorgesehen. Durch neue Impfungen verzögert sich der Aufwandrückgang, was zu einem Mehraufwand von 2 (2009) und 1,5 (2010) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2008-2012 führt. In einem ähnlichen Umfang liegen die Erträge für die Tierseuchenkassen über der Planung des Vorjahrs.

Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	17.4	17.1	17.4	17.6	
IFAP 2009-2013	17.3	17.1	17.3	17.5	16.7
Veränderung	0.1	0.0	0.1	0.1	
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	10.9	10.7	10.5	10.3	
IFAP 2009-2013	10.9	10.9	10.9	10.9	10.9
Veränderung	0.0	-0.2	-0.4	-0.6	
Begründung: - Wir hatten im IFAP 2008-2012 mit rücklaufigen Darlehensrückzahlungen für Kredite der Landwirtschaftlichen Kreditkasse gerechnet. Im IFAP 2009-2013 sind die Investitionseinnahmen für die ganze Planperiode unverändert.					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	19.0	18.6	19.2	19.6	
IFAP 2009-2013	18.1	18.3	18.9	19.2	18.6
Veränderung	0.9	0.3	0.3	0.4	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	2.0	2.0	2.0	2.0	
IFAP 2009-2013	3.9	3.9	3.3	1.9	1.9
Veränderung	-1.9	-1.9	-1.3	0.1	
Begründung: - Die höheren Leistungen für die Tiergesundheit werden durch höhere Beiträge des Bundes, des Kanton und der Tierhalter ausgeglichen. Dies führt zu höheren eingehenden Staatsbeiträgen als im IFAP 2008-2012 angenommen.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben			
8.1.1/09 Förderprogramm nachhaltige Ressourcennutzung (Ammoniak)	2010-2013	1,8	
8.1.2/09 Höhere Beiträge an Dritte für Wald, Naturgefahren etc.	2010-2013	1	
8.1.3/09 Höhere Beiträge für Güter- und Waldstrassen	2010-2013		0,7
8.1.4/09 Förderbeiträge Regionalprojekte gem. Landwirtschaftsgesetz	2010-2013		1,8
8.1.5/09 Rückläufige Investitionen für Naturgefahren und Verbauungen	2010-2013		-3
8.1.6/09 Programmvereinbarung Schutzwald (brutto 5,5 Mio. Fr., davon 3 Mio. Fr. Bundesgelder)			
8.1.7/09 Programmvereinbarung Waldwirtschaft (brutto 4,2 Mio. Fr., davon 2,2 Mio. Fr. Bundesgelder)			
8.1.8/09 Veränderungen im Bereich Tiergesundheit			
a) Rückläufiger Aufwand (Abschluss Rinderseuche BVD)	2010-2013	-6,1	
b) Wegfall Bundesbeitrag an BVD-Sanierung	ab 2011	1,8	
c) Reduktion Gemeindebeiträge an Tierseuchenkasse	ab 2012	0,7	
d) Reduktion Tierhalterbeiträge an Tierseuchenkasse	ab 2012	1,3	
e) Ersatz Viehhandelsabgabe durch Schlachtviehabgabe	ab 2010	0,9	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
8.2.1/09 Beiträge an Destinationsmanagement-Organisationen (DMO) im Tourismus (PPP-Modell)	2010-2013	3,4	
Gesetzesänderungen			
Keine			

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Hochbauprojekte			
Keine			
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	269.4	250.0	253.6	253.8	253.0	253.5	254.0	0.2
Ertrag	239.1	222.9	230.4	231.0	229.5	228.2	228.3	-0.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	30.3	27.1	23.1	22.8	23.5	25.3	25.7	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	246.8	225.5	232.2	232.1	231.0	231.2	231.5	
Ertrag	224.4	210.5	221.9	222.4	220.9	219.6	219.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	22.4	15.0	10.3	9.6	10.1	11.7	11.9	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	14.8	15.2	14.4	14.6	14.9	15.1	15.3	
Ertrag	8.1	5.8	6.2	6.2	6.2	6.2	6.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.7	9.4	8.2	8.5	8.6	8.8	9.0	
82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	1.2	1.1	1.2	1.2	1.3	1.3	1.3	
Ertrag	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.1	0.1	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	
84 Industrie, Gewerbe und Handel								
Aufwand	6.6	8.1	5.8	5.8	5.9	5.9	6.0	
Ertrag	5.3	5.5	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.3	2.6	4.5	4.5	4.6	4.6	4.6	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Ertrag	0.2	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.2	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	23.3	16.2	17.3	17.1	17.3	17.5	16.7	-3.5
Einnahmen	18.1	11.1	10.9	10.9	10.9	10.9	10.9	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	5.2	5.0	6.4	6.2	6.4	6.6	5.8	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	23.2	9.4	9.3	9.7	10.0	10.2	10.4	12.1
Ertrag	10.7	2.8	3.9	3.9	3.3	1.9	1.9	-50.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	12.6	6.6	5.4	5.8	6.7	8.3	8.5	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	7.7	7.4	8.8	8.6	8.9	9.0	8.2	-7.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.7	7.4	8.8	8.6	8.9	9.0	8.2	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und generelle Entwicklung**Grundauftrag****90 Steuern**

- Vollzug der kantonalen Steuerpolitik und der Steuerabrechnung mit den Gemeinden.

92 Finanzausgleich

- Vollzug des Finanzausgleichs mit den Gemeinden.

93 Einnahmenanteile

- Abrechnung mit dem Bund über die Kantonsanteile an Bundessteuereinnahmen.

94 Vermögens- und Schuldenverwaltung

- Vermögens- und Schuldenverwaltung des Staatshaushalts. Bewirtschaftung der Liquidität und der Finanzierungskosten.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
90 Steuern	Steuererlöse	Steuerverwaltung	FD
92 Finanzausgleich	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat, Teil Finanzausgleich	Departementssekretariat FD	FD
	Sonderbereiche, Zahlungen aus der bundesstaatlichen NFA	Dienststelle Finanzen	FD
	Sonderbeiträge Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD
93 Einnahmenanteil	Steuererlöse, Teil Kantonsanteil an direkter Bundessteuer, Verrechnungssteuer und LSVA	Dienststelle Steuern	FD
	Sonderbereiche, Anteil am Reingewinn Nationalbank	Dienststelle Finanzen	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung	Sonderbereich, Zinsen und Disagio, Ertrag von Wertschriften und von Banken	Dienststelle Finanzen	FD
	Steuererlöse, Teil Vergütungs- und Verzugszinsen	Dienststelle Steuern	FD
99 Nicht aufgeteilte Positionen	Nicht zuteilbare Abschreibungen	Dienststelle Finanzen	FD

Legislaturprogramm 2007-2011

In den vergangenen Jahren hat der Kanton Schulden in der Höhe von über einer Milliarde getilgt. Die Staatssteuern wurden zwischen 2002 und 2008 linear um 21 Prozent gesenkt. Mit der Steuergesetzrevision 2008 werden die Luzernerinnen und Luzerner zwischen 2008 und 2010 um weitere 244 Millionen Franken entlastet. Unsere finanzielle Situation hat sich erheblich verbessert.

Schulden schränken den Handlungs- und Entscheidungsspielraum von Regierung und Parlament massiv ein. Sie verunmöglichen eine langfristig angelegte Politik, schwächen den Standort und zwingen zu kurzfristigen Sparmassnahmen. Wer hoch verschuldet ist, wirtschaftet auf Kosten zukünftiger Generationen. Wir wollen daher auch in den nächsten Jahren die Laufenden Rechnungen ausgeglichen abschliessen und keine neuen Schulden machen.

Wir sind überzeugt, dass tiefere Steuern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons als Wohn- und Arbeitsort verbessern. Steuersenkungen sind nicht Selbstzweck. Sie liegen im ökonomischen Interesse des Kantons, denn längerfristig wird die Steuerkraft durch Kompensationseffekte positiv beeinflusst: mehr Arbeitsplätze, höhere Unternehmensgewinne, mehr Zuzüger, weniger Wegzüger, grösseres Steuersubstrat.

Steuergesetzrevision 2011

Wir planen daher für 2011 eine weitere Steuergesetzrevision mit dem Ziel, die Gewinnsteuer für Unternehmen zu senken und mittlere und hohe Einkommen zu entlasten. Bei der Einkommenssteuer streben wir im schweizerischen Vergleich einen Indexwert von 100 an, bei der Vermögenssteuer einen solchen von deutlich unter 100. Wir wollen für juristische Personen zu den fünf attraktivsten Kantonen gehören.

Effizient und kundenfreundlich veranlagten

Wir vereinfachen und standardisieren die Veranlagung und den Bezug der Staats-, Gemeinde- und Bundessteuern der natürlichen und juristischen Personen im Kanton Luzern. Alle Gemeinden veranlagten die Steuern der nicht erwerbstätigen und der unselbständig erwerbstätigen Personen autonom auf einem technisch zentralen System. Die Selbständigerwerbenden und die juristischen Personen werden einheitlich durch den Kanton veranlagt. Das Steuerregister soll künftig auf einem zentralen System geführt werden. Der Bezug der Staats-, Gemeinde- und Bundessteuern wird technisch zentral, organisatorisch aber dezentral durch die Gemeinden erfolgen.

Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes

Das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) unterziehen wir einer Totalrevision und streben dessen Einführung für das Budget 2011 an. Wir verwenden für die Revision als Grundlage das harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) der Finanzdirektorenkonferenz. Inhalt und Darstellung der bisherigen strategischen Planung und der finanzpolitischen Dokumente (IFAP, Voranschlag) sollen überprüft werden. Parallel zur FHG-Revision werden wir auch das Finanzleitbild überarbeiten.

Im September 2007 hat das Parlament Änderungen des Gesetzes über den Finanzausgleich beschlossen. Wir haben deshalb darauf verzichtet, 2007 einen Wirkungsbericht zum Finanzausgleich zu erarbeiten. Dieser hätte sich auf Daten der Jahre 2004 - 2006 abgestützt und möglicherweise zu falschen Schlussfolgerungen geführt. Wir werden deshalb erst im Jahr 2009 einen neuen Wirkungsbericht vorlegen, weil dann die Übergangsbestimmungen des totalrevidierten Finanzausgleichsgesetzes nicht mehr zur Anwendung gelangen.

Generelle Entwicklung

90 Steuern

2009: Korrektur Tarif für Vermögen
2010: Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital
2011: Steuergesetzrevision 2011

92 Finanzausgleich

Finanzausgleich Bund (NFA):

Der Ressourcenausgleich kann starken Schwankungen unterliegen. Vorausberechnungen sind schwierig, da sich der Luzerner Anteil nicht nur an der eigenen Ressourcenentwicklung, sondern auch an den Veränderungen der Ressourcenpotenziale aller anderen Kantone orientiert.

Finanzausgleich Luzern:

Umsetzung Wirkungsbericht 2009

93 Einnahmenanteil

Wir gehen bei den Anteilen an Bundeseinnahmen von folgenden Entwicklungen aus:

Direkte Bundessteuer: leicht steigend

Verrechnungssteuer: volatil

LSVA: stabil

Gewinnanteil schweizerische Nationalbank: stabil

94 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Leicht steigende Zinssätze.

Neuverschuldung bei Mittelabflüssen aus Vorfinanzierungen.

Abbau Schulden durch ausserordentliche Erträge.

Indikatoren und Kenngrössen	2009	2010	2011	2012	2013
90 Steuern					
Staatssteuerfuss	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Entlastung Staatssteuern ggb. Vorjahr in Mio. Fr.	18	18	68	0	0
92 Finanzausgleich					
Finanzausgleichszahlungen an Gemeinden netto in Mio. Fr.	121.1	122.6	124.0	125.5	127.0
Ressourcenausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	298.4	306.4	314.7	323.2	331.9
Härteausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	23.7	23.7	23.7	23.7	23.7
Geografisch-topografischer Lastenausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	6.7	6.8	6.8	6.9	7.0
93 Einnahmenanteil					
Anteile an Bundeseinnahmen (inkl. Nationalbank) in Mio. Fr.	202.7	208.4	213.9	219.9	226.2
94 Vermögen- und Schuldenverwaltung					
Marktgerechte Finanzierungskosten (SWAP Satz + 10 Basispunkte)	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP
Nettoschuld pro Kopf (Zielgrösse, mit vorliegender Planung nicht erreicht)	<2'700	<2'700	< 2'700	< 2'700	< 2'700

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011					
Laufende Rechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand					
IFAP 2008-2012	257.5	261.9	266.5	271.2	
IFAP 2009-2013	253.8	262.4	273.6	285.3	299.2
Veränderung	3.7	-0.5	-7.1	-14.1	
- Ertrag					
IFAP 2008-2012	1'580.8	1'610.6	1'641.3	1'654.8	
IFAP 2009-2013	1'587.5	1'606.4	1'574.9	1'601.9	1'643.0
Veränderung	-6.7	4.2	66.4	52.9	
Begründung: - Durch tiefere Debitorenverluste bei den Steuern reduziert sich der Aufwand gegenüber dem IFAP 2008-2012 um 2,1 (2009), 1,6 (2010) und 1,1 (je für 2011 und 2012) Millionen Franken. - Wegen der guten Wirtschaftslage erhöhen sich die Steuererträge gegenüber dem IFAP 2008-2012 um 30 (2009) und 22,7 (2010) Millionen Franken. Durch die erstmalige Berücksichtigung der Steuergesetzrevision 2011 wird der Steuerertrag für 2011 um 41,7 und für 2012 um 30,7 Millionen Franken gegenüber der Vorjahresplanung unterschritten. - Wir hatten im IFAP 2008-2012 eine jährliche Einlage in eine Rücklage für Fusionsbeiträge an die Stadtregionen Luzern und Sursee von 11 Millionen Franken ab 2009 vorgesehen. Im IFAP 2009-2013 verzichten wir auf die Speisung eines entsprechenden Rücklagenkontos. - Der Aufwand des innerkantonalen Finanzausgleichs wird durch eine Halbierung des Infrastrukturlastenausgleichs ab 2009 gegenüber dem Vorjahr um 6 Millionen Franken reduziert. Dieser Minderaufwand wird kompensiert durch einer im IFAP 2008-2012 ebenfalls noch nicht vorgesehenen Reduktion des horizontalen Finanzausgleichs. - Wir hatten im IFAP 2008-2012 Erträge aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich von 345 (2009), 356,1 (2010), 367,6 (2011) und 379,5 (2012) Millionen Franken eingerechnet. Durch die Berücksichtigung der definitiven Zahlen 2009 und der Reduktion des jährlichen Wachstums der Ressourcenausgleichszahlung von 3,5 Prozent im IFAP 2008-2012 auf 2,7 Prozent im IFAP 2009-2013 ergibt sich ein Minderertrag von 16,3 (2009), 19,2 (2010), 22,4 (2011) und 25,7 (2012) Millionen Franken. - Wir haben den erwarteten Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer neu berechnet und zudem neu ab 2010 mit einem jährlichen Wachstum von 6 Prozent gerechnet. Dies führt gegenüber dem IFAP 2008-2012 zu einem Mehrertrag von 1,6 (2009), 1,7 (2010), 7,2 (2011) und 13,1 (2012) Millionen Franken. - Aufgrund unserer Zinserwartung und durch die Neuverschuldung infolge der geplanten Finanzierungsfehlbeträge liegt der Zinsaufwand um 0,7 (2009), 1,9 (2010), 3,4 (2011) und 7,1 (2012) Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. - Insbesondere dank höheren LUKB-Dividenden liegt der Zinsertrag um 5,9 (2009), 6,3 (2010), 6,6 (2011) und 6,8 (2012) Millionen Franken über dem IFAP 2008-2012. - Der in den nicht aufgeteilten Positionen enthaltene kalkulatorische Ertrag liegt im IFAP 2009-2013 um 9,2 (2009), 10 (2010), 10,8 (2011) und 11,7 (2012) Millionen Franken unter der Vorjahresplanung. Um diesen Betrag wurden den Departementen tiefere interne Leistungen verrechnet, d.h. der Minderertrag ist für den Gesamtkanton erfolgsneutral. - Die tieferen Abschreibungen der Departemente durch die Ausbuchung der Investitionsbeiträge wird mit einer im IFAP 2009-2013 für alle Planjahre enthaltenen zentralen Abschreibung von 21,8 Millionen Franken kompensiert.					
Investitionsrechnung	2009	2010	2011	2012	2013
- Ausgaben					
IFAP 2008-2012	-	-	-	-	
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
- Einnahmen					
IFAP 2008-2012	-	-	-	-	
IFAP 2009-2013	-	-	-	-	-
Veränderung					
Staatsbeiträge gesamt	2009	2010	2011	2012	2013
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2008-2012	147.0	148.2	148.2	148.2	
IFAP 2009-2013	142.1	143.7	145.4	147.2	148.9
Veränderung	4.9	4.5	2.8	1.0	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2008-2012	24.7	24.7	24.7	24.7	
IFAP 2009-2013	18.8	19.1	19.3	19.5	19.8
Veränderung	5.9	5.6	5.4	5.2	
Begründung: - Der Infrastrukturlastenausgleich im innerkantonalen Lastenausgleich wurde im Vergleich zur Vorjahresplanung ab 2009 um 6 Millionen Franken gekürzt. Durch ein höheres Wachstum des Aufwands des innerkantonalen Lastenausgleichs wird dieser Minderaufwand gegenüber der Vorjahresplanung reduziert. - Durch die Reduktion des horizontalen Ressourcenausgleichs beim innerkantonalen Finanzausgleich sind die eingehenden Staatsbeiträge tiefer als im IFAP 2008-2012 angenommen.					

Vorhaben und Projekte							Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
Beschlossene / eingerechnete Vorhaben									
9.1.1/09	Entwicklung der Zahlungsströme des innerkantonalen Finanz- ausgleichs						2010-2013 2010-2013	14,6	
	2009	2010	2011	2012	2013				
	Ressourcenausgleich	75,4	76,3	77,2	78,1	79,0			
	Topografischer Lastenausgleich	22,5	22,8	23,1	23,3	23,6			
	Bildungslastenausgleich	23,7	23,9	24,2	24,5	24,8			
	Soziallastenausgleich	12,2	12,4	12,5	12,7	12,8			
	Infrastrukturlastenausgleich	6,1	6,2	6,3	6,3	6,4			
	./. Einnahmen horizontaler RA	18,8	19,1	19,3	19,5	19,8			
	= Nettokosten kantonaler FA	121,1	122,5	124,0	125,5	127,0			
9.1.2/09	Zinsaufwand der Dienststelle Steuern								
	a) Mehrkosten aus erwartetem Zinsszenario						2010-2013	12,4	
	b) Mehrkosten durch geplante Finanzierungsfehlbeträge								
9.1.3/09	Entwicklung der Kantonsanteile an Bundeseinnahmen						2010-2013 2010-2013	-82,6 0 -0,7 0 1,4 0 -59,0	
	2009	2010	2011	2012	2013				
	Ressourcenausgleich NFA	298,4	306,4	314,7	323,2	331,9			
	Härteausgleich NFA (netto)	17,9	17,9	17,9	17,9	17,9			
	Lastenausgleich NFA	6,7	6,8	6,8	6,9	7,0			
	Gewinnausschüttung SNB	79,0	79,0	79,0	79,0	79,0			
	Verrechnungssteuer	15,4	15,0	15,0	15,1	15,1			
	LSVA	21,7	21,7	21,7	21,7	21,7			
	Anteil direkte Bundessteuer	86,6	92,7	98,2	104,1	110,4			
9.1.4/09	Entwicklung der Sonder- und Nebensteuern								
	2009	2010	2011	2012	2013				
	Nach- und Strafsteuer	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0			
	Quellensteuer	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0			
	Kapitalauszahlungen	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5			
	Personalsteuer	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2			
	Liegenschaftssteuern	16,8	17,1	17,5	17,8	18,1			
	Grundstückgewinnsteuer	40,5	39,4	39,4	39,4	39,4			
	Handänderungssteuer	20,8	21,8	21	20,3	20,3			
	Erbschaftssteuern	11	11,3	11,6	12,0	12,0			
	Total Sonder- + Nebensteuern	140,6	139,1	139,2	139,1	139,5			

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2010-2013 in Mio. Franken	Investitionskosten 2010-2013 in Mio. Franken
9.1.5/09 Steuergesetzrevision 2008 (Tarif für Gewinn und Kapital)	2010	70	
9.1.6/09 Steuergesetzrevision 2011	2011	204	
9.1.7/09 Höhere Abschreibungen im Steuerbereich	2010-2013	3,5	
9.1.8/09 Höhere Entschädigung an Gemeinden im Steuerbereich	2010-2013	1,2	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
9.3.1/09 Steuergesetzrevision 2008	2008-2010		
9.3.2/09 Finanzausgleichsgesetz	2009-2011		
9.3.3/09 Steuergesetzrevision 2011	2008-2011		
Hochbauprojekte			
Keine			
Weitere Umsetzungsmassnahmen zum Legislaturprogramm 2007-2011			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Aufwand	284.0	255.7	253.8	262.4	273.6	285.3	299.1	17.9
Ertrag	1'483.7	1'576.7	1'587.5	1'606.4	1'574.9	1'601.9	1'643.0	3.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1'199.6	-1'321.0	-1'333.7	-1'344.0	-1'301.3	-1'316.6	-1'343.9	
90 Steuern								
Aufwand	10.4	12.6	10.5	11.0	11.5	11.5	11.5	
Ertrag	994.3	902.3	927.2	932.4	886.9	899.3	925.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-983.8	-889.8	-916.7	-921.4	-875.5	-887.8	-913.9	
92 Finanzausgleich								
Aufwand	171.3	169.7	149.7	151.6	153.3	155.0	156.7	
Ertrag	30.7	360.7	347.6	355.9	364.5	373.3	382.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	140.7	-191.0	-197.8	-204.4	-211.3	-218.3	-225.6	
93 Einnahmenanteil								
Aufwand	16.0	17.6	18.5	19.1	19.1	19.1	19.1	
Ertrag	274.4	200.5	202.7	208.4	213.9	219.9	226.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-258.4	-182.9	-184.2	-189.3	-194.9	-200.8	-207.1	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung								
Aufwand	50.1	53.9	52.7	54.9	57.5	62.9	70.9	
Ertrag	184.3	68.9	74.5	74.5	74.5	74.5	74.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-134.2	-15.0	-21.8	-19.6	-17.0	-11.5	-3.6	
99 Nicht aufgeteilte Positionen								
Aufwand	36.2	1.9	22.4	25.9	32.4	36.8	41.0	
Ertrag	-	44.2	35.6	35.3	35.1	34.9	34.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	36.2	-42.3	-13.2	-9.4	-2.7	2.0	6.3	
Investitionsrechnung	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Ausgaben	-	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Einnahmen	-	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Staatsbeiträge	R2007	B2008	B2009	2010	2011	2012	2013	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	161.1	157.1	142.1	143.7	145.4	147.2	148.9	4.8
Ertrag	25.8	24.7	18.8	19.1	19.3	19.5	19.8	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	135.3	132.4	123.2	124.7	126.1	127.6	129.1	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

VIII. Infrastrukturinvestitionen

Wir haben in unserer Antwort zum Postulat Nr. 40 von Albert Vitali über die zukünftige Finanz- und Investitionspolitik vom 10. September 2007 festgehalten, dass wir dem Anliegen mit Informationen zu Hoch- und Tiefbauinvestitionen, welche über den Planungszeitraum des IFAP hinausgehen, Rechnung tragen wollen. Sie finden unten stehend die entsprechenden Informationen für die Investitionen im Bereich der Hochbauten, der Strassen, des Wasserbaus und des öffentlichen Verkehrs (alle Beträge in 1000 Franken):

Kantonale Hochbauten

Finanzplan 2010-2018													
		Budget											
WE	Projekt Bezeichnung	Dep.	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	IFAP 2010 - 2013 / Investitionen kantonale Hochbauten												
	Die finanziellen Mittel für die Investitionen der Kantonalen Hochbauten sind begrenzt. Das Total der Investitionsprojekte übersteigt die Finanzplanvorgaben der Jahre 2010 bis 2013 Jahre massiv. Die Projektpriorisierung und Differenzbereinigung der Jahre 2010 bis 2013 ist in Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen in Bearbeitung. Der Planungsbericht der Spitalbauten wurde im IFAP aufgenommen, die Ergebnisse der laufenden Bedarfsplanungen der Berufsschulen und Fachhochschulen sind jedoch noch nicht abgestimmt.												
	Im Total der Investitionsprojekte sind nebst den unten aufgeführten Grossprojekten alle bekannten betrieblichen Umbauprojekte und Unterhaltsprojekte enthalten. Für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der staatlichen Liegenschaften sind jährliche Investitionen von rund 35 Millionen Franken eingerechnet.												
			74'000	74'000	74'000	74'000	74'000						
	Globalbudget		82'186	124'995	141'085	129'915	120'670	133'550	125'200	114'040	106'090	99'840	
	Total Investitionsprojekte												
	Differenz (Überhang)		8'186	50'995	67'085	55'915	46'670						
17	Kantonsschule Luzern: Neubau Bibliothek	BKD						500	6'000				
18	Pfistergasse Luzern 20/22: Sanierung Umnutzung	FD		50	250	5'000							
527	UNI+PHZ Luzern: Umnutzung Postgebäude / Ausführung	BKD	20'000	30'000	30'000	10'000							
527	UNI+PHZ Luzern: Umnutzung Postgebäude / Beiträge UNI	BKD	-9'450	-14'175	-14'175	-4'725							
19	Kantonsschule Reussbühl: Neubau Turn- / Spielhalle	BKD					500	4'000	4'000				
634	Luzern: Neubau Turnhalle Allmend - Mietersaubau	BKD	250	500	2'440								
25	PHZ Luzern: Einbau Naturwissenschaftliche Schule / 2.Etappe			1'300									
30	Sentimatt Luzern: Gesamtsanierung / Ausbau-Erweiterung HGK	BKD	50	700	2'000	3'500	7'000	7'000	4'000				
31	Rössligasse Luzern: Gesamtsanierung	BKD					500	1'500	3'000	2'500			

		Finanzplan 2010-2018											
			Budget	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WE	Projekt Bezeichnung	Dep.		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
34	HPZ Hohenrain: Pfarrhaus / Sanierung	FD									1'500		
37	ZHB Luzern: Sanierung und Erweiterung	BKD	640	500	4'500	6'000	4'000						
37	ZHB Luzern: Neues Aussenlager	BKD	550	4'000	6'000								
38	Naturmuseum Luzern: Ausbau / Umbau	BKD					300	500	4'000	500			
	Berufsschulen : Berufsschulplanung exkl. BBZ Sursee		490	330	3'900								
143	BBZ Sursee: Erweiterung		1'000	3'000	6'580	2'000							
143	BBZ Sursee: Gesamtsanierung / Betriebliche Anpassungen	BKD	200	4'000	4'500								
60	Zeughaus Musegg: Umnutzung	FD		200	300	500	5'000	5'000	2'000				
	Kantonsspital Luzern												
40	31 Zentrum: Sanierung / Erweiterung	GSD	500	5'000	10'000	10'000	10'000	10'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
40	16 Schulgebäude: Sanierung/Abbruch	GSD		500	5'000	5'000							
40	30 Augenklinik: Gesamtsanierung	GSD	1'000	1'000	2'000	10'000	14'000						
40	30 Augenklinik: Verwendung Mittelreservation (50 % ab Volksabstimmung)	GSD			-1'000	-5'000	-7'000						
40	45 PWH/SPA: Gesamtsanierung	GSD		1'200	4'200								
40	31 Zentrum: San./ Erweiterung Restaurant	GSD	650	5'300									
40	40 PWH 1: Innensanierung	GSD	2'500	6'000									
40	31 Zentrum: Sanierung OP's	GSD	8'000	2'000									
40	Kinderspital: Sanierung und Erweiterung	GSD	1'500	500	2'000	5'000	15'000	15'000	15'000	15'000	5'000		
40	Kinderspital: Verwendung Mittelreservation (50 % ab Volksabstimmung)	GSD			-1'000	-2'500	-7'500	-7'500	-7'500	-7'500	-2'500		
40	25 Technik: Ersatz Dampfkessel/Notwärmeversorgung	GSD	2'000	2'500									
40	34 Parkhaus: Erweiterung / Aufstockung	GSD		200	3'000	7'000							
	KSSW Sursee												
41	Hauptgebäude: Sanierung EG / Labor+Eingangshalle	GSD	200	3'100									
41	Hauptgebäude: Bettentrakt Korridorsanierung	GSD		1'050	2'750	1'900							
41	Hauptgebäude: Sanierung Arztbereich Gynäkologie/Geburtshilfe	GSD		250	1'750								
	KSSW Wolhusen												
42	Hauptgebäude: Gesamtsanierung Betten- und Behandlungstrakt	GSD	1'000	1'500	3'500	10'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	5'000	
42	Hauptgebäude: Verwendung Mittelreservation (50 % ab Volksabstimmung)	GSD			-1'750	-5'000	-10'000	-10'000	-10'000	-10'000	-10'000	-2'500	

			Budget	Finanzplan 2010-2018									
WE	Projekt Bezeichnung	Dep.	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	KSSW Wolhusen												
42	PWH C: Gesamtsanierung / Umnutzung	GSD			3'000								
42	PWH B: Gesamtsanierung / Umnutzung	GSD				3'000							
	Psychiatrisches Zentrum, St. Urban												
43	Haus C: Gesamtsanierung	GSD			250	2'500	250						
43	Haus A: Betr. Anpassung / Sanierung	GSD	2'000	1'500									
43	Ther./Wirt.: Sanierung Küche	GSD	300	1'800	1'000								
43	Infrastruktur: Erneuerung Lüftungsanlagen	GSD	580	500	500	1'000	1'000						
43	Haus B: Gesamtsanierung	GSD		300	3'000	1'300				500	3'000	7'000	
46	Kantonales Labor Luzern: Neubau												
	Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof												
9	Erweiterung/Aufstockung Zellentrakt	JSD	150	250	3'000	500							
9	Erweiterung/ Ausbau Beschäftigungs- und Bildungsräume	JSD		500	4'000	4'000							
	Strafanstalt Wauwilermoos												
48	Strafanstalt Wauwilermoos: Erweiterung Gewerbegebäude (Wäscherei)	JSD	250	3'000	2'000								
48	Hauptgebäude u. Pavillonbauten / Fassadenrenovation	JSD	100	2'000	2'000								
63	Zivilschutzzentrum Sempach: Umnutzung / Ausbau Sicherheitszentrum	JSD	500	1'500	8'500	10'000	10'000	3'000					

Strassen

						Budget		Finanzplan									
Anlage	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr. *		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018		
		Budget 2009, IFAP 2009 - 2013															
		Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz)				42'310	41'740	47'900	51'230	55'790							
		Belagssanierungen				10'000	8'000	10'000	11'000	10'000							
		Kunstabauten (Unterhalt, Erneuerung, Ersatz)				3'000	3'000	4'000	4'000	4'000							
		Lichtsignalanlagen und Systeme (Erneuerung)				1'700	3'000	3'600	2'200	1'240							
		Ausbau Zentralbahn, Anteil Kantonsstrassen netto				2'600	3'100	2'900	3'000	1'300							
		Total Investitionen Kantonsstrassen*				59'610	58'840	68'400	71'430	72'330							
		* exkl. Nationalstrassen z.B. Kostenanteil Anschluss/Zubringer Rothenburg															
		Investitionen Kantonsstrassen (Zusammenfassung)															
		Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz)				53'601	57'195	39'290	53'980	58'775	63'090	67'357	66'165	66'635	70'595		
		Belagssanierungen				10'000	8'000	10'000	11'000	10'000	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000		
		Kunstabauten (Unterhalt, Erneuerung, Ersatz)				3'000	3'000	4'000	4'000	4'000	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000		
		Lichtsignalanlagen und Systeme (Erneuerung)				1'700	3'000	3'600	2'200	1'240	1'000	2'000	1'000	2'000	1'000		
		Ausbau Zentralbahn, Anteil Kantonsstrassen netto				2'600	3'100	2'900	3'000	1'300							
		Total Investitionen Kantonsstrassen				70'901	74'295	59'790	74'180	75'315	82'090	87'357	85'165	86'635	89'595		
		Differenz				11'291	15'455	-8'610	2'750	2'985							
		Projektübersicht Kantonsstrassen, Neu- und Aus- bau (inkl. Lärmschutz)															
		Total Projekte Kantonsstrassen, Neu- und Ausbau	Ohne Reserve See- talplatz			53'601	57'195	39'290	53'980	58'775	63'090	67'357	66'165	66'635	70'595		
K 2	3258.1	Meggen, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	2				100	250	2'000	3'000	1'200					
K 2	3284.1	Schweizhofquai	A (Topf A)	1				2'000									
K 4	10202	Kriens, Förderung öV, Erstellen RVA	A (Topf A)	5		50	50	200	2'000	1'500							
K 4b	10537	Kriens, Umgestaltung Knoten und Förderung öV	A (Topf A)	6							400	400					
K10	3262.1	Hasle, Ausbau Kurve	A (Topf A)	11		20			50	800							
K10	10095.1	Ruswil, Erstellen Rad-/Gehweg	A (Topf A)	8					50	100	2'000	2'000					
K10	10230.1	Werthenstein/Wolhusen, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	9						100	200						
K10	10458.1	Schüpfheim, Strassenausbau/Stützmauer	A (Topf A)	12							650	112					
K12	10135	Buttisholz, Neubau Kreisel	A (Topf A)	13									850				

Anlage	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr. *	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
K12	10213	Alberswil/Ettiswil, Ausbau Strasse, RVA	A (Topf A)	14	50	100		950	250					
K12	10257	Ruswil, Verbesserung Verkehrssicherheit	A (Topf A)	50	20	30	100	180						
K13	3268.1	Wikon Erstellen Trottoir	A (Topf A)	22 / 23			100	300	500					
K13	10233	Sursee, Optimierung Kreisell	A (Topf A)	21						600				
K13	10538	Luzern, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	15			20	50	300					
K14	6571	Geunsee, Sternplatz	A (Topf A)	24					200					
K14	10038.1	Büron/Geunsee, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	25	50	50	500	2'000	2'000					
K15	10146	Beromünster/Gunzwil, Erstellen Radverkehrsanlage	A (Topf A)	29										
K15	10543	Emmen, Flank. Massnahmen Autobahnzubringer Rothenburg	A (Topf A)	27		200	1'500	300						
K16	10123	Emmen, Erstellen Busspur	A (Topf A)	30						400	400			
K16	10166	Ebikon/Emmen, Erstellen Bereichsrechner LSA	A (Topf A)	7										
K16	10199.1	Eschenbach, RVA Waldbücke - Rotzigen	A (Topf A)	32	50	50	500	1'000						
K16	10214	Gelfingen/Hitzkirch, Verkehrsberuhigung	A (Topf A)	35	100	250								
K16	10216	Hochdorf, Erstellen RVA, Verkehrsberuhigung	A (Topf A)	33	30		1'200							
K16	10471	Emmen, Umgestaltung Knoten Waltwil	A (Topf A)	31	50		50	650						
K17	3239.1	Root/Gisikon/Honau Erstellen Radweg	A (Topf A)	42										
K17	10280	Luzern, Strassenausbau, Schlossberg	A (Topf A)	36	100			1'000	1'000					
K17	10385.1	Ebikon, Busbeschleunigung/Lärmschutz/Kreisel	A (Topf A)	37		100			1'000	3'000	350			
K17	10385.2	Ebikon, Strassenausbau Innerschachen	A (Topf A)	37	50			700	200					
K17	10546	Ebikon, Flank. Massnahmen für Zubringer Rontal	A (Topf A)	39	200	200								
K17	10547	Ebikon, Flank. Massnahmen für Zubringer Rontal	A (Topf A)	40		170								
K17	10548	Ebikon/Dierikon/Root, Flank. Msn. Zubringer Rontal	A (Topf A)	41		200	200							
K17b	10465.1	Root/Dierikon, Neubau Kantonsstrasse	A (Topf A)	43	1'000	3'000	2'000	1'200	1'300	500				
K18	10549.1	Alberswil/Gettnau, Rad-/Gehweg, Teilausbau Strasse	A (Topf A)	44	50	50		1'350						
K19	10550	Kriens, Förderung öv/Erstellen LSA/Verkehrsmanagem	A (Topf A)	45				50	800					
K30	10048	Luzern, Radverkehrsanlage	A (Topf A)	46						970				
K32	10373	Luzern, Trottoir + Radstreifen	A (Topf A)	48				180						
K37	3270.1	Marbach, Ausbau Strasse und Rad-/Gehweg	A (Topf A)	51				50		1'000				
K40	213.2	Willisau, Verlegung Strasse	A (Topf A)	52	1'800	2'300								
K43	10551	Schötz, Erstellen Trottoir/Trampelpfad	A (Topf A)	53	20		450							
K43b	10252.1	Schötz, Neubau Brücke, Anpassung Strasse	A (Topf A)	54			700							
K46	10552.1	Pfäfnau, Optimierung Normalprofil/Gehweg/San.STR	A (Topf A)	55			50	50	600					
K56	10390.1	Sempach, RVA / Ausbau Strasse	A (Topf A)	56	100	100		1'000	1'600					
K65b	10186	Zubringer Rontal	A (Topf A)	57	38'000	40'000	10'000	0	0	0	0	0	0	0

Anlage	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr. *	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
K 2	3257	Meggen, Erstellen Radverkehrsanlage	B (Topf B)	58	500			100	100		1'000	3'000	670	
K 2b	10156	Greppen/Weggis, Erstellen Rad-/Gehweg, Ausbau Strasse	B (Topf B)	59			100	100		200	200	500	4'000	
K 2b	10157	Weggis, Erstellen RVA, San. Strasse, Ubau Kreuzung	B (Topf B)	59										
K 4	10178	Kriens, Förderung öV, erstellen Radverkehrsanlage	B (Topf B)	62		50	50	50		200	1'300	1'300		
K 4	10553	Luzern, Verbesserung Verkehrssicherheit	B (Topf B)	60				350	300					
K 4	10554	Kriens, Förderung öV	B (Topf B)	61	50	50	100	500	500					
K10	3261	Entlebuch, Strassenausbau	B (Topf B)	64	50	70	200		1'000	3'000	1'000			
K10	10129	Escholzmatz/Marbach, Erstellen RVA, Neubau Brücke	B (Topf B)	65	50		150		150	150		2'500	3'000	500
K10	10201	Entlebuch, Sanierung Strasse, RVA	B (Topf B)	96	50	50	100	500		1'000	3'000	1'000		
K10	10246.2	Emmen/Littau, Seetalplatz ohne Reserven	B (Topf B)	63	3'000	3'000	8'500	22'000	24'000	25'000	20'000	6'800		
K10	10246.8	Luzern, Grenze Luzern - Schiff (2. Etappe)	B (Topf B)	68					2'000	2'200				
K11	10098	Menzna, Umgestaltung Knoten	B (Topf B)	66					130	600				
K13	10073.1	Littau/Luzern, Neubau Überführung, RVA, Busspur	B (Topf B)	67	Im Projekt Seetalplatz integriert									
K13	10073.2	Littau, Neubau Überführung, RVA, öv, San. Strasse	B (Topf B)	68	Im Projekt Seetalplatz integriert									
K14	3026	Büren, Strassenausbau, Neubau Radverkehrsanlagen	B (Topf B)	69	50	100	100	100	100		1'500	1'700		
K14	10556	Triengen, Verkehrsberuhigende Massnahmen	B (Topf B)	70	150		50	400	400					
K15	3139.1	Beromünster, Neubau Westentlastungsstrasse	B (Topf B)	71	100	50	75	75		150	500	2'000	2'000	
K16	10558	Hochdorf/Hohenrain/Gelfingen, Optimierung N-profil	B (Topf B)	72			50	50		500	500			
K16a	10559	Ermensee, Instandsetzung Brücke, Sanierung Strasse	B (Topf B)	73			100	50				600		
K17	10560	Ebikon, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	74		50	100	50		500	1'200	100		
K17	10561	Ebikon, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	75		50	100	50		700	200			
K17	10562	Ebikon, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	76		50	100	50	200		1'500	1'500	600	
K17	10563	Root, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	77	90	200	500	4'000	3'000					
K17	10564	Gisikon, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	78	50	100		400	400					
K18	10101	Ettiswil, Erstellen RVA, Verkehrsberuhigung	B (Topf B)	79	90	80	80	500	1'700	1'700				
K18	10494.1	Gunzwil, Erstellen RVA und Ausbau Strasse	B (Topf B)	80			50	150	50	300	1'500	2'500	500	
K31	10282.1	Luzern/Ebikon, Erstellen Radverkehrsanlage, Sedel	B (Topf B)	81		100			500	2'000	200			
K31	10282.2	Luzern, Spange Nord (2. Etappe)	B (Topf B)	81					100	100		500	500	
K32	10567	Luzern, Förderung öV	B (Topf B)	83		50	50		900					
K32a	10566	Luzern, Erstellen RVA und Erschliessung Uni	B (Topf B)	82				500	500					
K33a	10332	Luzern, RVA	B (Topf B)	84			100	100		1'300	1'300	200		
K48	3221	Neuenkirch Aufhebung Niveauübergang	B (Topf B)	85	44	100	100		500	500	7'000	7'000	500	300
K51	10569	Triengen, Verlegung Kantonsstrasse (Projektiertung)	B (Topf B)	86			50	100	50					
K65	10570	Buchrain, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal	B (Topf B)	87	50	50		800	300					
K65	10571	Buchrain/Inwil, Flankierende Msn. Zubringer Rontal	B (Topf B)	88			100	100	100	300	1'000	1'000	300	

Anlage	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr. *	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
K 2b	10179	Vitznau, Ausbau und Sanierung Strasse	C (Topf C)	91			50	100		200	2'000	3'000	2'000	100
K 2b	10180	Vitznau, Teilausbau und Sanierung Strasse	C (Topf C)	90	100			50	50		100	300	1'300	1'000
K 4	10572	Kriens/Littau, Ausbau Strasse und RVA	C (Topf C)	92				50	100	100	500	5'000	5'000	2'000
K10	10088	Wolhusen, Erstellen Radverkehrsanlage, Verkehrsber	C (Topf C)	93					50	25		500		
K10	10568	Werthenstein, Erstellen Umfahrung Süd	C (Topf C)	94					100	400	400	100		500
K10	10578	Wolhusen, Erstellen Anschlussbauwerk Umfahrung Süd	C (Topf C)	95						200	200	100		
K11	10231.1	Wolhusen, Erstellen Radverkehrsanlage	C (Topf C)	97				900						
K11	10231.3	Wolhusen, Erstellen RVA / Teilsan. Strasse	C (Topf C)	97					50	50		500	500	
K11	10573	Willisau, Erstellen Kreisel Wydenmatt	C (Topf C)	98										
K11	10574	Schötz, Erstellen RVA / Sanierung Knoten	C (Topf C)	99									500	1'000
K11	10575	Altishofen, Umbau Knoten, Erstellen RVA	C (Topf C)	100								800		
K12	10132.1	Buttisholz/Grosswangen, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	102									1'500	1'500
K12	10576	Emmen/Littau, Erstellen Radverkehrsanlagen	C (Topf C)	101								500	1'000	
K13	3267	Dagmersellen/Uffikon, Erstellen Radverkehrsanlage	C (Topf C)	113								500	1'500	2'000
Im Projekt Seetalplatz integriert														
K13	3275	Emmen, Erstellen Radverkehrsanlage	C (Topf C)	106/107									1'000	500
K13	10043	Knutwil, Erstellen Radverkehrsanlage	C (Topf C)	111										
K13	10428.2	Dagmersellen, Uffikon Dorf, RVA	C (Topf C)	113				490						
K13	10577	Luzern, Erstellen Rad-/Gehweg und Unterführung	C (Topf C)	103										
K13	10579	Emmen/Neuenkirch, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	108							500	1'500	800	
K13	10580	Neuenkirch, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	109							400	500		
K13	10581	Oberkirch, Erstellen Kreisel	C (Topf C)	110					50		50	400	400	
K13	10582	Buchs/Uffikon, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	112									500	500
K13	10583	Reiden, Verkehrsberuhigende Massnahmen	C (Topf C)	114							300			
K15	3139.2	Beromünster, Neubau Ostentlastungsstrasse	C (Topf C)	115									1'000	7'000
K16	10544	Emmen, Umfahrung Emmen und Meierhöfli Projektie- rung	C (Topf C)	117							250	250	250	250
K16	10585	Eschenbach, Umbau Knoten	C (Topf C)	118							450	520		
K16	10586	Hochdorf, Erstellen Umfahrung Projektierung	C (Topf C)	119							250	250	250	250
K16/60		Hochdorf, Luzernerstrasse Umgestaltung Knoten	C (Topf C)	120								470	500	
K17	6575.1	Ebikon Knoten Fildern	C (Topf C)	121	215									
K17b	10588	Dierikon/Udligenswil, Flankierende Msn.Zubr.Rontal	C (Topf C)	122								500	3'000	2'000
K18	10039	Sursee, Neubau Kreisel	C (Topf C)	123								300	370	
K18	10181	Schenkon, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	125								460	1'000	500
K2		Luzern/Meggen, RVA	C (Topf C)	89			50	50		100	1'900	1'500		
K33	10545	Malters/Werthenstein, RVA / Verkehrsberuhigung	C (Topf C)	127				100	100		500	2'000	800	300
K33	10590	Malters, Neubau Rümli- brücke	C (Topf C)	126								600	500	
K34	10591	Wolhusen/Ruswil, Erstellen Rad-/Gehweg	C (Topf C)	128				100	200		500	500	1'000	5'000

Anlage	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	Unterrubrik	Pl. Nr. *	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
K36	10334.5	Schüpfheim, Linienführung Lammschlucht	C (Topf C)	130						300	500	500	15'000	25'000
K36	10592	Escholzmat/Schüpfheim, Verb Verkehrssicherheit	C (Topf C)	129										
K36	10593	Flühli, Instands.Brücke, Verb. Verkehrssicherheit	C (Topf C)	131	200	200	1'900	200						
K37	10594.1	Escholzmat/Marbach, Erstellen RVA/Teilausbau STR	C (Topf C)	132								500	1'000	800
K41		Zell/Luthern, Hostatt - Luthern, Brücke	C (Topf C)	130				500	500					
K42	10308.2	Grossdietwil, RVA Dorfeingang Ost - Schulhaus	C (Topf C)	134				300	300					
K44	10597.1	Mauensee/Knutwil, Ausbau STR/Verb. Verkehrssicherheit	C (Topf C)	135			500	500						
K46	10598	Langnau, Erstellen Radverkehrsanlagen	C (Topf C)	136										350
K46	10599	Pfaffnau, Ausbau Strasse	C (Topf C)	137									1'000	2'000
K47	10139	Notwil/Oberkirch, Ausbau Trottoir, San. Strasse	C (Topf C)	139									400	2'000
K47	10600	Oberkirch, Erstellen RVA, Verkehrsberuhigung	C (Topf C)	138								300	350	
K48	10192	Sempach/Eich/Schenkon, Erstellen RVA, Strassenanp.	C (Topf C)	141	50	50	50	50	100	500	2'000	2'000	500	
K48	10212	Sempach, Schulwegsicherung	C (Topf C)	140			20	10	50	1'300	20			
K56	10601	Hochdorf/Hildisrieden, Erstellen RVA, Ausbau STR	C (Topf C)	142							500	500	2'500	1'500
K56	10602	Hochdorf, Erstellen Radverkehrsanlage	C (Topf C)	143								350		
K58	10603	Mosen, Ausbau Trottoir und Verkehrsberuhigung	C (Topf C)	144									500	500
K58	10604	Mosen, Erstellen Trottoir	C (Topf C)	145									350	
K62	10605	Gelfingen, Erstellen Trottoir	C (Topf C)	146									400	350
K 0	90001	Sammelrubrik 1 Kleinprojekte	Sammelrubrik 01		300	500	500	500	500	500	500	500	500	500
K 0	90002	Sammelrubrik 2 Anlagen für öV	Sammelrubrik 02			200	200	200	200	200	200	200	200	200
K 0	90003	Sammelrubrik 3, Bauvorhaben Dritter	Sammelrubrik 03		100	200	200	200	200	200	200	200	200	200
K 0	90004	Sammelrubrik 4, Unfallschwerpunkte	Sammelrubrik 04			200	200	200	200	200	200	200	200	200
K 0	90005	Sammelrubrik 5, Naturschutz	Sammelrubrik 05		50	50	50	50	50	50	50	50	50	50
K 0	90006	Sammelrubrik 6, Anpassen GNP	Sammelrubrik 06		500	500	500	500	500	500	500	500	500	500
K 0	90007	Sammelrubrik 6, Anpassen Lärmschutz	Sammelrubrik 07		3'000	3'000	3'000	3'000	3'000	5'000	5'000	5'000	5'000	4'000
K 0	90008	Sammelrubrik 8, neue LSA	Sammelrubrik 08			200	200	200	200	200	200	200	200	200
K 0	90009	Sammelrubrik 9, Grundlagenplanung	Sammelrubrik 09			200	200	200	200	200	200	200	200	200
K 0	90010	Sammelrubrik 10, Umsetzung Gewässerschutz	Sammelrubrik 10		500	500	500	500	500	500	500	500	500	500
K 0	3298	Ausnahmetransportrouten	Sammelrubrik 11		20		250	250						
K 0	90011	Sammelrubrik 11, Verkehrsmanagement	Sammelrubrik 11		300	300	300	300	300	300	300	300	300	300
K 0	90012	Sammelrubrik 12, Radrouten	Sammelrubrik 12		45	45	45	45	45	45	45	45	45	45

Hochwasserschutz / Wasserbau

			Budget	Finanzplan					
Gewässer	Proj.-Nr.	Projekt Bezeichnung	2009	2010	2011	2012	2013	2014 und Folgejahre	
		Zusammenfassung Hochwasserschutz							
		Investitionen Wasserbau, Kanton Luzern	16'000	14'700	14'700	14'700	14'700		
		Investitionen Wasserbau, Gemeinden (Durchl. Beiträge)	3'300	1'900	1'900	1'900	1'900		
		Total Investitionen	19'300	16'600	16'600	16'600	16'600		
		Beiträge Bund	-4'800	-4'410	-4'410	-4'410	-4'410		
		Beiträge Gemeinden	-4'150	-3'800	-3'800	-3'800	-3'800		
		Beiträge von Übrigen	-2'150	-1'990	-1'990	-1'990	-1'990		
		Auflösung Rückstellung	-1'400						
		Durchlaufende Beiträge Bund (Investitionen Gemeinden)	-3'300	-1'900	-1'900	-1'900	-1'900		
		Investitionen netto	3'500	4'500	4'500	4'500	4'500		
		Hochwasserschutz							
		Total Budget 2009, IFAP 2009 - 2013	19'300	16'600	16'600	16'600	16'600		
		Total Projekte	19'688	17'000	16'770	17'230	17'080		
		Differenz	-388	-400	-170	-630	-480		
		Total Projekte	19'688	17'000	16'770	17'230	17'080		
Projekte > 3 Mio. Fr. (Kreditbeschlüsse Kantonsrat)			10'060	13'000	12'820	11'530	14'980		
Kleine Emme	10106	Fühli Integralprojekt Waldemme	1'400	0	0	0	800	10'300	
Reuss	1518	Luzern Regulierung Vierwaldstättersee	2'500	4'000	4'000	1'500		0	
Reuss	10217	Gesamtkonzept HW-Schutz Rontal	50	0	0	0	0	4'150	
Verschiedene Gewässer	10292.24	Kleine Emme, Absch.1, Zollhausbrücke-Ränggbach	460	1'000		4'500	4'000	22'500	
Verschiedene Gewässer	10292.25	Kleine Emme, Absch.2, Ränggbach-Rümlig		1'000	5'500	1'230	3'000	35'000	
Verschiedene Gewässer	10292.251	Kleine Emme, Absch.2, Ennigen	1'000	3'000	200			0	
Verschiedene Gewässer	10292.26	Kleine Emme, Absch.3, Rümlig-Fontanne			720		1'680	3'050	
Verschiedene Gewässer	10292.27	Kleine Emme, Absch.A, Mündung Reuss-Zollhausbrücke	100			1'000	2'000	20'000	
Verschiedene Gewässer	10292.31	Reuss, Allgemeines	250	400	1'000	2'500	2'500	5'000	

Gewässer	Proj.-Nr.	Projekt Bezeichnung	Budget		Finanzplan		Gewässer	Proj.-Nr.	Projekt Bezeichnung	Budget	
			2009	2010						2009	2010
Vierwaldstättersee	1564	Kriens Verb. Schloss-/Talacherbach		1'000		1'400	800		400	500	
Wigger	213	Willisau, Erst. Entlastungskanal	4'000	2'600						0	
Wigger	10094	Willisau-Land San. Mülltalbach, Konzept		0		0	0	0	0	3'850	
Wigger	10187	Menznaun Verbauung Rickenbach	100	0		0	0			3'000	
Wigger	10253	Schötz Ausbau Luthern		0		0	0	0	600	6'200	
Wigger	10260	Buttisholz Ausbau Dorfbach	200	0		0	0	0	0	5'300	
Projekte 1 bis 3 Mio. Fr.			3'450	2'700		1'650	1'100		500		
Verschiedene Gewässer	1536	Alberswil/Gettnau, Ern.Wehr Luthern	600	1'000						0	
Verschiedene Gewässer	10292.21	Kleine Emme, Allgemeines	400	300		400	300		300	0	
Wigger	1554	Willisau-Stadt San. Enziwigger, Altlauf	0	500		800	500		200	0	
Wigger	10234.2	Willisau-Land Verbauung Buchwigger				0	0	0	0	2'700	
Wigger	10361.1	Luthern Verbauung Luthern					0	0	0	2'400	
Wigger	10476	Dagmersellen, Ausbau Hürn	200	0		0				1'600	
Verschiedene Gewässer	10292.11	Reuss u. Kleine Emme, Konzept Strategie	400	350		350	300			0	
Wigger	10215	Willisau-Land Verb. Buchwigger	1'000	150		100				0	
Wyna	10263	Rickenbach Rickenbach	850	400						0	
Positionen und Projekte < 1 Mio. Fr.			6'178	1'300		2'300	4'600		1'600		

Öffentlicher Verkehr

Strecke	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	2009	2010	2011	2012	2013	2014 und Folgejahre
		Zusammenfassung						
		Investitionsbeiträge brutto	13'400	20'000	20'000	18'000	18'000	
		Beitrag Gemeinden	-6'700	-10'000	-10'000	-9'000	-9'000	
		Beitrag Dritte		-1'000	-1'000			
		Investitionsbeiträge netto	6'700	9'000	9'000	9'000	9'000	
		Öffentlicher Verkehr						
		Total Budget 2009, IFAP 2009 - 2013	13'400	20'000	20'000	18'000	18'000	
		Total Projekte	12'960	19'800	20'700	21'600	20'700	
		Differenz	440	200	-700	-3'600	-2'700	
Allgemeiner ÖV								
Luzern - Lenzburg	10638	S-Bahn, Verdichtung S9				1'000	3'000	10.5 Mio.
Luzern - Olten	10639	S-Bahn, Umbau Rothenburg Industrie			1'000	3'500	5'500	
Luzern - Wolhusen	10431	Malters, Umbau Bahnhof	900	5'600	3'500			
Wolhusen - Langenthal	10468	BLS, Oberbauerneuerung	2'250	2'000	1'500	2'400		
Wolhusen - Langenthal	10404	Willisau, Umbau Bahnhof	1'060					
Wolhusen - Langnau	10423	Sanierung Bahnübergänge (SBB)	150					
Wolhusen - Langenthal		Massnahmen gemäss Streckenkonzept						
Wolhusen - Langnau	10629	S-Bahn, Flügelzugkonzept, Kreuzungsstelle Hasle				2'000	2'000	p.a. 2 Mio.
Wolhusen - Langnau	10484	S-Bahn, Flügelzugkonzept, Weiche Wolhusen						2 Mio.
		Sanierung Bahnübergänge		200	200	200	200	3.5 Mio.
Bus	10485/86	Busterminal Willisau		1'000				p.a. 0.2 Mio.
Bus		Umsetzung Verkehrsmanagement (Anteil öV)			500	500	1'000	2 Mio.
Bus		vbl; Trolleybus (Stromversorgung, Anteil Kanton LU))			1'000	1'000	2'000	p.a. 2 Mio.
Sammelpositionen				1'000	1'000	1'000	2'000	
		Total	4'360	8'800	8'700	11'600	15'700	
Zentralbahn								
Luzern - Hergiswil	10330	Ausbau Zentralbahn, Anteil öffentlicher Verkehr Kanton	8'600	11'000	12'000	10'000	5'000	
		Total	8'600	11'000	12'000	10'000	5'000	
Rotsee								
Luzern - Zug	10422	Doppelspurausbau Rotsee *	500	0	0	0	0	-> unbe-
								0 stimmt

* nur bei Beteiligung des Kantons Luzern, Betragshöhe und Beitragsdauer noch offen!

**Kantonsratsbeschluss
über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2009–2013**

vom

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 19. August 2008,

beschliesst:

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2009 – 2013 vom 19. August 2008 wird genehmigt.
2. Der Kantonsratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

